

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4905

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4905



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Demographie, Ressourcen und die Bedeutung der Migration

Eine Literaturstudie



Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM
Materialien zur Migrationspolitik

© 2013 Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM

Autorinnen/Autoren

Ilka Steiner, Aronne Watkins, Gianni D'Amato
Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien SFM

Redaktion

Simone Prodolliet, Elsbeth Steiner

Titelbild

© Andrea Diefenbach, Land ohne Eltern, 2012

Gestaltung und Druck

Cavelti AG, medien. digital und gedruckt, Gossau

Vertrieb

BBL, Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 420.931 D
10.13 4000 860319569

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM
Quellenweg 6
CH 3003 Bern-Wabern
Tel. 031 325 91 16
www.ekm.admin.ch

Demographie, Ressourcen und die Bedeutung der Migration

Eine Literaturstudie

Oktober 2013

Ilka Steiner, Aronne Watkins, Gianni D'Amato

Vorwort

Der demographische Wandel macht vor der Schweiz nicht halt. Stichworte dazu sind: Alterung der Gesellschaft, neue Bedürfnisse bei der Betreuung betagter Menschen, Versorgungslücken bei der Rentensicherung, aber auch Herausforderungen, die sich in einer wachsenden Gesellschaft artikulieren: Welche Art von Raumplanung ist gefragt? Wie ist Siedlungspolitik zu gestalten? Wie kann den stetig zunehmenden Anforderungen an die Infrastruktur begegnet werden? Und: Welche Vorkehrungen müssen getroffen werden, damit die natürlichen Ressourcen schonend genutzt werden und die Umwelt möglichst wenig Schaden nimmt?

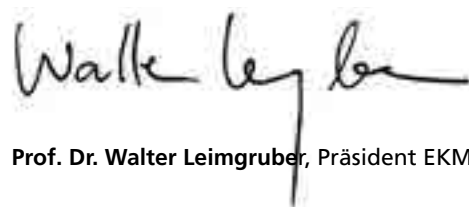
Antworten auf solche Fragen lauten oftmals: «Die Zuwanderung begrenzen!» Andere warnen: «Ohne Migrantinnen und Migranten geht nichts!» Doch: Welche Bedeutung kommt der Migration in demographischer Hinsicht wirklich zu? Ist sie die Ursache für verschiedenste Probleme unserer Gesellschaft? Oder wird schlicht die falsche Diskussion geführt, wenn über Zuwanderung statt über Wachstum gesprochen wird? Die Zusammenhänge von Demographie und Migration sind nüchtern zu betrachten, was aber nicht einfach zu bewerkstelligen ist. Denn unterschiedlichste Disziplinen wie Demographie, Soziologie, Kulturanthropologie, Ökonomie, Geschichte, Geographie, Gerontologie und andere mehr befassen sich aus ihrem jeweils spezifischen Blickwinkel und mit je eigenen Fragestellungen mit den Auswirkungen der Migration auf gesellschaftliche Prozesse.

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM, die sich 2013 mit dem thematischen Schwerpunkt «Demographische Entwicklungen und Migration» auseinandersetzt, bat deshalb das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien SFM, eine Literaturstudie zu dieser breit gefächerten Thematik zu erstellen. Ziel war es, eine Übersicht über dieses äusserst dynamische Feld, in welchem nicht a priori eindeutige wissenschaftliche und politische Positionen ausgemacht werden können, zu bekommen. Das Resultat der Recherche des SFM liegt mit dieser Studie vor. Über 860 Referenzen, wovon 260 einen Bezug zur Schweiz aufweisen, wurden thematischen Feldern zugeordnet, inhaltlich ausgewertet und auf die wichtigsten Erkenntnisse hin analysiert. Dabei berücksichtigten die Autorinnen und Autoren nicht nur öffentlich zugängliche wissenschaftliche Publikationen, sondern auch die so genannte «graue» Literatur, also etwa Berichte

von Behörden, aus der Verwaltung und von internationalen Organisationen. Die überwiegende Zahl der erfassten Literatur betrifft den Zeitraum zwischen 2000 und heute; in einzelnen Themenbereichen, die noch wenig erforscht sind, wurden auch ältere Publikationen einbezogen.

Aus der Analyse lassen sich vier grosse thematische Felder herauskristallisieren: «Demographische Dynamik», «Wirtschaft und Arbeitsmarkt», «Infrastruktur» und «Umwelt». Diesen vier Themenbereichen sind weitere Unterthemen zugeordnet. So enthält etwa das Kapitel zu Infrastruktur Erkenntnisse aus Untersuchungen zum Immobilienmarkt, zu Fragen sozialräumlicher Segregation, zu grenzüberschreitenden Pendlerströmen, zu Raumplanung und Regionalentwicklung oder zum Verhältnis von demographischem Wandel und Standortförderung. Jedes der vier grossen Kapitel weist neben der Darstellung der wichtigsten Erkenntnisse ein Fazit und eine eigene Literaturübersicht auf. Die EKM ist überzeugt, dass wir nur dann adäquat auf die aktuellen Herausforderungen reagieren können, wenn wir die komplexen Verbindungen von Wachstum, demographischem Wandel und Wanderungsbewegungen sachlich betrachten und analysieren. Dazu soll die vorliegende Literaturstudie einen Beitrag leisten.

Migration, soviel wird deutlich, kann nicht als isolierter Faktor behandelt werden, sie ist nicht alleine verantwortlich für positive oder negative Entwicklungen. Vielmehr ist sie verbunden mit allen übrigen Feldern der Politik und damit Teil eines komplizierten Systems. Die Vorstellung, man könne die Probleme einer wachsenden und sich verändernden Gesellschaft lösen, indem man nur die Migration reguliert, greift zu kurz. Wanderungen, demographische Veränderungen und wirtschaftliche Prozesse gehören seit jeher eng zusammen; die heutige Situation ist in diesem Sinne keine Ausnahmeerscheinung. Ein Akzeptieren der Migration als etwas Normales, das wie alle anderen politischen Fragen in einem umfassenden Kontext behandelt werden muss, könnte uns helfen, unaufgeregt all diejenigen Probleme anzupacken, die es in einer sich wandelnden Gesellschaft anzupacken gilt.



Prof. Dr. Walter Leimgruber, Präsident EKM

Inhalt

1	EINLEITUNG	8
2	LITERATURRECHERCHE	10
2.1	Methodik und quantitative Suchresultate	10
2.1.1	Schlagwörter	10
2.1.2	Wissenschaftliche Journals und Datenbanken	11
2.1.3	Dokumentenserver und Suchmaschinen	12
2.2	Identifizierte Themenfelder	12
3	DEMOGRAPHISCHE DYNAMIK	15
3.1	Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	15
3.2	Demographische Alterung	17
3.2.1	«Sandwich Generation»	18
3.3	Demographische Dynamiken auf regionaler Ebene	19
3.4	Bevölkerungsprojektionen	20
3.5	Substitutionsmigration	20
3.6	Fazit	22
3.7	Bibliographie	22
4	WIRTSCHAFT	25
4.1	Gesamtvolkswirtschaftliche Betrachtungen	25
4.2	Arbeitsmarkt	26
4.2.1	Zunahme Humankapital und interner Fachkräftemangel	26
4.2.2	Arbeitsmarktstatus und -integration	27
4.2.3	Lohnniveau und -konvergenz	30
4.2.4	Grenzregionen und lokale Wirtschaftsräume	31
4.3	Fiskalbilanz	32
4.3.1	Schweizer Sozial- und Invalidenversicherungen	33
4.4	Fazit	33
4.5	Bibliographie	34

5	INFRASTRUKTUR	36
5.1	Immobilienmarkt	36
5.1.1	Steigender Platzbedarf	36
5.1.2	Sozialräumliche Segregation	36
5.1.3	Einfluss der Migration auf die Immobilienpreise	37
5.1.4	Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt	37
5.1.5	Agglomerationen	39
5.2	Verkehr	39
5.2.1	Grenzüberschreitende Pendlerströme	40
5.3	Raumplanung und Regionalentwicklung	41
5.3.1	Zersiedelung und Verdichtung	41
5.3.2	Demographischer Wandel und Standortförderung	41
5.4	Fazit	41
5.5	Bibliographie	42
6	UMWELT	43
6.1	Umweltbewusstsein und -verhalten der Migrantinnen und Migranten	43
6.2	Umwelt, Bevölkerungswachstum und Migration	44
6.2.1	Bevölkerungsgrösse und ökologische Tragfähigkeit	44
6.2.2	Umwelt = Bevölkerung x Wohlstand x Technologie?	45
6.2.3	Zuwanderungsbeschränkungen zum Umweltschutz	46
6.3	Fazit	48
6.4	Bibliographie	48
7	SCHLUSSBETRACHTUNGEN	50
8	ANMERKUNGEN	52

1 Einleitung

Die Frage nach der Bevölkerungsgrösse, dem Ressourcenverbrauch und der Migration ist nicht nur aus aktuellem Anlass von Bedeutung. Seit der beschleunigten Industrialisierung in der Textil-, der mechanischen und chemischen Industrie in der Schweiz in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wanderten verstärkt deutsche Akademiker, Selbständige und Handwerker ein, aber auch Italiener, die in Fabriken, dem Baugewerbe und dem Infrastrukturbau Beschäftigung fanden. Gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer rasant an. Zwischen 1888 und 1918, belegt die amerikanische Historikerin Madalyn Holmes in ihrem 1988 erschienenen Buch «Forgotten migrants: foreign workers in Switzerland before World War I», verdoppelte sich die Zahl der Deutschen von 112 000 auf 200 000, während die italienische Gemeinde zwischen 1900 und 1910 von 117 000 auf 203 000 wuchs.

Der Strukturumbau der Wirtschaft, die Einwanderung und zunehmende Urbanisierung wurden damals mit Argwohn beobachtet. In den wachsenden Städten sah man eine Brutstätte für Sitten zersetzende Lebensformen, und mit der Urbanisierung wurde auch die «Fremdenfrage» aufgeworfen. Mit der neuen Zusammensetzung der Bevölkerung wurde ein Verlust an bürgerlichen Werten beklagt. Ein Extrapolieren der gestiegenen Ausländerzahlen von damals 15% in die Zukunft hatte eine Debatte über die baldige «Überfremdung» der Schweiz zur Folge, gegen die es sich zu wehren gelte. Die Frage der Überfremdung wurde zum dominanten innenpolitischen Thema und von weiten Teilen der Eliten als Bedrohung stilisiert, die es mit Courage abzuwehren galt. Doch eine Einschränkung der schon damals über bilaterale Verträge gesicherten Gewerbe-, Handels- und Niederlassungsfreiheit – die zum damaligen Wohlstand beigetragen hatten – hätte nicht nur im Widerspruch zu den liberalen Grundsätzen gestanden. Sie hätte auch negative wirtschaftliche Konsequenzen gehabt und Vergeltungsmassnahmen der Nachbarländer provoziert. Für die einen lag die Lösung für die Bewältigung des Wandels in der Einbürgerung der Ausländerinnen und Ausländer, während andere in der Stärkung des Patriotismus ein Heilmittel gegen die Veränderungen und den Verlust der alten Lebensweise suchten.

Der historische Rückblick soll darauf verweisen, dass das Thema der «Überfremdung» zu einem originären

helvetischen Motiv der Selbstbeschreibung gehört, das über Jahrzehnte tradiert worden ist. Als «Diskurs», also als eine durch Sprache vermittelte «Wirklichkeit», passt sich das Konzept der «Überfremdung» situativ den historisch gegebenen Bedingungen an. Waren im 19. Jahrhundert sowohl Deutsche als auch Italienerinnen und Italiener gemeint, welche die Schweiz vermeintlich demographisch und kulturell zu «überrollen» drohten, zielte die Problematisierung des Fremden nach dem Ersten Weltkrieg auf die Osteuropäerinnen und Osteuropäer, insbesondere auf die Juden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte der Begriff mit der «Fremdarbeiter»-Politik eine Renaissance und war insbesondere auf die Italienerinnen und Italiener als auch später auf die Spanierinnen und Spanier gemünzt, die anstatt als Gastarbeiter zurückzukehren danach trachteten, ihre Anwesenheit durch die Niederlassungsbewilligung zu festigen. Wenn nun seit den 1980er-Jahren das Asylthema und ab Ende der 1990er-Jahre Fragen der Integration die öffentliche Debatte prägen (einzige Ausnahme: die von Philipp Müller, FDP, eingereichte 18%-Initiative, die am 24. September 2000 vom Volk abgelehnt wurde), scheinen neuerdings Fragen der Demographie wieder an Bedeutung zu gewinnen.

Im Anschluss an die erfolgreichen Initiativen gegen den Bau von Minaretten (2009) und für die Ausschaffung krimineller Ausländer (2010), aber auch nach dem Erfolg der Initiative Franz Webers für einen Stopp des Zweitwohnungsbaus (2012) scheint die Zeit wieder reif dafür zu sein, die Migrationsfrage an die Sorge um die Heimat zu koppeln. Insbesondere der Paradigmenwechsel seit der Einführung der Personenfreizügigkeit und die dadurch neu getaktete Arbeitsmarkt- und Zulassungspolitik hat zwar die wirtschaftlichen Erfolge nicht missen lassen, aber auch Unbehagen ausgelöst, für die Dichtestress, Platzmangel und Engpässe aller Art die Stichwörter geben. Der Bundesrat hat 2013 mit der erneuten und ausgeweiteten, allerdings auch kontroversen Anrufung der Ventilklausel gegenüber der EU Sensibilität für den «gefühlten» Unmut signalisiert und den Willen zur Steuerung der Einwanderung zum Ausdruck gebracht. Ob die Anrufung der Ventilklausel einen Einfluss auf die Zuwanderung wird ausüben können, ist indes strittig.

Der neu entfachte politische Streit um das «Bevölkerungsoptimum» erklärt sich nicht nur durch die ver-

stärkte Anwesenheit von EU-Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz. Wie im 19. Jahrhundert werden auch Fragen der Wirtschaftsentwicklung, der Raum- und Siedlungsstrukturen und des Wohnraums mit Hilfe dieser Debatte angesprochen, also letztlich Fragen der Zukunftsgestaltung und der Bedeutung der «Schweiz als Heimat» (Max Frisch). Die Thematisierung der Umweltprobleme, des Energieverbrauchs, des Wohnraums und des Verkehrs gehören ebenfalls dazu. Sie sind Teil einer globalen Debatte um die nachhaltige Entwicklung, also einer Modernisierung, die sowohl dem Menschen wie auch der Umwelt Sorge tragen soll. Inwieweit die vielfach unerwünschten Folgen des letzten Modernisierungsschubs schliesslich auf die Mobilität europäischer Bürgerinnen und Bürger zurückgeführt werden können, ist ebenfalls eine kontroverse Frage. Sie erlaubt es derweil, Probleme der künftigen Entwicklung, der benötigten Infrastrukturen, des Erhalts von Landschaften und der hierfür notwendigen Investitionen zu thematisieren.

Inwieweit diese Möglichkeit der aktualisierten Positionsbestimmung der Komplexität unserer Lebensverhältnisse gerecht zu werden vermag, hängt davon ab, ob die Akteurinnen und Akteure den Versuchungen einer neopatriotischen Einigelung widerstehen können. Sicherlich führt der Verweis auf europäische Zwänge in einer direkten Demokratie zu Frustrationen und wird dem Stolz eines republikanischen Gemeinwesens nicht gerecht. Allerdings darf man sich auch nicht Illusionen hingeben: Einerseits könnte eine erneut patriotisch gewendete Schweiz den Herausforderungen einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung alleine nicht begegnen. Gerade die Frage der ökologischen Risikogesellschaft hat die Begrenzung auf nationale Räume obsolet gemacht. Andererseits sollten die politischen Akteure wie auch die Bürgerinnen und Bürger trotz europäischer Wirtschaftskrise den Wandel nicht unterschätzen, den die rechtliche Verankerung der Freizügigkeit im EU-Recht gebracht hat. Dadurch ist ein Wanderungsraum entstanden, der Nationalstaaten hohe Hürden auferlegt («zwingende Gründe des Allgemeinwohls», EuGH), wenn sie diese Freiheiten beschränken wollen. Die Mobilität von Europäerinnen und Europäern geniesst deshalb einen umfassenden Schutz. In diese Freizügigkeitsregelung ist die Schweiz durch die Bilateralen Verträge ebenfalls eingebettet. Eine Beschränkung dieser Mobilitätsrechte und die Wiedereinführung nationaler Präferenzen entsprächen einer Aufkündigung der Verträge in einer der zentralen Freiheiten, was eine Abkehr von der Einigung mit den europäischen Partnern bedeutet. Letztlich würde das bilaterale Verhältnis mit der EU voraussichtlich nachhaltig gestört, und mehrere Abkommen würden hinfällig.

Die «Schweiz als Heimat» und die «Schweiz als Teil Europas» wird als Dauerbrenner auch die künftigen Abstimmungen prägen, wenn auch diesmal möglicherweise im umweltbewussten Kleid. Themen wie Bevölkerung, Migration und Umwelt thematisieren schwierige Fragen der Bevölkerungspolitik und -struktur wie auch aktuelle Themen des schonenden Umgangs mit unseren Ressourcen, unseres «ökologischen Fussabdrucks», und verknüpfen diese mit Fragen der Mobilität und der damit verwobenen wirtschaftlichen und sozialen Rechte. In diesem Sinne ist es sicher hilfreich, wenn die Wissensbestände abgefragt werden, die in der Schweiz und darüber hinaus bestehen, um diese zu nutzen und schliesslich die anstehenden Auseinandersetzungen besser einordnen zu können. Diesen Zweck unterstützt diese Literaturrecherche, die als Übersicht für die Schwerpunkte «Demographische Dynamik», «Wirtschaft», «Infrastruktur» und «Umwelt» dienen soll.

2 Literaturrecherche

Zwischen Februar bis Mitte Mai 2013 widmete sich das SFM einer Literaturübersicht über die aktuelle Forschung auf nationaler und internationaler Ebene zum Thema «Demographie, Ressourcen und Bedeutung der Migration». Wissenschaftliche Studien standen dabei im Zentrum. Wo möglich wurde aber nicht nur die öffentlich zugängliche, sondern auch die «graue» Literatur erfasst.

Inhaltlich lag der Fokus bei den Debatten auf der Makro-Ebene. Dabei ging es vor allem um die Auswirkungen der Migration auf die Bevölkerung, die Wirtschaft, die Infrastruktur und die Umwelt.

Als Ausgangspunkt für die Literaturrecherche wurden folgende Stichwörter definiert:

- Demographie und Bedeutung der Migration;
- Generationen, Generationenabfolge, Generationenvertrag, Überalterung der Gesellschaften;
- Wirtschaft, Demographie und Migration (also alle wirtschaftlichen Fragen, die mit demographischen Prozessen in Verbindung gebracht werden können);
- Sozial- und Vorsorgesysteme wie beispielsweise die AHV, soweit sie von demographischen Fragen beeinflusst werden;
- Demographie und Familien-/Genderpolitik;
- Infrastruktur in den Bereichen Wohnung, Arbeit, Verkehr und ihr Bezug zur Migration;
- Raumplanung, Landressourcen, Entwicklung Immobilien- und Mietpreise;
- Demographie und Umwelt (ökologischer Fussabdruck, Ressourcenverbrauch in verschiedenen Bereichen etc.).

Die folgenden Abschnitte beschreiben die Methodik der Literaturrecherche und gehen auf die quantitativen Suchresultate wie auch auf die identifizierten Themenfelder ein.

2.1 Methodik und quantitative Suchresultate

Basierend auf den oben erwähnten Stichwörtern wurden in einem ersten Schritt die Schlagwörter mittels Listen präzisiert und eine Sammlung relevanter wissenschaftlicher Zeitschriften erstellt. In einem zweiten Schritt wurden wissenschaftliche Online-Zeitschriften und Datenbanken mit Hilfe der erwähnten Schlagwörter durchsucht. Weil schweizerische Dokumente in diesen Resultaten stark unterrepräsentiert waren, wurde die Recherche auf Dokumentenserver von Schweizer Universitäten und Suchmaschinen erweitert. Die letzte Phase der Recherche bestand in einer verfeinerten Einordnung der gefundenen Literatur nach verschiedenen Themengebieten (zirka 860 Dokumente) und deren kritische Beurteilung.

2.1.1 Schlagwörter

Die Identifizierung der Schlagwörter ist ein entscheidender Erfolgsfaktor bei der Recherche, da die Qualität der ersten Suchresultate stark von ihrer Präzision abhängt. Ausserdem liefern Ergebnisse mit Hilfe von Querverweisen Hinweise auf weitere Dokumente und Studien.

Weil das Schlagwort «Demographie» («Demografie») in wissenschaftlichen Studien auffallend selten verwendet wurde, musste die Suche mit und ohne dieses Schlagwort und seinen Deklinationen fortgesetzt werden. Zudem konnte die Recherche auch nicht durch verschiedene Fachrichtungen limitiert werden, da die Demographie, genau wie die Migration, ein interdisziplinäres, transversales Themenfeld ist. Die Resultate mussten daher inhaltlich sorgfältig analysiert werden, um treffende Referenzen zu erkennen. Wenn Dokumente auf weitere Schlagwörter hinwiesen, wurden diese fortlaufend in die Schlagwörterliste aufgenommen.

In allen zur Verfügung stehenden Datenbanken und Suchmaschinen wurden die Schlagwörter auf möglichst unterschiedliche Weise mittels Booleschen Operatoren (z.B. «und», «oder» etc.) kombiniert, um auf diese Weise ein maximales Spektrum an Ergebnissen zu garantieren. Diese wurden nach Datum und nach Relevanz sortiert.

Falls eine Online-Literaturdatenbank oder virtuelle Bibliothek über einen Thesaurus oder eine ähnlich systematisch geordnete Sammlung von Begriffen verfügte, wurden diese zusätzlich zu den Schlagwörtern verwendet. Datenbanken haben zudem eigene und unterschiedliche Suchsysteme und -strukturen, welche es bei der Abfrage zu berücksichtigen galt. Alle Schlagwörter wurden auch als Stichwörter in die Freitext-Suchfelder eingegeben und die Datenbanken wurden einzeln durchsucht.

Trunkierungen (z.B. Migr* für Migration, Migranten, Migrantinnen, migrant, migrants, usw.), und Phrasen (z.B. «Population growth», «Demographic deficit», «Population dynamics») wurden – wenn nötig – ebenfalls verwendet. Zudem wurden verschiedene Schreibweisen wie auch Sprachen (deutsch, englisch und französisch) in der Schlagwörteridentifizierung berücksichtigt.

2.1.2 Wissenschaftliche Journals und Datenbanken

Wissenschaftliche Zeitschriften, die Demographie oder Migration zum Schwerpunkt haben, wurden auf den Verlagswebseiten auf relevante Artikel durchsucht.

Zur Identifizierung relevanter Dokumente wurde systematisch folgende Vorgehensweise angewendet:

1. Suche nach Schlagwörtern (siehe oben);
2. Suche nach Dokumenten, welche die gefundenen Studien zitieren («citation links»);
3. Überprüfung der Bibliographien, sofern diese zur Verfügung standen (Identifizierung der Texte, die nicht mehr im Handel erhältlich oder sehr alt sind und nicht in elektronischer Form existieren);
4. Systematische Durchsuchung von ähnlichen Dokumenten-Listen (gewisse Datenbanken wie zum Beispiel «Web of Knowledge» verfügen über eine «Related records»-Funktion);
5. Bei Autorinnen und Autoren, für welche mehr als ein relevantes Werk identifiziert wurde, wurde ihre Publikationsliste gesucht, um sicherzustellen, dass die gesamte relevante Literatur im Literaturverwaltungsprogramm (Endnote) aufgenommen wird.

In Bezug auf die Inklusions- und Exklusionskriterien wurden weder geographische noch zeitliche Eingrenzungen angewendet. Es wurden auch keine Filter gebraucht (Sprache, Dokumenttyp, etc.). Die Hauptkriterien der Literaturrecherche waren die Qualität (Expertise der Autorinnen und Autoren, wissenschaftliche Verlage,

	Resultate Total	Mit Bezug zur Schweiz
Amazon.de	2	0
Annual Reviews	1	0
Archives ouvertes UniGe	2	2
Bibliographien	131	40
Cairn	8	3
Confederation (Websites)	34	34
e-Collection (ETHZ)	3	3
EBSCO	3	1
Econbiz	83	10
EPC (Princeton)	1	1
ERIC	1	0
Érudit	2	0
DBS Esource	1	0
Gesis Sowiport	17	5
Google	34	27
Google Books	29	5
Google Scholar	43	7
Helveticat	18	18
Circa	1	1
Cefmr	3	0
Ideas.repec	19	2
IDS	1	0
IngentaConnect	10	0
IBSS – ProQuest	3	0
IOP Science	1	0
Journal TOCs	2	0
JSTOR	21	1
Muse	3	0
Oxford Journals	39	10
Persée	1	1
Popline	1	0
PubMed	9	4
Remisis	19	0
RERO	13	9
Researchbank.rmit	1	0
SAGE Journals	8	1
ScienceDirect	21	0
Scopus	2	0
SFM Centre de doc.	44	41
Springer Link	23	1
SSRN	13	0
SwissBib	7	6
Taylor & Francis	17	2
Web of Knowledge	92	3
Wiley Online Library	9	0
WorldCat	32	2
Zora	4	3
Journal Websites	19	6
Publishers & Research Institutes	12	11
TOTAL	863	260

Tabelle 1: Quellen und quantitative Suchresultate

Begutachtung von Fachpersonen [«peer-reviewing»] und der Bekanntheitsgrad der Herausgeber oder der Zeitschriften) und die Relevanz bezüglich des Themas der Studie.

2.1.3 Dokumentenserver und Suchmaschinen

Weil nur wenige Referenzen in den Datenbanken und Zeitschriften von der Schweiz handelten, wurden zusätzlich sämtliche Dokumentenserver von Schweizer Universitäten abgefragt und das Internet mit Hilfe von Suchmaschinen (Google, Google Scholar & Google Books) durchforstet. Der Einfluss des Algorithmus von Google auf die Rangfolge der Resultate (PageRank) wurde berücksichtigt und jeweils die ersten 80 Seiten durchsucht. Abfragen wurden zudem in der Suchmaske systematisch geändert. Die Suche wurde bewusst auf schweizerische Forschungsinstitute, Bundesämter und Behörden beschränkt, um Studien, «Working und Discussion Papers» und Schriften von Ämtern ausfindig zu machen.

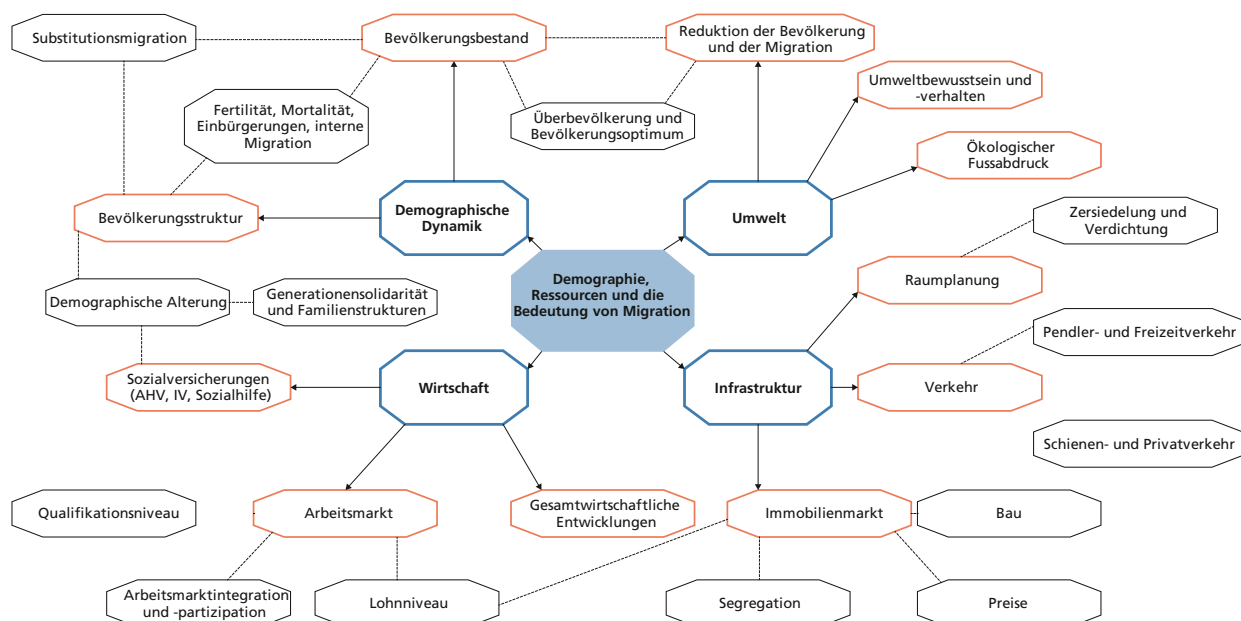
Relevante Webseiten wurden auf «Pearltrees», einer visuellen Bibliothek gespeichert und können unter www.pearltrees.com/awatkins/tree/id7363749 abgerufen werden. Die Verlinkungen zeugen von der Zahl der Resultate und stellen klare Schwerpunkte dar. Diese wurden ebenfalls für die Identifizierung der Themenfelder verwendet.

Insgesamt wurden 863 Referenzen gefunden (Tabelle 1), wovon 260 einen Bezug zur Schweiz aufweisen oder von der Schweiz handeln.¹ Die gefundene Literatur wurde in einem nächsten Schritt in verschiedene Themenfelder eingeordnet und kritisch beurteilt.

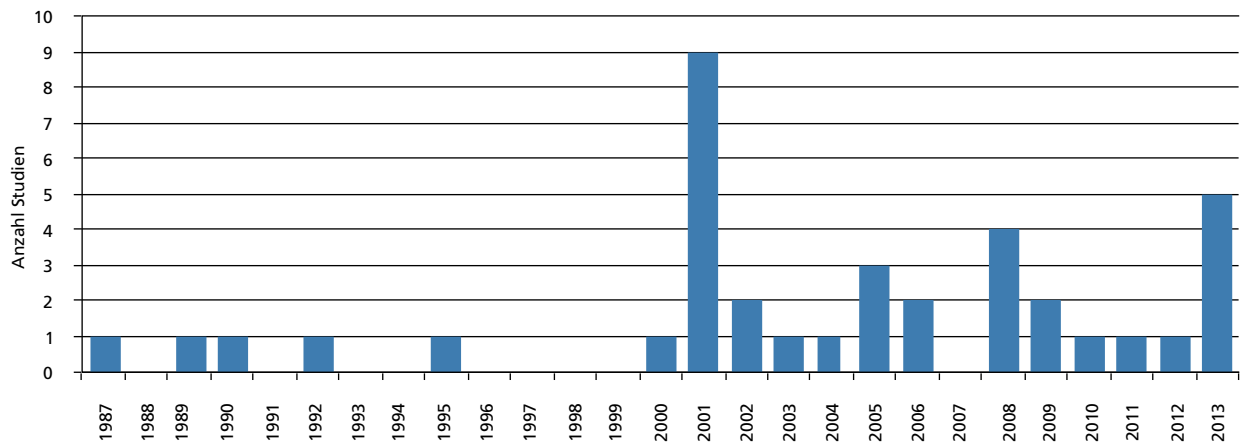
2.2 Identifizierte Themenfelder

Basierend auf der Literaturrecherche konnten vier Hauptthemenfelder definiert werden: Demographische Dynamik, Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt. Grafik 1 zeigt, wie diese verschiedenen Themenfelder aufgegliedert und untereinander verknüpft sind.

Die im Themen-Mapping eruierten Schwerpunkte gliedern in der Folge die Struktur des vorliegenden Berichts. Das Ziel der Studie war nicht die Sicherung der Vollständigkeit, sie präsentiert eine von den Autorinnen und dem Autor als relevant eingeschätzte Literatursammlung. Der Schwerpunkt wurde zwar auf die Schweiz und auf die Literatur der letzten 10 Jahre gelegt, es wurden aber auch Studien aus anderen Ländern und aus früheren Jahren in diesen Bericht mit einbezogen. Vor allem im Kapitel zur Umwelt konnte kaum Literatur zur Schweiz ausfindig gemacht werden. Schliesslich wurden sowohl regionale Analysen, wie zum Beispiel zur Situation in den Grenzregionen, als auch demographische und andere Projektionen in die einzelnen Kapitel eingebracht.



Grafik 1: Themen-Mapping. Die Grafik zeigt, wie die zentrale Studienthematik in vier Hauptthemenfelder aufgegliedert werden kann und sich diese wiederum in Nebenthemenfelder verzweigen. Die verschiedenen möglichen Verbindungen zwischen den einzelnen Themen sind der Lesbarkeit halber nicht vollständig dargestellt.

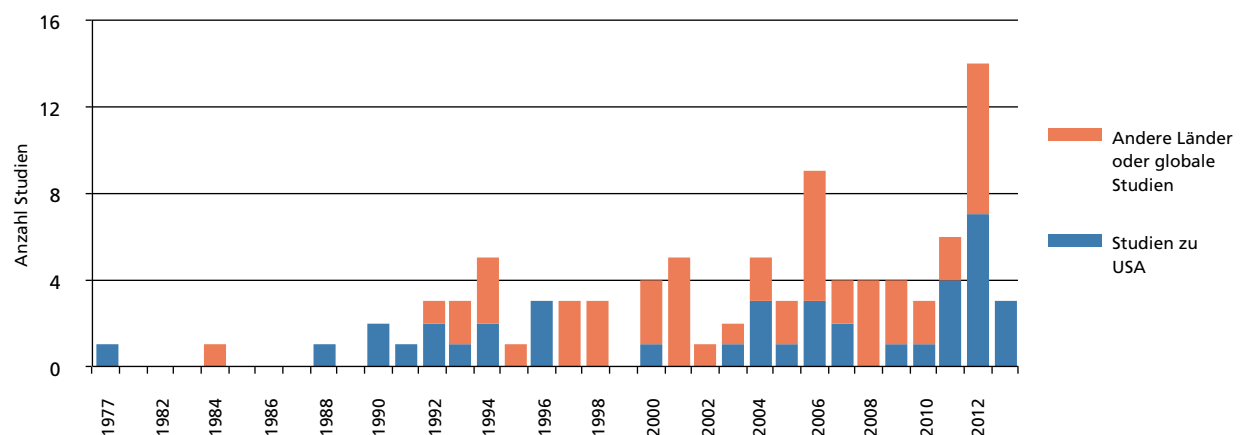


Grafik 2: Anzahl identifizierter Studien zur Substitutionsmigration, 1987–2013

Das Kapitel zur demographischen Dynamik geht einerseits auf die Bevölkerungsentwicklungen der in der Schweiz lebenden Personen ein. Andererseits zeigt es die Bedeutung und den Einfluss der Migration auf die Bevölkerungsstruktur auf. Dabei werden die demographische Alterung der Schweizer Bevölkerung und deren Auswirkungen auf die Generationensolidarität thematisiert. Nur sehr wenig Literatur konnte zu den Themen Familien- und Genderpolitik in Verbindung mit Demographie und Migration ausfindig gemacht werden. In einem letzten Teilkapitel wird schliesslich die Bedeutung der Substitutionsmigration als Lösungsansatz für den demographischen Rückgang und die Alterung besprochen, also jener Migration, die das Schrumpfen der eigenen Bevölkerung kompensieren sollte. International wie auch national gibt es viele Studien zu diesem Thema, wobei dem Thema der Substitutionsmigration nach dem Jahr 2000, als Reaktion auf einen Bericht der UNO, viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde (siehe Grafik 2).

In einem weiteren Kapitel werden die Bedeutung und der Einfluss der Migration auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen aufgezeigt. Vor allem in Bezug auf den Arbeitsmarkt konnten viele Studien zu den Themen Ausbildungsniveau und Fachkräftemangel, Arbeitsmarktstatus und -integration von Ausländerinnen und Ausländern und Entwicklungen des Lohnniveaus ausgewertet werden. Dabei konzentrierte sich ein beträchtlicher Teil der Texte auf die Frage der Substitution oder der Komplementarität zwischen schweizerischen und ausländischen Arbeitskräften und der daraus resultierenden Verdrängung (oder deren Ausbleiben) auf dem Arbeitsmarkt wie auch des Einflusses auf das Lohnniveau.

Das Kapitel zur Infrastruktur konnte ebenfalls in drei Themenfelder unterteilt werden: Wohnungsmarkt, Verkehr und Raumplanung, wobei wenige Studien zum Einfluss und der Bedeutung der Migration insbesondere



Grafik 3: Anzahl identifizierter Studien zur Reduktion der Migration zum Umweltschutz, 1977–2012

für die letzten beiden Kapitel gefunden wurden. Bezüglich des Wohnungsmarktes wurden nebst den gesamtschweizerischen Analysen des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO) die Entwicklungen in der Stadt und im Kanton Zürich im Detail eruiert.

Schliesslich bespricht das letzte Kapitel Studienresultate zum Umweltbewusstsein und -verhalten der Einwanderinnen und Einwanderer und geht auf die Debatte über die Reduktion der Bevölkerung und deshalb auch der Zuwanderung und den Umweltschutz ein. Gerade das letzte Thema kam in den 1990er-Jahren auf und erreichte 2012 seinen vorläufigen Zenit (siehe Grafik 3). Während dieses Thema lange Zeit von der US-amerikanischen Forschung dominiert wurde, sind seit Mitte der 1990er-Jahre auch Studien aus Israel, China und Australien hinzugekommen. In Bezug auf die Schweiz konnten für das gesamte Thema Umwelt nur vier Studien ausfindig gemacht werden.

Ein Themenstrang, auf welchen diese Studie nicht weiter eingeht, betrifft Migrationsbewegungen, welche vom Klimawandel ausgelöst werden. Die sogenannten «Klimaflüchtlinge» suchen zum Beispiel Schutz vor tropischen Wirbelstürmen, Starkregenhochwasser, Dürren und Verwüstung. Beiträge und Literatur zu diesem Thema liefert das Buch «Migration and Climate Change», welches 2011 von E. Piguët, A. Pécout und P. de Guchteneire von der Cambridge University Press herausgegeben wurde.

Die Schlussbetrachtungen lassen die wichtigsten Ergebnisse Revue passieren und erörtern die Lücken in der Schweizer Forschung.

3

Demographische Dynamik

Die klassische Demographie beschäftigt sich mit der Bevölkerungsentwicklung, der Anzahl in einem Land lebenden Personen und deren Alters- und Geschlechterstruktur. Dieses Kapitel zeichnet die vergangenen wie auch zukünftige Dynamiken auf und geht auf die Bedeutung und den Einfluss der Migration auf diese Entwicklungen ein. Die Alterung der Bevölkerung und die damit verbundenen demographischen, finanziellen und sozialen Auswirkungen spielen eine zentrale Rolle in der Debatte um die Bevölkerungsentwicklung. Schliesslich geht ein letztes Teilkapitel auf die in der Literatur sehr kontrovers diskutierte Bedeutung der Substitutionsmigration ein und erörtert, ob sie als Lösungsansatz für den demographischen Rückgang und die Alterung dienen kann.

3.1 Komponenten der Bevölkerungsentwicklung

Wie Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigen, hat die in der Schweiz wohnende Bevölkerung in den letzten Jahren zugenommen: Bewegte sich das jährliche Wachstum von 2001 bis 2006 zwischen 0,6% und 0,8%, überschritt es die folgenden Jahre 1,0% und betrug 2008 sogar 1,4%. Im dritten Quartal 2012 zählte die Schweiz zum ersten Mal mehr als 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Der Ausländeranteil nahm in dieser Zeit ebenfalls kontinuierlich zu und betrug 2011 mit 22,8% drei Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000.

In der Demographie gibt es fünf Komponenten, welche einen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung ausüben: Einwanderungen, Auswanderungen, Geburten, Todesfälle und Einbürgerungen. Während die ersten vier den Gesamtbevölkerungsbestand erhöhen oder verkleinern und die Bevölkerungsstruktur verändern, haben die Einbürgerungen lediglich einen «Umverteilungseffekt» zwischen der ausländischen und der einheimischen Bevölkerung zur Folge.

In den letzten Jahren häuften sich Studien zur Zuwanderung in die Schweiz, vor allem hinsichtlich der seit 2002 gültigen Personenfreizügigkeit mit der EU (Bucher 2008; Bundesrat 2012; Müller-Jentsch und Avenir Suisse 2008; Stutz et al. 2010). Das Thema der Rück- und Weiterwanderung von Ausländerinnen und Ausländern wurde bislang jedoch nur vereinzelt aufgegriffen (Carrel 2011;

Pecoraro 2012b). Statistiken des BFS zeigen einen Zuwachs der Einwanderung bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise: 2008 wanderten doppelt so viele Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz ein wie im Jahr 2000, danach nahm die Zuwanderung markant ab (Grafik 4). Der Wirtschaftsumschwung machte sich auch mit einem leichten Anstieg der Auswanderungen bemerkbar.

Der Einfluss von Migrantinnen und Migranten auf die Bevölkerungsentwicklung hängt nicht nur von ihrem Zu- bzw. Wegzug, sondern auch von ihrem Profil bezüglich Alter, Geschlecht und Herkunft ab, da sie immer auch Träger eines potenziellen natürlichen Bevölkerungswachstums sind, welches je nach Alter und Fruchtbarkeitsrate des Herkunftslandes variieren kann (Wanner 2002). Statistiken des BFS zeigen einen Anstieg der *Geburtenziffer* der Schweizerinnen von 1,28 Kindern pro Frau im Jahr 2000 auf 1,42 im Jahr 2011 und einen Rückgang jener der Ausländerinnen von 2,14 auf 1,84. Dabei weichen die Geburtenziffern einzelner Ausländergruppen voneinander ab: Während Somalierinnen 4,2 Kinder pro Frau bekamen, lag die Geburtenziffer der Rumäninnen bei gerade 0,94 (siehe Wanner und Fei 2005 für Tabellen). Im Jahr 2011 kamen in der Schweiz 80 810 Kinder zur Welt, wovon 27% eine Mutter ausländischer Nationalität hatten.

Studien aus dem Aus- und Inland zeigen grundsätzlich drei Muster bezüglich des Zusammenhangs zwischen Fertilität und Migration (Wanner et al. 2005a: 63). Eine erste Gruppe von Ausländerinnen gleicht ihre Fertilität mit der Zunahme der Aufenthaltslänge jener des Gastlandes an. Die Geburtenziffer liegt daher zwischen jener des Herkunfts- und Gastlandes (Tribalat 2005). Zwischen 1995 und 1999 lag die Geburtenziffer der Schweizerinnen zum Beispiel bei 1,33 Kindern pro Frau und jene der Türcinnen bei 1,99. In ihrem Heimatland betrug die Rate für den gleichen Zeitraum 2,57 Kinder pro Frau.² Eine zweite Gruppe orientiert sich weiterhin am tieferen Fertilitätsverhalten des Heimatlandes. In der Schweiz ist dies zum Beispiel der Fall der Italienerinnen und Spanierinnen. Erstere weisen eine Geburtenziffer von 1,29 Kinder pro Frau in der Schweiz und 1,22 in Italien auf. Jene der Spanierinnen liegt noch tiefer bei 1,24 in der Schweiz und 1,19 im Heimatland. Schliesslich weicht die Fertilität einer dritten Gruppe von jener des Herkunfts- wie auch

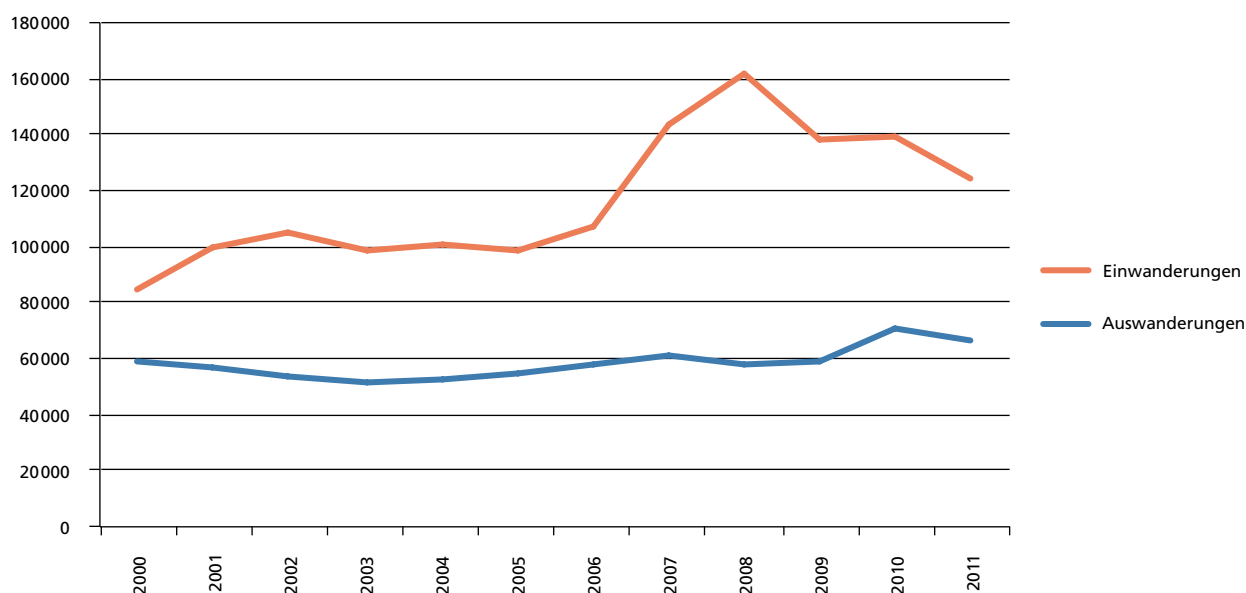
des Gastlandes ab. Wanner et al. (2005) führen die Portugiesinnen als Beispiel an, welche von 1995 bis 1999 in der Schweiz durchschnittlich 1,7 Kinder pro Frau, im Herkunftsland indes nur 1,48 zur Welt brachten. Die Autoren erklären dieses Verhalten mit einem Selektionseffekt der Ausländerinnen aufgrund ihrer Herkunftsregion oder ihres Ausbildungsniveaus.

Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz sind einem ähnlichen *Mortalitätsrisiko* ausgesetzt wie die Schweizer Bevölkerung (Wanner und Lerch 2012). Gemäss den Autoren beeinflusst der sogenannte «Emigrant unhealthy effect» oder «Saumon-Effekt» das Sterberisiko: Ein Teil der Migrantinnen und Migranten mit schlechtem Gesundheitszustand kehrt in ihr Heimatland zurück und erscheint deshalb nicht in den Todesfallregistern der Schweiz. Eine andere Studie zeigte jedoch, dass in die Schweiz eingewanderte Italienerinnen und Italiener länger leben als Einheimische, während das Sterberisiko ihrer Nachkommen deutlich höher liegt als dasjenige der Schweizerinnen und Schweizer. Gemäss den Autoren entfernte sich die zweite Generation vom gesundheitsbegünstigenden mediterranen Lebensstil und dem engen familiären Netz und ist gleichzeitig schlechteren Bildungschancen als Schweizer Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt (Tarnutzer und Bopp 2012). Schliesslich zeigen Studien eine höhere Kindersterblichkeit (Bolini et al. 2007) und eine höhere Müttersterblichkeit (Bolini et al. 2011) bei Ausländerinnen. Ein Phänomen, welches durch einen besseren Zugang zum Gesundheitssystem und durch Integrationsmassnahmen reduziert werden könnte.

In absoluten Zahlen sind gemäss Statistiken des BFS im Jahr 2011 56 760 Schweizerinnen und Schweizer (9,76 von 1000) und 5331 Ausländerinnen und Ausländer (2,98 von 1000) gestorben.

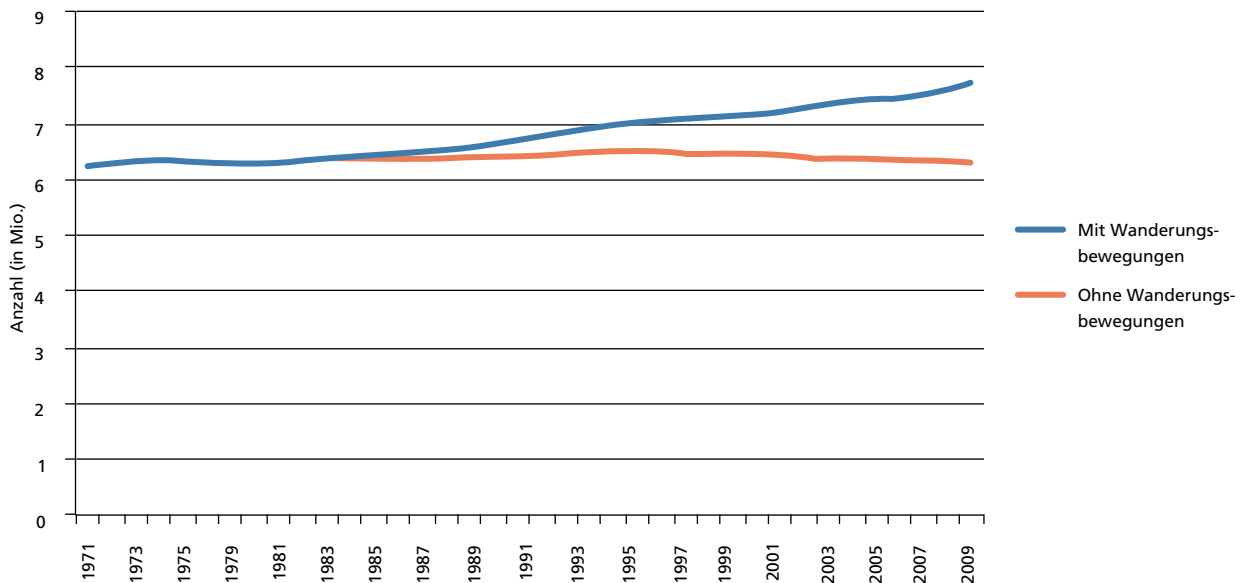
In den letzten Jahren wurden in der Schweiz mehrere Einbürgerungsstudien erstellt (Münz und Ulrich 2003; Pecoraro 2012a; Piguet und Wanner 2000; Wanner und D'Amato 2003; Wanner und Steiner 2012). Die Studie von Wanner und Steiner (2012) hatte unter anderem zum Ziel, die Auswirkungen der bevorstehenden Revision des Bürgerrechtsgesetzes einzuschätzen. Die Autoren gehen davon aus, dass sich jährlich nur etwa 3% der Ausländerinnen und Ausländer, welche die Mindestvoraussetzungen erfüllen, einbürgern lassen. Somit hätte eine Restriktion des Zugangs zum *Bürgerrecht* nur einen geringen Einfluss auf den Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung. Wie schon angedeutet, übt diese Komponente keinen direkten Einfluss auf die Bevölkerungszahl oder deren Struktur aus, da lediglich eine «Umverteilung» zwischen Personen ausländischer und Schweizer Nationalität stattfindet. Die Zahl der Einbürgerungen ist zwischen 2006 und 2011 von 46 710 auf 36 010 gesunken.

Die zitierten absoluten Zahlen der einzelnen Komponenten zeigen, dass der *Wanderungssaldo* – also die Differenz zwischen Zu- und Auswanderung – in der Schweiz den grösseren Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung hat als der Geburtenüberschuss – welcher sich aus der Subtraktion der Todesfälle von den Geburten ergibt –, wobei letzterer seit 2008 eine zunehmende Rolle spielt. Wanner (2012) berechnet den demographi-



Grafik 4: Ein- und Auswanderungen der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, 2000–2011

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS) – PETRA und STATPOP



Grafik 5: Entwicklung der Schweizer Wohnbevölkerung mit und ohne Wanderungsbewegungen, 1981–2009

Quelle: Wanner (2012: 177)

schen Beitrag der ausländischen Bevölkerung von 1981 bis 2009. Dafür stellt er die reale Bevölkerungszunahme einer hypothetischen Entwicklung ohne Zu- und Auswanderung gegenüber (Grafik 5). Gemäss letzterer wäre die Schweizer Wohnbevölkerung ohne die internationalen Wanderungsbewegungen seit Mitte der 1990er-Jahre rückläufig. Insgesamt hat die Zuwanderung bis 2009 zu einem Bevölkerungszuwachs von 1 400 000 Personen geführt. Dabei muss zwischen dem Einfluss der Migration (Wegfall der Wanderungsbewegungen und der Geburten ausländischer Kinder) und jenem der Anpassung der Fruchtbarkeitsziffer aufgrund einer kleineren ausländischen Bevölkerung unterschieden werden. Wanner berechnet, dass sich letzterer auf etwa 9% des Gesamteinflusses beläuft.

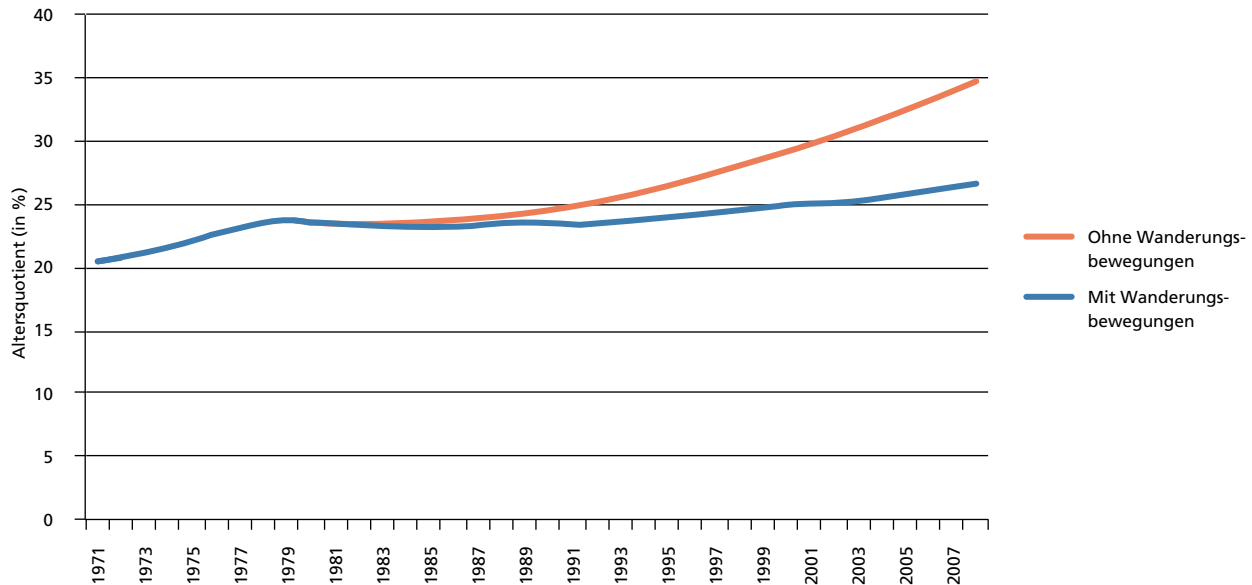
3.2 Demographische Alterung

Die demographische Alterung Europas ist heute ein bekanntes und unaufhaltbares Phänomen (Coleman 2002). Sie wird sowohl durch tiefere Geburtenraten als auch höhere Lebenserwartungen ausgelöst. Erstere – auch «Alterung der Basis der Bevölkerungspyramide» genannt (Coleman 2002) – bezieht sich auf den Rückgang der Fertilität unter die Reproduktionsrate, welche die notwendige Geburtenziffer bezeichnet, um den Generationenerhalt zu sichern. In den meisten Industrieländern und auch in der Schweiz beträgt diese 2,1 Kinder pro Frau. In der Schweiz leitete die Phase nach dem Babyboom einen mehrjährigen markanten Rückgang der Kinderzahl ein. 1971 lag die Geburtenziffer erstmals unter 2,1 Kindern pro Frau. Verursacht durch einen leichten Anstieg in den letzten Jahren, beträgt die Rate 2011 1,52

Kinder pro Frau, wobei, wie erwähnt, Unterschiede zwischen Schweizerinnen und Ausländerinnen bestehen.

Die *Lebenserwartung bei Geburt* hat sich in der Schweiz im 20. Jahrhundert verdoppelt, was zur «Alterung der Spitze der Bevölkerungspyramide» (Coleman 2002) geführt hat. Auch wenn der Zuwachs in der Lebenserwartung in den letzten Jahren abnahm, so hat die Schweiz gemäss BFS mit 80,3 Jahren für Männer und 84,6 Jahren für Frauen einen der höchsten Werte der Welt.

In der Demographie wird die Alterung der Bevölkerung durch den *Altersquotienten* dargestellt: Es handelt sich dabei um das Verhältnis zwischen der Anzahl 65-Jähriger und Älterer je 100 Personen (erwerbstätig und nicht-erwerbstätig) im Alter von 20 bis 64 Jahren. Diese Altersklassen können je nach Land variieren, da sie vom Rentenalter abhängen. Der Altersquotient ist in der Schweiz zwischen 1960 und 2010 von unter 20% auf 27,6% angestiegen. Dies bedeutet, dass die Anzahl Rentnerinnen und Rentner auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter zugenommen hat. Dieser Altersquotient wäre gemäss Wanner (2012) ohne Wanderungsbewegungen noch mehr gestiegen und hätte 2009 35% betragen (Grafik 6). Eine Veränderung des Quotienten zeigt vor allem eine Änderung der Bevölkerungsstruktur auf, insbesondere hinsichtlich der Grösse der erwerbsfähigen Bevölkerung. Sie hat deshalb auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft (siehe Kapitel Wirtschaft). Daher wird auch häufig die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren im Verhältnis zu 100 Erwerbstätigen im Alter von 20- bis 64-Jahren berechnet. In der Schweiz ist dieser Quotient zwischen 1995 und 2010 von 28,9% auf 32,3%



Grafik 6: Entwicklung des realen Altersquotienten (65+/20–64) und jenem unter der Annahme keiner Wanderungsbewegungen

Quelle: Wanner (2012: 179)

gestiegen. Somit kommen immer weniger Erwerbstätige für die AHV-beziehende Altersklasse auf.

Zu den finanziellen Folgen der demographischen Alterung werden in der Literatur erhöhte Ausgaben der Sozial- und Gesundheitsversicherungen ausgemacht (Percă 2011) (siehe Kapitel Wirtschaft). Die höhere Lebenserwartung verändert jedoch auch die Gesundheitsbedürfnisse. Gerade das Beispiel der ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, welche nicht in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, stellt neue Herausforderungen an das Gesundheitswesen (Hungerbühler et al. 2012; Wanner et al. 2002; Wanner et al. 2005b).³ Schliesslich erhöht die Alterung laut einem UN-Bericht das Risiko intergenerationaler Konflikte aufgrund einer ungleichen Ressourcenverteilung und mangelnder nichtfinanzieller Unterstützungsleistungen (United Nations 2001b).

3.2.1 «Sandwich Generation»

Die demographische Alterung führt mitunter zu einer Veränderung der Generationenstruktur und stellt den *Generationenvertrag* in Frage: «Dieser regelt den Zusammenhalt zwischen den Generationen, indem er den fairen Austausch von Geben und Nehmen zwischen Jung und Alt sicherstellt» (Eling, Vorabdruck).

Zum ersten Mal in der Geschichte leben heute Schweizerinnen und Schweizer in Drei- oder Viergenerationenfamilien. Bei der Geburt hat ein Kind sicher ein lebendes Elternteil, oft eine Grossmutter oder Grossva-

ter, und zu 50% ein Urgrosselternteil. Anfangs des 20. Jahrhunderts hatten hingegen nur 10% der Kinder ein Urgrosselternteil (Wanner 2001).

Gerade die mittleren Generationen fühlen sich eingeklemmt zwischen den Bedürfnissen ihrer betagten Eltern und jener ihrer Sprösslinge (Perrig-Chiello und Höpflinger 2005). Dabei rückt die ältere Bevölkerung medial, politisch und sozial immer stärker ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Dieses sozio-politische Ungleichgewicht kann bisweilen zu «Ageism», also zur Diskriminierung älterer Menschen führen. Der Sozialbericht 2012 bestätigt, dass sich Seniorinnen und Senioren hinsichtlich der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung benachteiligt fühlen. Allerdings sind auch die Jungen vor Diskriminierungen nicht gefeit, insbesondere was den Respekt ihnen gegenüber angeht oder die Beurteilung ihres Sozialverhaltens und ihrer Kompetenz gerade im Hinblick auf den Arbeitsmarkt (Bühlmann et al. 2012).

Ferner kommt die mittlere, erwerbstätige Generation finanziell sowohl für die Jungen als auch für die älteren Semester auf. Obwohl im europäischen Vergleich immer noch hoch, sinkt das effektive mittlere Pensionierungsalter in der Schweiz stetig; Invalidität, vorzeitige Pensionierung oder gar Entlassungen in den Ruhestand sind hierfür verantwortlich. Andererseits gestaltet sich der Einstieg ins Berufsleben ebenfalls schwierig: Bis zu 50% der Jugendlichen ohne Lehrabschluss (diese Gruppe besteht zu 50% aus jungen Personen aus Portugal, der Türkei und Ex-Jugoslawien) suchen länger als drei Mo-

nate für ihre erste Anstellung. Viele schieben den Arbeitseinstieg mit einer Ausbildung hinaus, sei es als Investition oder aus Mangel an Alternativen (Bühlmann et al. 2012).

Dank der AHV schneidet die Schweiz bezüglich der Altersarmut im internationalen Vergleich gut ab. Die Quote der materiellen Entbehrung ist laut Sozialbericht 2012 mit 5% sehr tief, auch wenn ein relativ hoher Anteil von Personen ein Renteneinkommen von weniger als 50% des Medianeinkommens aufweist. Die Aufschlüsselung der Sozialabgaben zeigt, dass die Schweiz im europäischen Vergleich mit 45% am meisten für die Alten ausgibt. Bei den Ausgaben für die Jüngeren (Familien und Kinder) zeigt sich die Schweiz jedoch mit 5% klar weniger ausgabenfreundlich als andere vergleichbare Länder wie beispielsweise Deutschland oder Schweden (Bühlmann et al. 2012).

Schliesslich kümmert sich die mittlere Generation, hauptsächlich die Frauen, sowohl um die Kinder als auch die betagten, abhängigen Eltern. Das Elternunterstützungsverhältnis, also das Verhältnis zwischen den 80-Jährigen und Älteren und den 50- bis 64-Jährigen hat in der Vergangenheit rapide zugenommen, nicht zuletzt wegen der sinkenden Heiratshäufigkeit, steigender Scheidungsraten und der vermehrten Kinderlosigkeit. Während dieses Elternunterstützungsverhältnis im Jahr 2000 22,5% betrug, gehen Perrig-Chiello und Höpfinger (2005) für das Jahr 2020 von einem Verhältnis von 24,3% und für 2040 von 40,5% aus. Die Autoren machen auch auf eine doppelte Familien-Karriere-Inkompatibilität aufmerksam: Zur Vereinbarkeit von Kind und Karriere in den jungen Jahren tritt in einem fortgeschrittenen Stadium des Arbeitslebens die Frage der Vereinbarkeit der Pflege der Eltern und jene der Karriere auf.

Weil betagte Menschen in starkem Masse Leistungen des Gesundheitswesens, aber auch familiäre Pflegeleistungen beanspruchen, besteht eine Lösung für diese Inkompatibilität in der Frühpensionierung der Pflegenden, in der «Arbeits»-Teilung unter Geschwistern oder im Anheuern professioneller externer Betreuung. Insbesondere die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften für die «care-Economy» entspricht einem grossen Bedürfnis (Lutz 2011; Madörin et al. 2012), was aber nicht ohne Anpassungen der Migrationspolitik zu bewältigen ist.

Der Sozialbericht 2012 geht trotz der dargestellten schwierigen Entwicklungen von einer fortdauernden und materiellen Generationensolidarität aus und unterstreicht den ergänzenden Charakter einer kollektiven, staatlich organisierten und familiären, freundschaftlichen *Generationensolidarität*. Allerdings weisen die Autorinnen und Autoren darauf hin, dass diese Solidarität

unter den Generationen soziale Unterschiede verfestigen kann, indem sie gerade bei intergenerationellen Geldtransfers den sozialen Status reproduziert.

3.3 Demographische Dynamiken auf regionaler Ebene

Auf regionaler Ebene hängt das demographische Wachstum nicht immer ausschliesslich von der internationalen Zuwanderung ab. Alle Bezirke des Kantons Basel-Landschaft beispielsweise präsentieren ein Bevölkerungswachstum, jedoch mit unterschiedlichen dafür verantwortlichen Wachstumsfaktoren (Statistisches Amt Kanton Basel-Landschaft 2012). So ist der Bezirk Sissach zum Beispiel am stärksten von *Binnenwanderungen* betroffen, und das Wachstum des Bezirkes Liestal basiert zu je rund der Hälfte sowohl auf dem Wanderungssaldo als auch auf dem Geburtenüberschuss. Auch in der Romandie sind laut Wanner (2013) in einigen Gemeinden die hohe Geburtenzahl oder die Binnenwanderung für das Wachstum verantwortlich. Der Autor fand keinen statistischen Zusammenhang zwischen dem demographischen Wachstum der einzelnen Gemeinden und der Anzahl der dort lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Einige Gemeinden sind sogar mit einem Rückgang ihrer Bevölkerung konfrontiert, welcher letztlich durch die interne Abwanderung erklärt werden kann. Die Wahl des Wohnortes (von Migrantinnen und Migranten und von Schweizerinnen und Schweizern) hängt stark von dessen Attraktivität ab (Steiner 2012; Stutz et al. 2010): Es sind vor allem junge Menschen, welche unattraktive Regionen verlassen und die demographische Schrumpfung verstärken (Wanner 2013).

Auch die Binnenwanderung von Ausländerinnen und Ausländern, welche v.a. bei den 30- bis 44-Jährigen zugenommen hat (Lerch 2012b), führt zu einer Umverteilung der Bevölkerung. Die Motive für diese Wanderung variieren jedoch je nach Herkunftsland, wobei die Sprachgrenzen bei allen untersuchten Bevölkerungsgruppen eine Rolle spielen (Carnazzi Weber und Golay 2005). Während Portugiesinnen und Portugiesen eher in Gemeinden mit einer erhöhten Nachfrage nach tiefer qualifizierten Arbeitskräften ziehen (Tourismus), scheinen deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, wie auch Schweizerinnen und Schweizer eher von den Zentren in die Peripherie zu migrieren (Lerch 2012a). Dabei spielen vor allem der Lebensabschnitt und der Wohnungsmarkt eine entscheidende Rolle (siehe Kapitel Infrastruktur).

Dessementet und Schuler (2012) verweisen auf einen *Wandel im territorialen demographischen System*, welcher seit der Jahrtausendwende beobachtbar ist. Dieser manifestiert sich mit der Herausbildung der beiden

Metropolregionen Zürich und Genferseegebiet, wobei letzteres demographisch gesehen noch jünger und dynamischer zu sein scheint.

Demnach wird sich künftig die *demographische Entwicklung je nach Raumtyp* unterscheiden. Urbane Zentren und ihre Gürtel werden kaum altern. Dabei bestimmt das Arbeitsplatzangebot eine selektive internationale und interne Zuwanderung mit einem hohen Anteil an jungen Erwachsenen und Ausländerinnen und Ausländern (Dessemontet und Schuler 2012; von Stokar et al. 2009). In diesen Zonen sind denn auch Single- und Paarhaushalte sowie solche von Familien mit Alleinerziehenden am häufigsten (Fux 2005). Touristische Gemeinden sind von der Alterung ebenfalls unterdurchschnittlich betroffen (von Stokar et al. 2009). Demgegenüber müssen Regionen, welche sich eher in der inneren Peripherie des Landes befinden und sich durch traditionelle Familienstrukturen kennzeichnen, mit einem bedeutenden Wegzug von jungen Leuten rechnen. Dabei wird in den periurbanen und ländlichen Gemeinden eine starke Alterung erwartet. Chancen, die sich durch den demografischen Wandel für den peripheren Raum ergeben, liegen im Tourismus, im Gesundheitswesen und allenfalls im Angebot von Alterswohnungen (von Stokar et al. 2009).

3.4 Bevölkerungsprojektionen

Verschiedene Institutionen (UNO, EUROSTAT, BFS, etc.) und Forschende berechnen die zukünftige Bevölkerungsentwicklung hinsichtlich demographischer Grösse und Struktur mit Hilfe von Bevölkerungsprojektionen, um die Auswirkungen aktueller und hypothetischer Entwicklungsmuster und Gesetzesänderungen bis 2060 zu modellieren (Coleman 2008).

Die Projektionen der UNO von 2010 gehen für die Schweiz von einem Zuwachs der Bevölkerung bis 2030 auf 8 094 000 Einwohner aus, welche bis 2060 wieder auf 7 663 000 abnimmt. EUROSTAT rechnet mit einem Anstieg auf 9 331 000 bis 2055 und einem leichten Rückgang auf 9 319 000 während der letzten fünf Jahre des Projektionszeitraums. Das Referenzszenario⁴ des BFS geht ebenfalls von einem weiteren Wachstum der Bevölkerung bis 2055 auf 8 991 000 aus (Kohli und Bundesamt für Statistik 2010). Ab dem Jahr 2055 stabilisiert sich die Bevölkerung bei einem Stand von knapp neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Gemäss den Autoren hat die Zunahme der Lebenserwartung, vor allem aber der derzeitige Altersaufbau, eine *beschleunigte Alterung der Bevölkerung* zur Folge. Die Zahl der Personen im Ruhestandsalter nimmt in den kommenden Jahrzehnten immer mehr zu. Sowohl das Verhältnis der Personen ab 65 Jahren zu den Personen zwischen 20 und 64 Jahren als auch der Quotient zwischen den Personen im Pensi-

onsalter und den Erwerbstätigen (20- bis 64-Jährige) steigen, wie vermerkt, in den nächsten 50 Jahren bedeutend und sehr schnell an. Gemäss dem Referenzszenario betragen diese Grössen im Jahr 2030 43% respektive 50,2% und im Jahr 2060 32,4% und 61,3%.

Diese Bevölkerungsszenarien verweisen anders als die Tendenzen im umliegenden Europa auf eine Fortsetzung des Wachstums der Schweizer Bevölkerung in den kommenden fünf Jahrzehnten. Diese Prognose basiert auf der Hypothese einer Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre im Hinblick auf die Wanderungsströme. Die künftige Zuwanderung wird demnach einen grösseren Einfluss auf das Bevölkerungswachstum ausüben (+16% wenn das hohe mit dem mittleren Szenario und -16% wenn das tiefe mit dem mittleren Szenario verglichen werden) als die Geburtenziffer (+6%/-7%) und die Sterblichkeit (+/-3%).

Schliesslich berechnete Kohli (2010: 30) den Einfluss von «Migrationshöchstwerten aufgrund der Personenfreizügigkeit» und kommt zum Schluss, dass «punktuelle und sogar beträchtliche Schwankungen der Wanderungen langfristig gesehen nur eine geringe Auswirkung auf die Bevölkerung haben. Die Grösse der Bevölkerung am Ende des Beobachtungszeitraums hängt mehr vom durchschnittlichen Ausmass der Wanderungen während der entsprechenden Periode ab.» Das zweite Ergebnis bezieht sich auf die beschleunigte demographische Alterung bis 2060. In den Prognosen haben insbesondere Hypothesen zur Sterblichkeit den grössten Einfluss auf den Altersquotienten. Auch die Hypothesen zur Fruchtbarkeit und zur Migration haben auf den Altersquotienten im Jahr 2060 ähnlich starke Auswirkungen. Es lässt sich festhalten, dass der Altersquotient durch höhere Wanderungssaldi kaum abnimmt. Allerdings steigt mit der Höhe des Wanderungssaldos der Anteil der 20- bis 64-Jährigen und somit der erwerbsfähigen Bevölkerung. Dies, weil die Mehrheit der Personen, die in die Schweiz einwandern, zwischen 20 und 40 Jahre alt sind.

3.5 Substitutionsmigration

Gemäss Demeny (2006) ist der demographische Rückgang Europas unaufhaltsam, was der Autor auch als «demographische Marginalisierung» des alten im Vergleich zu den anderen Kontinenten bezeichnet.

Schon in den 1980er-Jahren versuchten Forschende Auswege aus diesem Rückgang auszumachen, wobei schon bald feststand, dass Einwanderung in Form von Substitutionsmigration nicht *die* Antwort auf die Herausforderungen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung sein könne (Lesthaeghe et al. 1988). In der Literatur werden für die Substitutionsmigration auch die

Begriffe der «Bestandserhaltungsmigration» (United Nations 2001a) oder der «Ersatzwanderung» verwendet. Der Begriff der Substitutionsmigration spiegelt jedoch besser die Dynamik dieser Auswirkungen auf den Bestand wie auch auf die Struktur wider. Viele Autoren waren sich einig, dass es sich bei der Substitutionsmigration nur um eine kurzfristige Lösung handeln würde (Rauhut et al. 2008), welche das tiefergreifende Problem letztlich nur hinauszögert, da die eingewanderte Bevölkerung selbst auch älter und somit das Problem der demographischen Alterung schliesslich verschärft werde (Blanchet 1989; Münz et al. 2001). Dafür sollte laut Expertenmeinung mehr Gewicht auf die Fertilitätssteigerung gelegt werden (Gesano 1994), weil diese längerfristig den stärksten Einfluss auf die zukünftige Altersstruktur hätte.

Im Jahr 2000 publizierte die UNO einen Bericht mit dem Titel «Bestandserhaltungsmigration: Eine Lösung für eine abnehmende und alternde Bevölkerung?»⁵ (United Nations 2001a). Darin wird die Substitutionsmigration definiert als «die Zuwanderung aus dem Ausland, die benötigt wird, um den Bevölkerungsrückgang, das Schrumpfen der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie die allgemeine Überalterung der Bevölkerung auszugleichen». Auch wenn es nicht der erste Bericht dieser Art war, fand er eine sehr starke mediale und wissenschaftliche (e.g. Coleman 2002; Espenshade 2001) Beachtung (Saczuk 2013). Basierend auf den *Bevölkerungsprojektionen der UNO* zeigt er, dass die Bevölkerung der meisten Industrieländer in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts als Konsequenz der erhöhten Lebenserwartung und der tiefen Geburtenrate abnehmen und älter werden wird. Ohne Migration würde dieser Effekt noch verstärkt. Während in einigen Ländern (Frankreich, Grossbritannien, USA) die Zahl von Migrantinnen und Migranten, welche erforderlich wären, um den Rückgang der Bevölkerung zu stoppen, geringer oder gleich gross ist wie die Wanderungsströme der jüngsten Vergangenheit, bräuchten andere Länder (Italien, Japan, Südkorea) viel mehr Zuwanderung als in den letzten Jahren.

Bezüglich der Alterung würde die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um ein Schrumpfen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auszugleichen, diejenige, welche einen Rückgang der Gesamtbevölkerung ausgleichen könnte, noch um ein Erhebliches übersteigen. Der Bericht sieht in der Zuwanderung kurz- bis mittelfristig die einzige Option, um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erhöhen und somit die Schwächung des potenziellen Unterstützungsverhältnisses aufzufangen. Er räumt jedoch ein, dass dafür so hohe Einwanderungszahlen erreicht werden müssten, dass das derzeitige Niveau des Unterstützungsverhältnisses unerreichbar scheint. Ein weiterer Lösungsvorschlag betrifft die Anhebung des Rentenalters auf zum Beispiel 75 Jahre.

Der Bericht schliesst mit einer Einschätzung zu den neuen Herausforderungen, die durch eine schrumpfende und alternde Bevölkerung entstehen und welche nach Meinung der Autoren langfristige, objektive, eingehende und umfassende Neubewertungen zahlreicher bisheriger Massnahmen und Programme im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich erfordern. Zu den kritischen Fragen, die angegangen werden müssen, gehören: das geeignete Ruhestandsalter, die Höhe und Art der Renten- und Krankenversicherungsleistungen für die ältere Generation, die Zahl der Erwerbstätigen, die Höhe der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Deckung der Renten- und Krankenversicherungsleistungen für die wachsende Zahl älterer Menschen und Massnahmen und Programme im Zusammenhang mit der internationalen Wanderung, insbesondere der Bestandserhaltungsmigration, und der Eingliederung einer grossen Zahl neuer Einwanderer und ihrer Nachkommen.

Dieser Bericht rief grosse Bedenken hervor, weil die Empfehlungen als extreme Bevölkerungspolitik verstanden wurden (Abernethy 2001). Sein Ziel bestand jedoch laut anderen Beobachtern in einer Simulation «was wenn» und nicht in konkreten Handlungsempfehlungen. Gemäss Saczuk (2013) sollte Substitutionsmigration generell als theoretisches Konzept betrachtet und nicht für konkrete Politikentscheidungen verwendet werden.

Gemäss Coleman (2003) kann eine kleinere, dafür aber stabile Bevölkerung ihre Vorteile haben, gerade im Hinblick auf Fragen wie «Überbevölkerung», Umwelt, Infrastruktur, Gestaltung des Arbeitsmarkts oder Wirtschaft. Gemäss dem Autor könnte eine kleinere Bevölkerung vielleicht sogar die Familienbildung unterstützen (Coleman 2006a). Würden die aktuellen Migrationsströme jedoch gleich bleiben, käme es zu einem «dritten demographischen Übergang»⁶ (Coleman 2006b). Dieser bezeichnet das Gleichziehen oder – in letzter, drastischer Konsequenz – sogar die Ablösung der einheimischen Bevölkerung durch die Migrationsbevölkerung als Mehrheit. Coleman bezeichnet diesen Vorgang als die «ultimative Substitutionsmigration».

Es stellt sich auch die Frage, ob die Gesellschaft internationale Migration zum Zwecke der Substitution akzeptiert. Gemäss Krieger (2005) wären ältere Generationen eher dafür, weil sie am ehesten von einer Zunahme der Beitragszahler profitieren würden. Lacomba und Lagos (2010) gehen davon aus, dass jüngere Arbeitskräfte dagegen stimmen würden, weil ihr Eintritt ins Rentenalter mit demjenigen der neuen Zuwanderer zusammenfallen würde. Ceobanu und Koropecjy-Cox (2013) zeigen, dass urbane, tertiär gebildete und kinderlose Bürgerinnen und Bürger eher Substitutionsmigration befürworten als andere Bevölkerungssteile. Zudem

haben reiche Länder, welche geringere Ausländerrenten aufweisen, eine positivere Einstellung zur Einwanderung. Gemäss den Autoren resultieren daraus zwei antagonistische Überlegungen: Einerseits könnte eine gesteuerte Einwanderung Probleme der Legitimität aufwerfen, andererseits gibt es trotz der von Demographen geäusserten Bedenken Teile der Bevölkerung, welche die Substitutionsmigration befürworten.

Einwanderung alleine stellt gemäss vielen Autoren keine Lösung für die alternden und schrumpfenden Bevölkerungen Europas dar (Alonso 2009; Demeny 2006). Wilson et al. (2013) zeigen, dass die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern das stabilste Muster von Substitutionsmigration aufweist, insbesondere aufgrund der hohen Zuwanderung über mehrere Jahrzehnte hinweg. Auch wenn einige Länder wie gerade die Schweiz gezeigt hätten, dass Substitutionsmigration funktionieren kann, sei Migration nur in der Kombination mit Fertilität eine Lösung für die Generationssubstitution. Veränderungen in der Mortalität hätten kaum Auswirkungen und seien schwierig zu beeinflussen, da sie in Europa bereits sehr tief ist. Auch gemäss anderen Autorinnen und Autoren kann Migration nur eine ergänzende Rolle spielen, insbesondere wenn sie mit anderen Massnahmen kombiniert wird. Zu diesen können die Erhöhung der Arbeitsmarktpartizipation wie auch die Erhöhung des Rentenalters gehören (Alonso 2009; Bijak et al. 2008).

3.6 Fazit

Dieses Kapitel zeigte die wichtigsten demographischen Entwicklungen der Schweiz und einiger ihrer Regionen nach. Dabei spielen vor allem die Alterung der Bevölkerung – ausgelöst durch eine zu tiefe Geburtenziffer und eine wachsende Lebenserwartung – und die demographischen, finanziellen und sozialen Konsequenzen eine bedeutende Rolle.

Verschiedene Forschende wie auch Expertinnen und Experten der UNO sind sich einig, dass die zukünftigen Entwicklungen in Bezug auf die Alterung und den Rückgang der Bevölkerung ein unaufhaltsames Phänomen und neue Herausforderungen darstellen, die Anpassungen der europäischen Gesellschaften erfordern (Coleman 2006a). Auch wenn dank der Zuwanderung in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten ein Bevölkerungsrückgang verhindert und die Alterung verlangsamt werden konnte, stellt sie nur eine partielle Lösung dar, welche gesteuert (Dubreuil und Marois 2011) und mit einer kohärenten Integrationspolitik kombiniert werden soll (Münz 2003; Termote 2011). Zudem müssten neue sozialpolitische Massnahmen in mehreren Lebensbereichen eingeführt werden. Dazu gehörten zum Beispiel eine Abkehr von einer traditionell ausgerichteten Familienpo-

litik, um künftig eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen, Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt (von Loeffelholz 2011), Erhöhung des Rentenalters und eine Reduktion der Rentenbezüge bzw. eine Erhöhung der Einzahlungen (Peeters und Groot 2012).

3.7 Bibliographie

- Abernethy, Virginia Deane (2001). Comment on Birmingham's Summary of the U.N.'s Year 2000: replacement migration, is it a solution to declining population and aging? *Population and Environment*, 22(4): 365–375.
- Alonso, Fernando Gil (2009). Can the rising pension burden in Europe be mitigated by immigration? Modelling the effects of selected demographic and socio-economic factors on ageing in the European Union, 2008–2050. *Vienna Yearbook of Population Research*, 7(1): 123–147.
- Bijak, Jakub, Dorota Kupiszewska und Marek Kupiszewski (2008). Replacement migration revisited: simulations of the effects of selected population and labor market strategies for the aging Europe, 2002–2052. *Population Research and Policy Review*, 27(3): 321–342.
- Blanchet, Didier (1989). Regulating the age-structure of a population through migration. *Population*, 44(1): 23–37.
- Bollini, Paola, Urszula Stotzer und Philippe Wanner (2007). Pregnancy outcomes and migration in Switzerland: results from a focus group study. *International Journal of Public Health*, 52(2): 78–86.
- Bollini, Paola, Wanner, Philippe und Pampallona, Sandro (2011). Trends in maternal mortality in Switzerland among Swiss and foreign nationals, 1969–2006. *International Journal of Public Health*, 56(5): 515–521.
- Bucher, Hans-Peter (2008). Personenfreizügigkeit verändert Zuwanderung in den Kanton Zürich: internationale Wanderungen der ausländischen Bevölkerung 1999–2007. *Statistik.info* 13/08.
- Bühlmann, Felix et al. (Hg.) (2012). *Sozialbericht 2012: Fokus Generationen*. Zürich: Seismo.
- Bundesrat (2012). *Bericht des Bundesrates über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz*. www.bfm.admin.ch (14.05.2013).
- Carnazzi Weber, Sara und Sylvie Golay (2005). *Interne Migration in der Schweiz*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (14.05.2013).
- Carrel, Noemi (2011). Niemand weiss genau, wer die Schweiz verlässt. *terra cognita*, 18: 26–30.
- Ceobanu, Alin M. und Tanya Koropecjy-Cox (2013). Should international migration be encouraged to offset population aging? A cross-country analysis of public attitudes in Europe. *Population Research and Policy Review*, 32(2): 261–284.
- Cliquet, Robert L. (1991). *The second demographic transition: fact or fiction?* Strasbourg: Council of Europe.
- Coleman, David A. (2002). Replacement migration, or why everyone is going to have to live in Korea: a fable for our times from the United Nations. *Philosophical Transactions: Biological Sciences*, 357(1420): 583–598.
- Coleman, David A. (2003). Europe at the cross-roads: must Europe's population and workforce depend on new immigration? *Forum*, 2: 14–24.

- Coleman, David A. (2006a). Europe's demographic future: determinants, dimensions, and challenges. *Population and Development Review*, 32: 52–95.
- Coleman, David A. (2006b). Immigration and ethnic change in low-fertility countries: a third demographic transition. *Population and Development Review*, 32(3): 401–446.
- Coleman, David A. (2008). The demographic effects of international migration in Europe. *Oxford Review of Economic Policy*, 24(3): 452–476.
- Demery, Paul (2006). Europe's immigration challenge in demographic perspective, in: Parsons, Craig und Timothy M. Smeeding (Hg.), *Immigration and the transformation of Europe*. Cambridge; New York: Cambridge University Press, 30–42.
- Dessemontet, Pierre und Martin Schuler (2012). Das räumliche Abbild der demografischen Dynamik der Schweiz, in: Bühlmann, Felix et al. (Hg.), *Sozialbericht 2012: Fokus Generationen*. Zürich: Seismo, 258–287.
- Dubreuil, Benoit und Guillaume Marois (2011). *Le remède imaginaire : pourquoi l'immigration ne sauvera pas le Québec*. Montréal: Les Éditions du Boréal.
- Eling, Martin (Vorabdruck). *Der Generationenvertrag in Gefahr: eine Analyse der Transfers von Jung nach Alt in der Schweiz*. St.Gallen: Universität St.Gallen. www.iww.unisg.ch (06.05.2013).
- Espenshade, Thomas J. (2001). «Replacement migration» from the perspective of equilibrium stationary populations. *Population and Environment*, 22(4): 383–389.
- Fux, Beat (2005). *Familiale Lebensformen im Wandel*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (06.05.2013).
- Gesano, Giuseppe (1994). Nonsense and unfeasibility of demographically-based immigration policies. *Genus*, 50(3/4): 47–63.
- Hungerbühler, Hildegard et al. (2012). «Und so sind wir geblieben...» ältere Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Bern-Wabern: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM. www.ekm.admin.ch (06.05.2013).
- Kohli, Raymond und Bundesamt für Statistik (2010). *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz: 2010 – 2060*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (06.05.2013).
- Krieger, Tim (2005). *Public pensions and immigration: a public choice approach*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Lacomba, Juan A. und Francisco Lagos (2010). Immigration and pension benefits in the host country. *Economica*, 77(306): 283–295.
- Lerch, Mathias (2012a). La géographie de la migration interne en Suisse, in: Wanner, Philippe (Hg.), *La démographie des étrangers en Suisse*. Zürich: Seismo, 113–119.
- Lerch, Mathias (2012b). La mobilité des étrangers sur le territoire suisse, in: Wanner, Philippe (Hg.), *La démographie des étrangers en Suisse*. Zürich: Seismo, 86–112.
- Lesthaeghe, Ron J., Hillary J. Page und Johan Surkyn (1988). *Are immigrants substitutes for births?* Brussels: Free University of Brussels. www.vub.ac.be (06.05.2013).
- Lutz, Helma (2011). *The new maids: transnational women and the care economy*. London: Zed Books.
- Madörin, Mascha, Brigitte Schnegg und Nadia Baghdadi (2012). Advanced economy, modern welfare state and traditional care regimes: the case of Switzerland, in: Razavi, Shahra und Silke Staab (Hg.), *Global variations in the political and social economy of care: worlds apart*. New York: Routledge, 43–60.
- Müller-Jentsch, Daniel und Avenir Suisse (Hg.) (2008). *Die neue Zuwanderung: die Schweiz zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Münz, Rainer (2003). Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung für die Migrationspolitik. *Forum*, 2: 25–29.
- Münz, Rainer und Ralf Ulrich (2003). *Das Schweizer Bürgerrecht: die demographischen Auswirkungen der aktuellen Revision*. Zürich: Avenir Suisse. www2.unine.ch/repository (06.05.2013).
- Münz, Rainer, Ralf Ulrich und Avenir Suisse (2001). *Alterung und Wanderung: alternative Projektionen der Bevölkerungsentwicklung der Schweiz*. Zürich: Avenir Suisse. www.avenir-suisse.ch (06.05.2013).
- Pecoraro, Marco (2012a). Devenir suisse : les facteurs intervenant dans le choix de se naturaliser, in: Wanner, Philippe (Hg.), *La démographie des étrangers en Suisse*. Zürich: Seismo, 156–172.
- Pecoraro, Marco (2012b). Rester ou partir : les déterminants de l'émigration hors de Suisse, in: Wanner, Philippe (Hg.), *La démographie des étrangers en Suisse*. Zürich: Seismo, 141–154.
- Peeters, Marga und Loek Groot (2012). *Demographic pressure in the European Union increasing labor market participation, migration or old age participation to maintain fiscal sustainability*. Wassenaar: Netherlands Institute of Advanced Study.
- Percă, Iulia-Alexandra (2011). Economic problems of European Union caused by the demographic ageing. *Romanian Journal of European Affairs*, 11(3): 87–99.
- Perrig-Chiello, Pasqualina und François Höpflinger (2005). Aging parents and their middle-aged children: demographic and psychosocial challenges. *European Journal of Ageing*, 2(3): 183–191.
- Piguet, Etienne und Philippe Wanner (2000). *Die Einbürgerungen in der Schweiz: Unterschiede zwischen Nationalitäten, Kantonen und Gemeinden, 1981–1998*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (15.05.2013).
- Rauhut, Daniel et al. (2008). *The demographic challenge to the Nordic countries*. Stockholm: Nordregio. www.nordregio.se (06.05.2013).
- Saczuk, Katarzyna (2013). Development and critique of the concept of replacement migration, in: Kupiszewski, Marek (Hg.), *International migration and the future of populations and labour in Europe*. Dordrecht: Springer, 233–242.
- Statistisches Amt Kanton Basel-Landschaft (2012). *Positive Wanderungsbilanz lässt Baselbieter Bevölkerung wachsen*. Liestal: Statistisches Amt Kanton Basel-Landschaft. www.bfs.admin.ch (06.05.2013).
- Steiner, Ilka (2012). *Spatial selectivity and demographic impact of German immigrants in Switzerland: European population conference 2012: gender, policies and population: 13–16 June, Stockholm, Sweden*. Geneva: i-démo.
- Stutz, Heidi, Lucien Gardiol und Thomas Oesch (2010). *Immigration 2030: Szenarien für die Zürcher Wirtschaft und Gesellschaft*. Zürich: Zürcher Kantonalbank. www.zkb.ch (06.05.2013).
- Tarnutzer, Silvan und Matthias Bopp (2012). Healthy migrants but unhealthy offspring? A retrospective cohort study among Italians in Switzerland. *BMC Public Health*, 12(1): 1104.
- Termote, Marc (2011). The efficiency of immigration and integration policies. *Population Review*, 50(2): 90–108.
- Tribalat, Michèle (2005). Fécondité des immigrées et apport démographique de l'immigration étrangère, in: Bergouignan, Christophe, Chantal Blayo und Alain Parant (Hg.), *La population de la France, tome 2*. Pessac: Cudep, 727–767.

United Nations (2001a). *Replacement migration: is it a solution to declining and ageing populations?* New York: United Nations. www.un.org (06.05.2013).

United Nations (2001b). *World population ageing: 1950–2050*. New York: United Nations. www.un.org (06.05.2013).

von Loeffelholz, Hans Dietrich (2011). Demografischer Wandel und Migration als Megatrends. *Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 10/11: 34–40.

von Stokar, Thomas, Christian Marti und Martin Peter (2009). *Demographischer Wandel und Regionalentwicklung: Schlussbericht*. Zürich: INFRAS. www.seco.admin.ch (06.05.2013).

Wanner, Philippe (2001). *Aspects sociétaux du vieillissement: et si le vieillissement démographique était une chance pour la population suisse?* [S.l.]: [s.n.].

Wanner, Philippe (2002). Migration: sind Voraussagen für die Schweiz überhaupt möglich? *Die Volkswirtschaft*, 75(3): 38.

Wanner, Philippe (2012). *La démographie des étrangers en Suisse*. Zürich: Seismo.

Wanner, Philippe (2013). Les migrations internationales: leurs impacts sur la croissance démographique en Suisse romande. *Forum*, 8: 30–42.

Wanner, Philippe und Gianni D'Amato (2003). *Naturalisation en Suisse: le rôle des changements législatifs sur la demande de naturalisation*. Zürich: Avenir Suisse. www2.unine.ch/repository (06.05.2013).

Wanner, Philippe und Peng Fei (2005). *Facteurs influençant le comportement reproductif des Suissesses et des Suisses*. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique OFS. www.bfs.admin.ch (06.05.2013).

Wanner, Philippe et al. (2002). *Familien und Migration: Beiträge zur Lage der Migrationsfamilien und Empfehlungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen*. Bern: Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF. www.ekff.admin.ch (06.05.2013).

Wanner, Philippe und Mathias Lerch (2012). *Mortalité différentielle en Suisse 1990–2005*. Berne: Office fédéral des assurances sociales OFAS. www.bsv.admin.ch (06.05.2013).

Wanner, Philippe, Mathias Lerch und Rosita Fibbi (2005). *Familles et migration: le rôle de la famille sur les flux migratoires*. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique OFS. www2.unine.ch/repository (06.05.2013).

Wanner, Philippe et al. (2005). *Alter und Generationen: das Leben in der Schweiz ab 50 Jahren*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (06.05.2013).

Wanner, Philippe und Ilka Steiner (2012). *Einbürgerungslandschaft Schweiz: Entwicklungen 1992–2010*. Bern-Wabern: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM. www.ekm.admin.ch (06.05.2013).

Wilson, Chris et al. (2013). Migration and intergenerational replacement in Europe. *Population and Development Review*, 39(1): 131–157.

4 Wirtschaft

Die Verbindungen zwischen Migration und Wirtschaft geniessen in der Schweizer Forschung viel Aufmerksamkeit. Dabei steht der Einfluss der Einwanderung auf die Volkswirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen im Vordergrund des Interesses. Unter anderem warfen in den letzten Jahren die überdurchschnittliche Arbeitsmarktbeteiligung und das hohe Qualifikationsniveau der Neuzuzüger Fragen nach der Substitution oder Komplementarität der ausländischen und der einheimischen Arbeitskräfte auf. Dabei wurden vor allem die daraus resultierenden Verdrängungsprozesse (oder deren Ausbleiben) auf dem Arbeitsmarkt wie auch das daraus sich verändernde oder das gleichbleibende Lohnniveau analysiert.

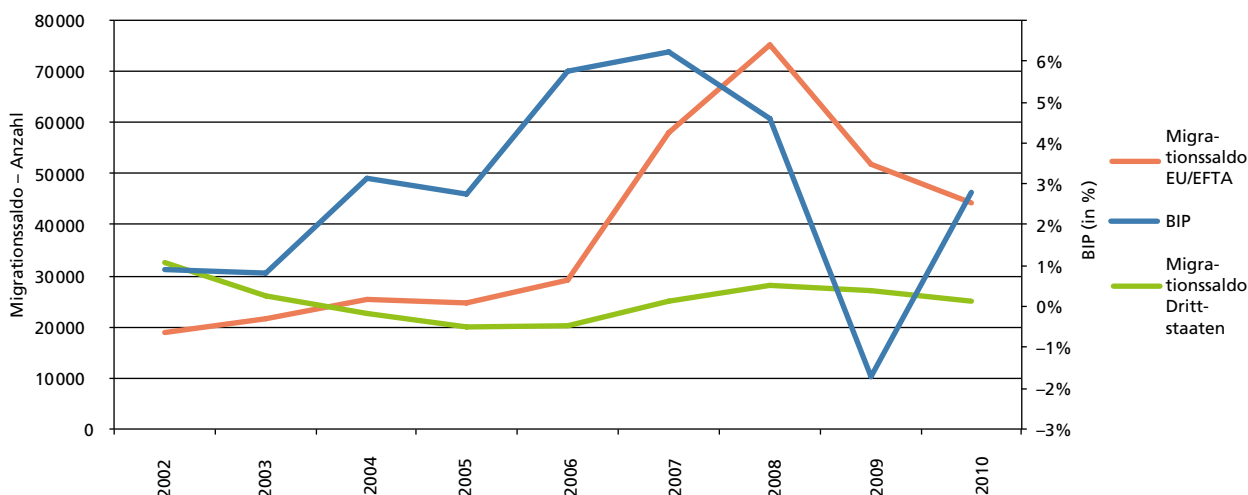
4.1 Gesamtwirtschaftliche Betrachtungen

Mit der Einführung der *Personenfreizügigkeit* ist die Schweiz von einer staatlich gesteuerten Migrationspolitik für EU/EFTA-Bürgerinnen und Bürger weggekommen. Wie in den Mitgliedsstaaten der EU steuert heute der Arbeitsmarkt und dessen Nachfrage nach Arbeitskräften die Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum (Braun und Arsene 2009; Favell 2008). Die Zuwanderung von Drittstaatsange-

hörigen fällt in der Schweiz hingegen unter das Ausländergesetz (AuG). Deren Zulassung beschränkt sich auf gut «qualifizierte Personen, sofern ein gesamtwirtschaftliches Interesse besteht» (Bundesrat 2012: 13).

Im Jahr 2010 kam fast die Hälfte aller Einwandererinnen und Einwanderer zum Zweck der Erwerbstätigkeit in die Schweiz (47%), gefolgt vom Familiennachzug (34%) und der Aus- und Weiterbildung (13%). Stellenantritt und Arbeitssuche haben seit 2006 den Familiennachzug als häufigsten *Einwanderungsgrund* abgelöst. Diese Verschiebung lässt sich vor allem mit der Zuwanderung aus dem EU/EFTA-Raum erklären. Eine Studie aus dem Kanton Zürich belegt, dass die Unternehmen eine aktive Rolle bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU/EFTA-Raum einnehmen, um ihren Fachkräftemangel zu beheben: 41% der erwerbstätigen Zuziehenden suchten gar nicht aktiv nach Arbeit in Zürich, sondern wurden direkt von einem Unternehmen engagiert (Graf et al. 2012).

Wie Grafik 7 zeigt, reagiert diese Zuwanderung denn auch sehr stark auf die Konjunktorentwicklung (Cueni und Sheldon 2011): Während der Wachstumsphase von 2006 bis 2008 hat auch der Migrationssaldo zugenommen. Mit der Wirtschaftskrise von 2008 kam es



Grafik 7: Entwicklung des Bruttoinlandproduktes (BIP) und der Migrationssaldi nach Herkunftsregion, 2002–2010

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS) – BIP: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung / Migration: PETRA

zu einem Einbruch der Einwanderung und zu einem leichten Anstieg der Auswanderung von EU/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern; zwei Entwicklungen, welche den Migrationssaldo in einem Jahr um einen Viertel verkleinerten. Jener der Drittstaatsangehörigen war ebenfalls leicht rückläufig, scheint jedoch weniger von der wirtschaftlichen Lage des Landes beeinflusst zu sein. Dank der ab 2010 überraschend starken wirtschaftlichen Erholung wurde der Rückgang des Wanderungssaldos seither abgeschwächt (Gaillard und Weber 2011).

Gemäss mehreren wirtschaftswissenschaftlichen Studien hatte das Personenfreizügigkeitsabkommen bis 2008 mehrere positive gesamtwirtschaftliche Auswirkungen: Es schwächte den Arbeitskräftemangel ab, stimulierte Investitionen, ermöglichte ein erhöhtes Wirtschaftswachstum, dämpfte die Inflation und unterstützte den Konsum und die Wohneigentumsinvestitionen (Aeppli et al. 2008; Stalder 2010) (siehe Kapitel 5.1.4). Während Stalder (2010) einen wenn auch geringen Rückgang der Produktivitätssteigerung aufgrund der Zunahme des Arbeitsangebotes durch die erhöhte Einwanderung beobachtete, deuten Ergebnisse der Studie Aeppli et al. (2008) auf einen positiven Einfluss der Abkommen auf die *Arbeitsproduktivität*. Zudem wurden die Exporte kaum tangiert, während es einen spürbaren Anstieg der Importe gab. Beide Studien analysierten jedoch keinen kompletten Wirtschaftszyklus und konnten somit die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2008 nicht berücksichtigen.⁷

Trotz eines Einbruchs des Bruttoinlandproduktes im Jahr 2009, welcher vor allem auf die Industrie und einzelne Banken zurückgeführt werden kann, ist die *Inlandkonjunktur* weiter gewachsen. Gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) (2012) wirkte sich die Zuwanderung und das dadurch höhere Arbeitsangebot während der Finanzkrise stabilisierend auf die Inlandnachfrage – Konsum und Bauinvestitionen – und somit auch auf die Schweizer Konjunkturentwicklung aus. Den Rückgang in der Arbeitsproduktivität zwischen 2008 und 2011 erklären Balastèr und Surchat (2012) durch die tiefe Krise im Finanzsektor und nicht durch die erhöhte Zuwanderung.

4.2 Arbeitsmarkt

Die Zuwanderung der letzten Jahre hat aufgrund ihrer Altersstruktur und der hohen Arbeitsmarktpartizipation zu einer Erhöhung der erwerbstätigen Bevölkerung geführt. Gerade in den kommenden Jahren, in denen die sogenannte Baby-Boomer-Generation den Arbeitsmarkt verlassen wird, könnte die Zuwanderung die Anzahl der erwerbstätigen Personen stabilisieren und wie im Kapitel zur Demographie gezeigt, die Verschlech-

terung des Verhältnisses zwischen der aktiven und der sich im Ruhestand befindenden Bevölkerung bremsen.

Das wirtschaftliche Wachstumspotential kann in Zukunft sowohl durch Standortförderung als auch durch einen Strukturwandel hin zu bildungsintensiven Tätigkeiten und einer damit verbundenen Produktivitätssteigerung erweitert werden. Die Zuwanderung von gut ausgebildeten Arbeitskräften kann diesen Strukturwandel beschleunigen, wenn sie komplementäre Stellen zu den inländischen Arbeitskräften besetzen. Konkurrieren sie jedoch mit den Einheimischen, steigt die Arbeitslosigkeit, und die Löhne der lokalen Arbeitskräfte sinken (Pekkala Kerr und Kerr 2011).

4.2.1 Zunahme Humankapital und interner Fachkräftemangel

Studien der letzten Jahre bestätigen eine Veränderung in der Zusammensetzung der Migrantenbevölkerung bezüglich ihres sozioprofessionellen Profils (Müller-Jentsch und Avenir Suisse 2008; Pecoraro 2005; Stutz et al. 2010). Es handelt sich dabei um eine Trendwende, welche schon Mitte der 1990er-Jahre eingesetzt hat (Sheldon 2007): Immer mehr höher qualifizierte Personen wandern seither in die Schweiz ein (Cueni und Sheldon 2011), was gemäss Aeppli et al. (2008) zu einer «immigrationsbedingten Erhöhung des Humankapitals in der Schweiz führte». Dabei nahm der Ausländeranteil mit Ausbildung auf Tertiärstufe zwischen 2002 und 2010 hauptsächlich in den Kategorien der wenig Erfahrenen (unter 15 Jahre Berufserfahrung) zu, während er bei den älteren Arbeitskräften unverändert blieb (Müller et al. 2013).

Der Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften⁸ auf dem Schweizer Arbeitsmarkt hat seit 1970 stetig zugenommen (Steiner und Fibbi, Forthcoming): Während 1970 27% der erwerbstätigen Bevölkerung hochqualifiziert war, waren es 2000 schon 50% und 2010 55%. Die Zunahme der letzten zehn Jahre kann auf die Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Schweizer (von 52% auf 57%) aber auch der ausländischen Bevölkerung (von 39% auf 48%) zurückgeführt werden. Letztere Entwicklung ist vor allem auf die Zuwanderung von hochqualifizierten Ausländerinnen und Ausländern zurückzuführen. Deren Qualifikationsniveau übersteigt sogar jenes der Schweizerinnen und Schweizer.

Schliesslich zeigen die Analysen von Steiner und Fibbi (Forthcoming), dass der Anteil der seit 2001 neu rekrutierten ausländischen Arbeitskräfte in den verschiedenen Branchen unterschiedlich ausfällt. Einen hohen Bedarf an ausländischen Fachkräften weisen vor allem das *Gesundheitswesen* und die *MINT-Berufe*⁹ auf. Wäh-

rend die Zahl der Ärztinnen und Ärzte aufgrund von Zulassungsbeschränkungen zum Studium unter dem heutigen Bedarf liegt, ist das Interesse am Studium technischer Disziplinen bei Maturandinnen und Maturanden an Schweizer Gymnasien nur wenig ausgeprägt.

Allgemein entwickelte sich die Zuwanderung in Abhängigkeit von der Konjunktur und der Fachkräfteknappheit: Je weniger Fachkräfte auf dem Markt verfügbar waren, desto stärker ist die Zuwanderung ausgefallen. Somit kann die Zuwanderung für diesen Bereich als zielunterstützend bezeichnet werden (Bundesrat 2012).

Aufgrund des dualen Bildungssystems der Schweiz und einer eher tiefen Maturitäts- und Tertiärbildungsquote können Absolventinnen und Absolventen von Fachschulen und eidgenössischen Berufs- und Fachprüfungen sich nicht wie im europäischen Ausland mit akademischen Titeln (Bachelor) ausweisen, obschon sie im Vergleich zu ausländischen universitären Bachelor-Titeln ebensolche oder bessere Spezialqualifikationen aufweisen (Bundesrat 2012). Eine interne Erhöhung der Fachkräfte würde somit auch potenzielle Berufsnachteile Schweizer Jugendlicher gegenüber aus dem Ausland zugewanderten Arbeitnehmern beseitigen (Bundesrat 2012).

Die Ausschöpfung und die Entwicklung des inländischen Fachkräftepotentials könnte auch durch eine höhere Arbeitsmarktpartizipation von tertiär ausgebildeten älteren Menschen sowie generell von Frauen erreicht werden (Bundesrat 2012). Eine Erhöhung der Maturitätsquote, die Anwerbung von ausländischen Studentinnen und Studenten und der Ausbau von Aus- und Weiterbildungsstrukturen, gerade für Personen mit Migrationshintergrund könnten die Realisierung dieses Anspruchs erleichtern (Steiner und Fibbi, Forthcoming).

4.2.2 Arbeitsmarktstatus und -integration

Anders als US-amerikanische Untersuchungen konzentrieren sich europäische Studien häufiger auf die Erwerbstätigkeit und die Arbeitslosigkeit von Einwanderinnen und Einwanderern, weil europäische Länder höhere Arbeitslosenquoten aufweisen und auch bessere Sozialversicherungssysteme kennen. Langzeitarbeitslosigkeit kann dadurch einen grösseren Einfluss auf die Fiskalbilanz und somit auf die öffentlichen Finanzen ausüben als in den USA (Pekkala Kerr und Kerr 2011: 8).

Verschiedene europäische Studien fanden geringe oder keine Anzeichen für eine Verdrängung von einheimischen Arbeitskräften oder für eine erhöhte Arbeitslosigkeit durch Einwanderung (siehe Pekkala Kerr und Kerr 2011, Seite 14 und Tabelle 7 im Anhang).

Auch in der Schweiz scheint die Personenfreizügigkeit die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zwar verstärkt zu haben (Stalder 2010). Die These, wonach die Zuwanderung der letzten Jahre zu einer Verdrängung ansässiger Arbeitskräfte geführt hätte, lässt sich aber nicht stützen (Aeppli 2010; Cueni und Sheldon 2011). Während der letzten Jahre liess der freie Personenverkehr die Arbeitslosenquote der Schweizer und der ausländischen Bevölkerung unberührt. Eher scheint es, dass die zugewanderten Arbeitskräfte aus dem EU/EFTA-Raum in der Mehrzahl eine gute Ergänzung des ansässigen Arbeitskräftepotentials insbesondere in stark wachsenden Arbeitsmarktsegmenten darstellen. Somit konnten Personalengpässe gemindert werden, was positive Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung hatte.

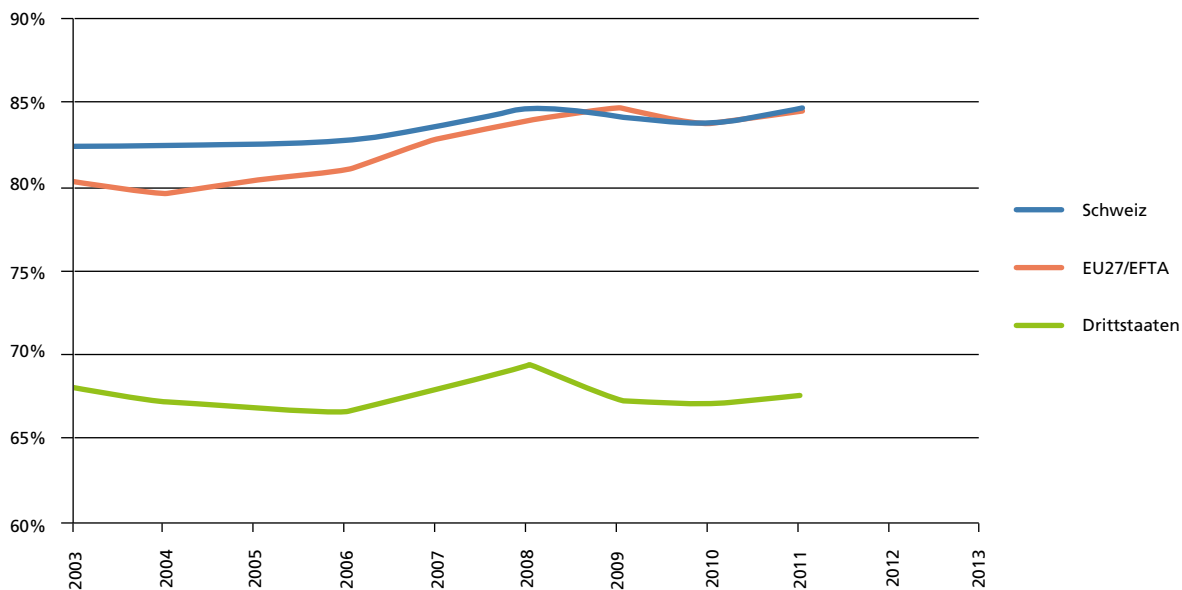
Aeppli (2010) macht jedoch darauf aufmerksam, dass es in einzelnen Regionen (siehe Kapitel 4.2.4) und Wirtschaftszweigen durchaus Effekte gegeben haben mag. Während die Verbesserung der Qualifikationsstruktur eine Arbeitsplatzzunahme an der Spitze der Berufshierarchie, also zum Beispiel für Managerpositionen, zur Folge hatte, ist die Arbeitsplatzzahl in den intermediären Berufskategorien (Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter) im Vergleich zum Servicedienstleistungsgewerbe gesunken. Diese resultierende U-Form ist gemäss Oesch und Rodríguez Menés (2011) konsistent mit der Routinierungs-Hypothese (Autor et al. 2003): Technologie scheint ein besseres Substitut für mittelmässig bezahlte Büro- und Produktionsberufe zu sein als für das am geringsten bezahlte Dienstleistungs- und Pflegegewerbe.

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Studien belegen, dass Unterschiede in der Erwerbstätigkeit durch das Herkunftsland erklärt werden können (siehe Pekkala Kerr und Kerr 2011 Tabelle 5 im Anhang). Dabei widerspiegelt die Herkunft auch das Profil der Migrantinnen und Migranten hinsichtlich Ausbildung, Sprachkenntnisse und Arbeitserfahrung. Die Erwerbsquote aller Migrantinnen und Migranten verbesserte sich mit der Zunahme der Aufenthaltsdauer.

Die Erwerbstätigkeit der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren stieg in der Schweiz zwischen 2003 und 2011 um durchschnittlich 1,2% pro Jahr an. Während der Zuwachs der Erwerbstätigkeit von EU27/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern mit 3,8% überdurchschnittlich ausfiel, betrug jener der Drittstaatsangehörigen nur 0,8%.

Die Erwerbsquoten von Schweizerinnen und Schweizern wie auch der EU27/EFTA-Bürgerinnen und Bürger sind zwischen 2003 und 2011 gestiegen (Grafik 8),



Grafik 8: Brutto-Erwerbstätigenquoten der 25- bis 64-Jährigen nach Nationalitätengruppe, ständige Wohnbevölkerung 2003–2011

Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) (2012: 35), BFS (SAKE 2003–2011q2)

weil das Wachstum ihrer Erwerbstätigkeit jenes ihres Bevölkerungsanteils überstieg (Staatssekretariat für Wirtschaft 2012). Die höchste Erwerbsquote verzeichnen EU17/EFTA-Bürgerinnen und Bürger mit 80% (Cueni und Sheldon 2011). Jene der Drittstaatsangehörigen blieb aufgrund der Integrationsdefizite früherer Zuwanderungsgenerationen konstant und liegt 2011 um 17% tiefer als diejenige von Schweizer und EU27/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern.

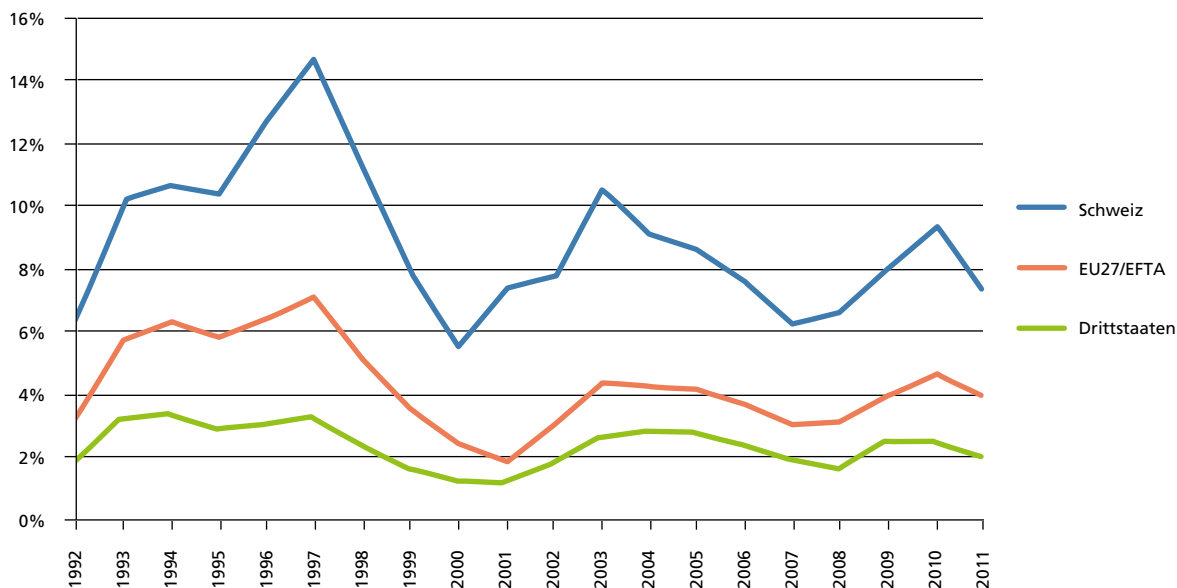
Guerra et al. (2012) zeigen für die Schweiz, dass im Gegensatz zu anderen Ländern wie USA oder Grossbritannien Ausländerinnen und Ausländer seltener einer selbstständigen Tätigkeit nachgehen als Einheimische. Dabei fördern die geographische Konzentration einer bestimmten ethnischen Gruppe, lokale Sprachkompetenzen und die Tatsache, einer älteren Migrationswelle anzugehören, die berufliche Selbstständigkeit. Aufgrund der kleinen Grösse der Schweizer Regionen und einer restriktiven Einwanderungspolitik ist es zu einer kulturellen und sprachlichen Diversität der Bevölkerung gekommen; eine geographische Konzentration einzelner ethnischer Gruppen blieb aus.

Die Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitskräfte liegt generell um mehr als das Zweifache über jener der Schweizerinnen und Schweizer (Grafik 9). Einerseits verlieren erstere ihre Stelle schneller als einheimische Arbeitskräfte, andererseits ist der Anteil an meist ungelernten ausländischen Arbeitskräften, die vor Mitte der 1990er-Jahre rekrutiert wurden und heute im Wirtschaftsprozess weniger gebraucht werden, hoch. Der Unterschied in den Arbeitslosenquoten nimmt jedoch

gemäss Cueni und Sheldon (2011) mit der wirtschaftlichen, geografischen und kulturellen Nähe des Heimatstaates zur Schweiz ab. Während der Rezession 2009 waren Migrantinnen und Migranten von der Arbeitslosigkeit stärker betroffen, die Quoten haben sich jedoch schnell wieder zurückgebildet, was gemäss Gaillard und Weber (2011) auf eine hohe Integrationsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarktes hindeutet.

Berechnungen von Cueni und Sheldon (2011) zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit des *Stellenverlustes* zwischen 1992 und 2009 für EU17/EFTA-Erwerbstätige mit 2,7% geringer ausfiel als bei anderen Ausländergruppen, jedoch leicht über jener der Schweizer Arbeitskräfte (1,7%) lag.

Auch die *Stellensuche* dauerte bei Arbeitslosen aus dem EU17/EFTA-Raum mit 9,6 Monaten weniger lang als jene von anderen Ausländergruppen, überstieg jedoch jene von Schweizerinnen und Schweizern (8,4 Monate). Seit Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens hat sich die Stellensuchdauer von EU17/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern (-21,4%) gegenüber jener der Schweizerinnen und Schweizern (-6,8%) deutlich verbessert. Die Autoren erklären das höhere Arbeitslosigkeitsrisiko und die längere Stellensuchdauer von EU17/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern im Vergleich zu den Schweizer Arbeitskräften mit ungünstigeren Voraussetzungen der Betroffenen (zum Beispiel niedrigere Qualifikationen, schlechtere Sprachkenntnisse, kürzere Betriebszugehörigkeit oder weniger Berufserfahrung). Möglicherweise spielt auch Diskriminierung auf dem Schweizer Arbeitsmarkt eine gewisse Rolle.



Grafik 9: Arbeitslosenquoten nach Nationalitätengruppen, 1992–2011

Quelle: (Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) 2012: 49), Berechnungen basierend auf Cueni und Sheldon (2011)

Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wie auch die Position im Unternehmen können durch die Ausbildung oder die Berufserfahrung, vor allem wenn sie im Ausland erworben wurden, aber auch durch ungenügende Sprachkompetenzen oder Diskriminierungen erklärt werden (Fibbi et al. 2003; Flückiger et al. 2005; Flückiger et al. 2012; Müller et al. 2013).

Cueni und Sheldon (2011) zeigen, dass bezüglich des Arbeitslosigkeitsrisikos und der Stellensuchdauer ein höheres Einkommen, eine grössere Berufserfahrung, eine längere Betriebszugehörigkeit, die Beschäftigung in einer grossen Firma oder Teilzeitarbeit risikosenkend wirken. Diese Faktoren schützen EU17/EFTA-Ausländerinnen und Ausländer jedoch weniger stark als Schweizer Arbeitskräfte vor Arbeitslosigkeit. Gemäss den Autoren sind diese Ergebnisse ein Hinweis auf eine mangelnde Arbeitsmarktintegration von EU17/EFTA-Ausländerinnen und Ausländern.

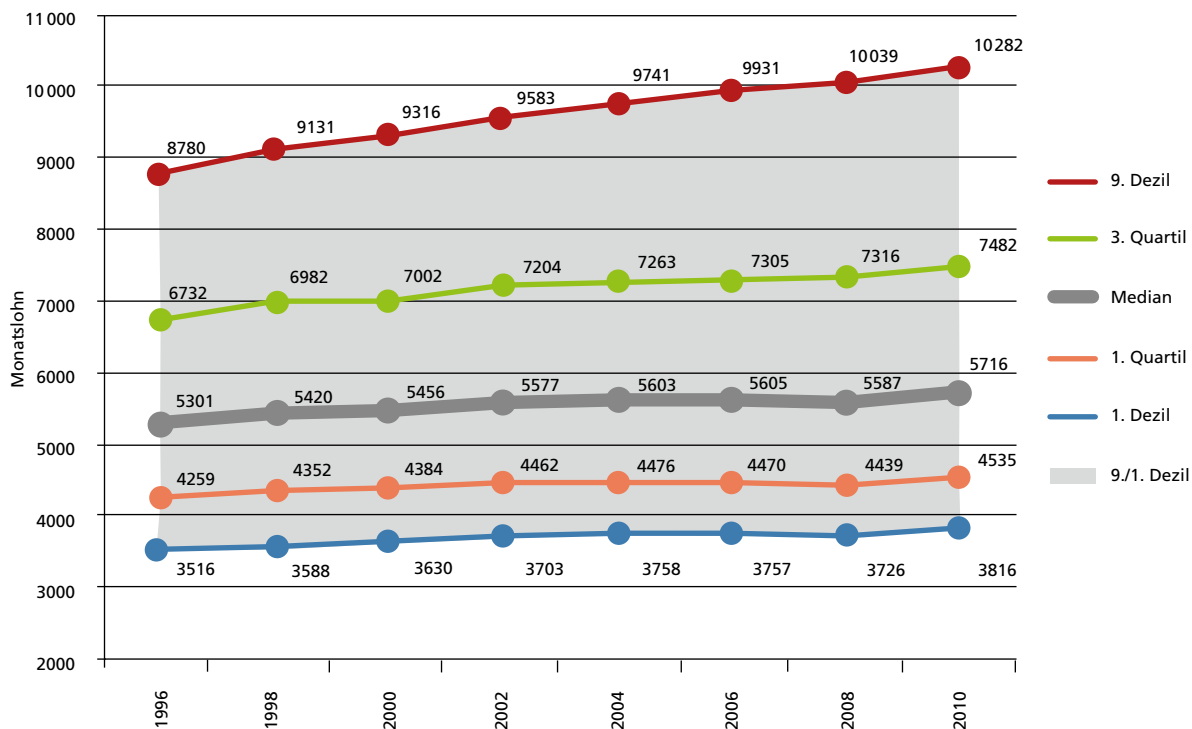
Die OECD kommt in einem Bericht zum Schluss, dass die *Arbeitsmarktintegration* von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz im internationalen Vergleich sehr hoch ist, weisen diese doch höhere Erwerbstätigenquoten auf als in anderen Ländern der OECD (Liebig et al. 2012). Auch die Integration der zweiten Generation bezeichnet der Bericht als positiver als in anderen Ländern, was auf die Berufslehre zurückzuführen ist. Der Bericht macht jedoch darauf aufmerksam, dass ausländische Kinder von Eltern mit tiefem Bildungsstand grössere Probleme bei der Arbeitsmarktintegration aufweisen.

Dieses Problem könnte mit einer besseren Kleinkindförderung entschärft werden.

Die niedrige Arbeitsmarktpartizipation von Migrantinnen mit kleinen Kindern und auch von humanitären Flüchtlingen weist auf ein Fehlen entsprechender Integrationsmassnahmen hin. Für erstere sind ausserfamiliäre Betreuungsstrukturen besonders wichtig. Während Schweizerinnen und langansässige Migrantinnen auf Familienmitglieder zurückgreifen können, bleibt neuzugezogenen Migrantinnen aufgrund ihres reduzierten familiären Netzwerkes nur die Eigenbetreuung (Riaño und Baghdadi 2007; Steiner 2012).

Die OECD macht zudem auf das Problem der Überqualifikation von Nicht-OECD-Migrantinnen und Migranten aufmerksam (Liebig et al. 2012). Die im Ausland erworbenen Qualifikationen werden dabei auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ungenügend anerkannt, und im Vergleich zu anderen OECD-Ländern werden in der Schweiz weniger Passerellen-Kurse oder Mentoringprogramme angeboten.

Schliesslich liegt die Schweiz bezüglich *Antidiskriminierungsmassnahmen* weit hinter anderen Ländern zurück. Studien haben gezeigt, dass Diskriminierung eine reale Erscheinung in der Schweiz ist, welche vor allem junge, in der Schweiz ausgebildete Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten bei der Anstellung betrifft (Fibbi et al. 2003). Dabei sind nicht nur die Anstellung, sondern auch andere Bereiche des Arbeitslebens von Diskriminierung betroffen: Entlassung, Entlohnung, soziale Kontakte zu Arbeitskolleginnen und Vorgesetzten, Wei-



Grafik 10: Entwicklung der Reallöhne der Schweizer Gesamtbevölkerung, 1996–2010. Die Grafik zeigt den Verlauf der realen Löhne zwischen 1996 und 2010 in verschiedenen Abschnitten der Lohnstruktur. Der Median teilt die gesamte Lohnstruktur in zwei gleich grosse Teile. Während 1996 eine Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zu 5301 Franken pro Monat verdiente, bekam die andere Hälfte mehr als 5301 Franken pro Monat. 2010 lag dieser Schwellenwert bei 5716 CHF. Dementsprechend spiegelt das 1. Dezil die untersten 10%, das 1. Quartil 25%, der Median 50%, das 3. Quartil 75% und das 9. Dezil 90% der Lohnstruktur.

Quelle: Müller et. al. (2013:24)

terbildungsmöglichkeiten und Beförderungen (Dahinden et al. 2004).

4.2.3 Lohnniveau und -konvergenz

Wichtige neoliberale Wirtschaftstheorien behaupten, mit dem Zuwachs des Arbeitsangebotes würden die Löhne sinken. Die Lohneffekte können indes nicht isoliert betrachtet werden. Einwandererinnen und Einwanderer sind nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Konsumentinnen und Konsumenten, welche durch eine gesteigerte aggregierte Nachfrage indirekt einen Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben.

Internationale Studien haben gezeigt, dass Migrantinnen und Migranten grundsätzlich weniger verdienen als Einheimische. Die *Lohndiskrepanz* ist jedoch von Land zu Land, je nach Beobachtungszeitraum und Migrantengruppe unterschiedlich und wird meist durch ein tieferes Ausbildungsniveau oder der Nichtanerkennung der ausländischen Diplome erklärt. Lohnunterschiede nehmen zwar mit der Aufenthaltsdauer ab, weil sich die Sprachkompetenzen der Migrantinnen und Migranten verbes-

sern oder sie zusätzliche Qualifikationen erwerben (siehe Pekkala Kerr und Kerr 2011 Seite 5 und Tabelle 4 im Anhang), eine Differenz bleibt jedoch bestehen. Pekkala Kerr und Kerr (2011) machen darauf aufmerksam, dass das Lohnniveau von ausländischen Arbeitskräften sehr wahrscheinlich überschätzt wird, weil vor allem weniger erfolgreiche Personen mit schlechteren Löhnen auswandern. Lubotsky (2007) bestätigt diese negative Selektion für die USA und nimmt an, dass dieses Phänomen auch für Europa zutrifft. Dieser Selektionseffekt führe schliesslich zu einer Überbewertung der Integration und der wirtschaftlichen Kosten, welche durch die Einwanderung entstünden.

Wie Grafik 10 zeigt, sind die *Reallöhne* in der Schweiz seit 1996 in den oberen Lohnsegmenten stärker gestiegen als in den unteren. Dabei verzeichneten die ausländischen Arbeitskräfte im obersten Lohnsegment ein grösseres Lohnwachstum als Schweizerinnen und Schweizer, was gemäss Müller et al. (2013) auf ihr besseres lohnbestimmendes Qualifikationsniveau zurückgeführt werden kann. Dabei verdienen gemäss Cueni und Sheldon (2011) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

aus Nordamerika und Ozeanien am meisten, gefolgt von EU17/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern und Schweizerinnen und Schweizern. Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass EU17/EFTA-Ausländerinnen und Ausländer, welche seit der Einführung der FZA in die Schweiz einreisen, 2,1% weniger als ihre vergleichbaren Vorgänger verdienen.

Bezüglich der Auswirkungen der Migration auf die Löhne einheimischer Arbeitskräfte haben internationale Studien nur wenige oder keine Effekte festgestellt (siehe Pekkala Kerr und Kerr 2011 Tabelle 6 im Anhang). Manacorda et al. (2012) zeigen für Grossbritannien, dass neueingewanderte und einheimische Arbeitskräfte keine Substitute sind und die Immigration deshalb die Löhne letzterer nicht beeinflusst. Gemäss Shapira (2010) hatten die Zuzüger sogar einen positiven Einfluss auf das Lohnniveau von Personen ohne Migrationshintergrund. Indes stellten Manacorda et al. (2012) einen Lohndruck für die gesamte ausländische Bevölkerung – und primär für Hochschulabsolventen – fest. Dustmann et al. (2008) fanden hingegen einen negativen Einfluss auf diejenigen Lohnsegmente, in denen Migrantinnen und Migranten überrepräsentiert sind und umgekehrt.

Gemäss Favre (2011) hat die jüngste Einwanderung in die Schweiz denn auch die Lohnunterschiede in hochqualifizierten Berufen verringert, während der Autor keinen Einfluss auf die niedrigqualifizierten Berufsgruppen feststellen konnte. Gerade letzteres Ergebnis könne wahrscheinlich mit den in den Gesamtarbeitsverträgen vorgeschriebenen Mindestlöhnen und den flankierenden Massnahmen¹⁰ erklärt werden. Somit kommt es zu einer Reduktion der Ungleichheit in der Lohnverteilung, ein Ergebnis, welches auch die Studie von Gerfin und Kaiser (2010) ausweist. Die Autoren zeigen, dass Einheimische und Ausländerinnen und Ausländer sich bezüglich Ausbildungs- und Berufsgruppen nicht konkurrenzieren. Immigration hatte deshalb keinen Einfluss auf die Löhne der Schweizer Arbeitskräfte, was auch von anderen Studien bestätigt wird (Aeppli 2010; Cueni und Sheldon 2011; Nguyen 2012). Müller et al. (2013) gehen von geringen allgemeinen Auswirkungen aus, wobei das FZA für niedrig qualifizierte einheimische Arbeitskräfte eine Steigerung der Reallöhne zur Folge hatte.

Henneberger und Ziegler (2011) vermuten trotz eines positiven Verlaufs der allgemeinen Lohnentwicklung in fast allen Branchen, dass die Lohnentwicklung in der Schweiz vom Arbeitsangebotsdruck aus den EU/EFTA-Staaten beeinflusst wurde. Auch Aeppli (2010) geht von zwei antagonistischen Entwicklungen aus: Einerseits kam es zu einer Lohnsteigerung durch die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte seit 2002 und anderer-

seits zu einer Lohndämpfung aufgrund des weniger akuten Arbeitskräftemangels.

Zu den Verlierern zählen Gerfin und Kaiser (2010) Einwanderinnen und Einwanderer, die schon länger hier sind. Sie haben einen Rückgang ihrer Löhne zu verzeichnen. Cueni und Sheldon (2011) stellen einen Lohnverfall bei niedrig qualifizierten, bereits länger anwesenden Ausländerinnen und Ausländern aus Nicht-EU17/EFTA-Ländern fest. Gemäss Müller et al. (2013) wären gerade Löhne junger (einheimischer und ausländischer) tertiär gebildeter Arbeitskräfte, die zwischen 10 und 15 Jahren Berufserfahrung aufweisen, ohne das FZA höher ausgefallen. Auch ältere ausländische Arbeitskräfte mit mehr als 35 Jahren Berufserfahrung und Primarschulbildung verzeichneten einen Rückgang ihrer Saläre.

4.2.4 Grenzregionen und lokale Wirtschaftsräume

Gemäss Gaillard und Weber (2011) hatte das Inkrafttreten des FZA auch einen bedeutenden Einfluss auf die fünf Grenzregionen: Genferseeregion, Jurabogen, Nordwestschweiz, Ostschweiz und die Südschweiz. Von 2004 bis 2010 nahm der Grenzgängeranteil am Total der Erwerbsbevölkerung von 4,2% auf 5,0% zu, wobei ein grosser Teil niedrige Qualifikationen aufweist.

Während die Erwerbstätigenquote der ansässigen Bevölkerung in allen Grenzregionen zunahm oder zumindest stabil blieb und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu mehr Wirtschaftswachstum führte, kam es bezüglich der Arbeitslosigkeit vor allem in den Grenzregionen am Genfersee, im Jurabogen und in der Nordwestschweiz zu einer relativen Verschlechterung im Vergleich zu den Nicht-Grenzgänger-Regionen (Cueni und Sheldon 2011; Gaillard und Weber 2011; Losa und Bigotta 2012). Zudem fanden Cueni und Sheldon (2011) einen Anstieg bei der Stellensuchdauer in bestimmten Grenzgängerregionen.

Flückiger et al. (2012) interpretieren die gestiegene Arbeitslosenquote in Genf mit der wirtschaftlichen Konjunktur. Ihre Studie zu den Einstellungspräferenzen zeigte zudem, dass trotz der Aufhebung des Inländervorrangs auf dem Schweizer Arbeitsmarkt im Jahr 2004 junge Einheimische mit eidgenössischem Fähigkeitsausweis bei der Rekrutierung auf dem Genfer Arbeitsmarkt im Vergleich zu Grenzgängerinnen und Grenzgängern mit identischen Merkmalen weiterhin im Vorteil sind.

Auch Kempeneers und Flückiger (2012) zeigen, dass die *Entwicklung der Arbeitslosigkeit* mit dem Konjunkturzyklus und nicht mit der Personenfreizügigkeit zusammenhängt. Der Anteil an Aufenthaltserinnen und

Aufenthaltern (Ausweis B) und Grenzgängerinnen und Grenzgängern (Ausweis G) ist jedoch in denjenigen Branchen am grössten, in denen auch die Arbeitslosigkeit der Schweizerinnen und Schweizer die höchsten Werte aufweist. Gemäss den Autoren sind die Personen mit Ausweis G oder B und die arbeitslosen Schweizerinnen und Schweizer in Genf keine Substitute, weil die Arbeitslosenquote sehr tief ist. Andererseits entspricht das Profil der Schweizer Stellensuchenden bezüglich Ausbildung, Qualifikation und Hierarchiestufe oft nicht dem der angebotenen Stellen. Ein Beispiel seien die Banken, wo Schweizer Arbeitslose über ungenügende Qualifikationen verfügen, um im direkten Vergleich mit den Aufenthalterinnen und Aufenthaltern und Grenzgängerinnen und Grenzgängern zu bestehen und einen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt zu bekommen. In der Hotellerie und Gastronomie seien sie indessen überqualifiziert.

Bezüglich der *Lohnentwicklungen* belegen Losa und Bigotta (2012) in den Grenzregionen ebenfalls einen Aufwärtstrend, wobei Schweizer Männer, Personen mit einem hohen Berufsprofil oder Lohnniveau, aber auch jene mit niedrigem Qualifikationsniveau den grössten Zuwachs verzeichneten. Ein Lohnrückgang wurde bei Jugendlichen, Arbeitskräften des mittleren Qualifikationslevels und ohne Kaderfunktion festgestellt. Während die Deregulierung in Neuenburg, Genf und in den Basler Halbkantonen zu einer Lohnsteigerung führte, verzeichnete das Tessin ein geringeres Lohnwachstum, und die Kantone Waadt und Zürich registrierten keine Wirkung.

Stutz et al. (2010) zeigen für den Wirtschaftsraum Zürich einen Rückgang der Reallöhne von 2003 bis 2008 für Tiefqualifizierte, während jener der Hochqualifizierten stabil blieb. Insgesamt kam es jedoch zu einem Reallohngewinn. Die Migration hatte dabei eine leicht lohn-dämpfende Wirkung, wobei Ausländerinnen und Ausländer und vor allem Hochqualifizierte den Lohn- druck stärker zu spüren bekamen als Schweizer Arbeitskräfte. Die Autoren kommen zum Schluss, dass sich ohne Zuwanderung die Löhne der Tiefqualifizierten kurzfristig kaum anders entwickelt hätten, jene der bereits in der Schweiz lebenden ausländischen Hochqualifizierten dagegen wären stärker gestiegen.

Henneberger und Ziegler (2011) gehen davon aus, dass bereits 2004 ein Lohnabschlag bei Neuanstellungen von Ausländerinnen und Ausländern stattfand, jedoch nicht von Schweizer Arbeitskräften in den Grenzregionen. Bis 2008 hätte dieser Effekt aber auf die Löhne von neu angestellten Schweizerinnen und Schweizern und Ausländerinnen und Ausländern in den Zentralregionen übergegriffen: Der Lohnabschlag bei den Neuanstellungen von Ausländerinnen und Ausländern in den Grenzregionen vergrösserte sich abermals.

4.3 Fiskalbilanz

Internationale wie auch nationale Studien untersuchen den Einfluss und die Bedeutung der Migration auf die sogenannte Fiskalbilanz. Diese stellt die Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge den Bezügen von Ausländerinnen und Ausländern gegenüber.

Die meisten empirischen Studien finden nur einen geringen Einfluss der Zuwanderung auf die Fiskalbilanz. Alle unterstreichen dabei die Wichtigkeit der Profile der Einwandererinnen und Einwanderer. Masatoshi (2011) geht grundsätzlich durch die zusätzlichen Beitragszahlerinnen und -zahler von einem aus der Zuwanderung resultierenden Nettogewinn aus, welcher jedoch mit steigenden Integrationskosten rückläufig ist. Auch andere Autorinnen und Autoren bestätigen den Einfluss der Arbeitsmarktintegration (Ekberg 2011), wobei das Bildungsniveau, die Sprachkompetenzen und die generelle Einbindung in soziale Netzwerke eine wichtige Rolle spielen (Fritschi und Jann 2008). Der Einfluss der Zuwanderung auf die Fiskalbilanz hängt zudem von der Aufenthaltsbewilligung, der Altersstruktur, dem Qualifikationsniveau (Chojnicki und Ragot 2011) und dem Rückkehrverhalten (Kirdar 2012) der Zuzüger ab.

Auch Ramel und Sheldon (2012: 28) finden für die Schweiz 2012 eine positive Fiskalbilanz von Migrantinnen und Migranten aus dem nördlichen EU-17/EFTA-Raum und dem nichteuropäischen Raum. Für ausländische Haushalte aus Nicht-EU17/EFTA-Ländern hingegen ist die Fiskalbilanz negativ. Auf der aggregierten Ebene heben sich diese Effekte gegenseitig auf. Langfristig könnte sich die Fiskalbilanz der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz sogar verschlechtern, was gemäss den Autoren unter anderem von der Sesshaftigkeit der Zugewanderten abhängt.

Gemäss Grenno (2008) verringert die unqualifizierte Zuwanderung die Renten und Arbeitslosenleistungen. Chojnicki und Ragot (2011, 2012) finden kurzzeitige positive Effekte einer selektiven Einwanderungspolitik. Auf längere Zeit gesehen können diese jedoch aufgrund von tieferen Geburtenraten und höheren Lebenserwartungen der Hochqualifizierten im Vergleich mit Geringqualifizierten auslaufen. In diesem Sinne kommen auch Lee und Miller (2000) zum Schluss, dass niedrig qualifizierte Migrantinnen einen positiven Einfluss aufgrund ihrer höheren Fertilitätsrate haben können, während Hochqualifizierte eine positive Fiskalbilanz aufgrund höherer Beitragszahlungen aufweisen. Letzteres Ergebnis wird auch von Rowthorn (2008) bestätigt. Der negative Fiskaleffekt von Niedrigqualifizierten könne zudem durch deren Auswanderung oder geringen Bezüge ver-

hindert werden. Der Autor folgert aus dem auch von anderen Studien bestätigten relativ geringen Einfluss der Zuwanderung auf die Fiskalbilanz, dass die Sozialversicherung nicht als Argument für oder gegen die Zuwanderung verwendet werden sollte.

4.3.1 Schweizer Sozial- und Invalidenversicherungen

Gaillard und Weber (2011) kommen zum Schluss, dass die Zuwanderung in die Schweiz die umlagefinanzierten Sozialversicherungen der ersten Säule (AHV/IV/EO/EL) entlastet. Dabei übersteigen gerade bei EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürgern die Beiträge die Bezüge. Die Situation der AHV stellt sich günstiger dar als erwartet, während in der Arbeitslosenversicherung aufgrund des FZA gewisse Mehrkosten entstanden sind. Dabei gebe es jedoch Unterschiede zwischen den Nationalitäten: Schweizer und deutsche Staatsangehörige zahlten mehr, portugiesische, französische und italienische weniger ein als sie bezögen. Das Verhältnis zwischen Beitrag und Bezug war bei Drittstaatsangehörigen am schlechtesten. Ähnliche Befunde stellen die Autoren bei der Sozialhilfe für 2009 fest: Deutsche wiesen die tiefste Quote auf (1,4%), gefolgt von den Schweizer (2,0%), italienischen (3,0%), französischen (3,1%) und den portugiesischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern (4,2%). Die Sozialhilfequote der Drittstaatsangehörigen betrug 11%.

Auch Stutz et al. (2010) gehen davon aus, dass die Zuwanderung in der nächsten Zeit einen wichtigen Beitrag zur AHV leisten wird. Im Jahr 2008 bezahlten Bürgerinnen und Bürger aus dem EU25-Raum rund 21% der Beiträge, wobei sie nur 15% der Leistungen bezogen. Längerfristig würde dieser Effekt aufgrund der Alterung der Migrantinnen und Migranten verschwinden. Die Autoren machen weiter darauf aufmerksam, dass die Unterschiede in den Netto-Transferbilanzen weniger von der Nationalität (schweizerische oder ausländische), sondern vielmehr vom Bildungsniveau und dem Geschlecht abhängen.

Das Defizit in der Altersvorsorge im Jahr 2030 schätzt Eling (Vorabdruck) auf 110 Milliarden Schweizer Franken. Während heute noch drei Beitragszahler einer Rentnerin gegenüber stehen, werden es im Jahr 2030 nur noch zwei sein. Wollte man diese Entwicklung in der AHV durch eine Anhebung des Rentenalters in den Griff bekommen, müsste das Rentenalter um drei Jahre erhöht werden.

Wyssmüller und Efonayi-Mäder (2007) führten eine Literaturstudie zum Thema Migration und Invalidenversicherung durch. Schweizer und internationale Studien (siehe auch Bundesamt für Sozialversicherungen, 2010)

kommen zum Schluss, dass die Invalidisierungs-Inzidenzen oder -Prävalenzen zwischen Migrations- und Mehrheitspopulationen auf andere Einflussfaktoren als Nationalität oder Herkunft zurückgeführt werden können. Der Bericht enthält vier Argumentationsstränge, welche häufig zusammenspielen und eine kumulative Wirkung entfalten:

- Erhöhtes Erkrankungs- und in der Folge auch erhöhtes Invalidisierungsrisiko im Migrationskontext aufgrund der kumulativen Wirkung ungünstiger sozialer und individueller Voraussetzungen (soziale Gesundheitsdeterminanten).
- Übervertretung von Migrantinnen und Migranten in bestimmten Branchen und beruflichen Tätigkeiten mit nachgewiesenermassen hohem Invalidisierungsrisiko.
- Schwache Position grosser Teile der erwerbstätigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt, was im Erkrankungsfall ihre berufliche Wiedereingliederung erschwert und damit zum erhöhten Invalidisierungsrisiko beiträgt.
- Erschwerte Interaktion zwischen den diversen Akteuren im Rahmen des Gesundheits- und IV-Systems und erkrankten Versicherten mit Migrationshintergrund.

Guggisberg und Oesch (2009) bestätigen, dass die höheren Berentungsquoten für Migrantinnen und Migranten aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und aus der Türkei im Vergleich zu der einheimischen Bevölkerung zu einem grossen Teil mit dem Gesundheitszustand erklärt werden kann. Dabei spielen vor allem die soziale und berufliche Lage eine wichtige Rolle: Diese Migrantinnen und Migranten haben ein schlechteres Ausbildungsniveau, führen häufiger körperliche Arbeiten aus, verfügen über geringere psychosoziale Ressourcen und haben mit migrationsspezifischen psychischen und gesundheitlichen Belastungen fertig zu werden. Beispiele dafür sind Gewalterfahrungen im Herkunftsland, eine traumatisierende Flucht oder die Trennung der Familie durch die Migration (Baer et al. 2009).

4.4 Fazit

Die parallelen Entwicklungsverläufe des BIP und der Migrationssaldi wie auch die hohe Arbeitsmarktbeteiligung unterstreichen die Bedeutung der Wirtschaft und deren Konjunkturentwicklung als Motor für die Zuwanderung. Dieses Verhältnis hat auch einen Rückkopplungseffekt: So ist der Einfluss der Zuwanderung auf den gesamten Wirtschaftsverlauf positiv, das BIP ist trotz Wirtschaftskrise seit 2009 wieder gewachsen.

Die neuen Zuzüger sind grundsätzlich besser qualifiziert, was auch mit der hohen Nachfrage aufgrund eines internen Fachkräftemangels erklärt werden kann. Deren Eingliederung in den Arbeitsmarkt verläuft vielleicht gerade auch deshalb ohne weitere Probleme. Allgemein scheint das Personenfreizügigkeitsabkommen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstärkt zu haben, jedoch konnten die verschiedenen Studien keine Verdrängung der einheimischen Arbeitskräfte feststellen.

Auch das Lohngefüge wird gemäss internationalen aber auch Schweizer Studien – wenn überhaupt – nur gering von der Zuwanderung verändert. Die Ergebnisse bezüglich der Auswirkungen der Zuwanderung auf verschiedene Ausländergruppen und Qualifikationsniveaus weichen jedoch von Studie zu Studie ab, was auch mit der angewandten Methode zu tun haben könnte.

Auf der aggregierten Ebene scheint es, dass die Neuzuwanderer sich eher komplementär zu den einheimischen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt eingliedern. In einigen Branchen und Grenzregionen hat sich jedoch ein durch die Migration verursachter Druck in Konkurrenzsituationen niedergeschlagen.

Schliesslich scheint der Einfluss der Migration auf die Fiskalbilanz gering zu sein. Dabei kommt es vor allem auf die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung an: Aufenthaltsbewilligung, Altersstruktur, Qualifikationsniveau und Niederlassung der Ausländerinnen und Ausländer. Also allesamt Faktoren, deren künftige Entwicklung nur schwer vorausgesagt werden kann.

4.5 Bibliographie

Aeppli, Roland (2010). Arbeitsmarkteffekte des Abkommens mit der EU zur Personenfreizügigkeit: eine Neubeurteilung. *KOF Analysis*, 2010(4): 29–42.

Aeppli, Roland et al. (2008). *Auswirkungen der bilateralen Abkommen auf die Schweizer Wirtschaft*. Zürich: Eidgenössische Technische Hochschule Zürich. e-collection.library.ethz.ch (06.05.2013).

Autor, David H., Frank Levy und Richard J. Murnane (2003). The skill content of recent technological change: an empirical exploration. *Quarterly Journal of Economics*, 118(4): 1279–1333.

Baer, Niklas, Ulrich Frick und Tanja Fasel (2009). *Dossieranalyse der Invalidisierungen aus psychischen Gründen: Typologisierung der Personen, ihrer Erkrankungen, Belastungen und Berentungsverläufe*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen BSV. www.bsv.admin.ch (06.05.2013).

Balastèr, Peter und Marc Surchat (2012). Grundzüge der Wachstumsentwicklung und Wachstumspolitik in der Schweiz. *Die Volkswirtschaft*, 5: 4–9.

Braun, Michael und Camelia Arsene (2009). The demographics of movers and stayers in the European Union, in: Recchi, Ettore und

Adrian Favell (Hg.), *Pioneers of European integration: citizenship and mobility in the EU*. Cheltenham: Edward Elgar, 26–51.

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV ([2010]). *Synthesebericht des Forschungsprogramms zur Invalidenversicherung FoP-IV 2006–2009*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen BSV. www.bsv.admin.ch (15.05.2013).

Bundesrat (2012). *Bericht des Bundesrates über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz*. [S.l.]: [s.n.]. www.bfm.admin.ch (14.05.2013).

Chojnicki, Xavier und Lionel Ragot (2011). *Impacts of immigration on aging welfare-state: an applied general equilibrium model for France*. www.cepii.fr (06.05.2013).

Chojnicki, Xavier und Lionel Ragot (2012). Immigration, vieillissement démographique et financement de la protection sociale. *Revue économique*, 63(3): 501–512.

Cueni, Dominique und George Sheldon (2011). *Arbeitsmarktintegration von EU/EFTA-Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz*. Basel: Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik (FAI). www.bfm.admin.ch (06.05.2013).

Dahinden, Janine et al. (2004). *Integration am Arbeitsplatz in der Schweiz: Probleme und Massnahmen: Ergebnisse einer Aktionsforschung*. Neuchâtel: Swiss Forum for Migration and Population Studies.

Dustmann, Christian, Tommaso Frattini und Ian Preston (2008). *The effect of immigration on the distribution of wages*. London: Centre for Research and Analysis of Migration (CReAM). ideas.repec.org (06.05.2013).

Ekberg, Jan (2011). Will future immigration to Sweden make it easier to finance the welfare system? *European Journal of Population / Revue européenne de Démographie*, 27(1): 103–124.

Eling, Martin ([Vorabdruck]). *Der Generationenvertrag in Gefahr: eine Analyse der Transfers von Jung nach Alt in der Schweiz*. St.Gallen: Universität St.Gallen. www.ivw.unisg.ch (06.05.2013).

Favell, Adrian (2008). *Eurostars and eurocities: free movement and mobility in an integrating Europe*. Malden: Blackwell.

Favre, Sandro (2011). *The impact of immigration on the wage distribution in Switzerland*. Zürich: Department of Economics, University of Zürich. papers.ssrn.com (06.05.2013).

Fibbi, Rosita, Bülent Kaya und Etienne Piguët (2003). *Le passeport ou le diplôme ? : étude des discriminations à l'embauche des jeunes issus de la migration*. Neuchâtel: Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population.

Flückiger, Yves et al. (2005). *Une analyse des effets sur le marché suisse du travail de l'élargissement de la libre circulation des personnes aux nouveaux pays membres de l'Union Européenne*. Genève: Observatoire Universitaire de l'Emploi. Université de Genève. www.bfm.admin.ch (06.05.2013).

Flückiger, Yves et al. (2012). *Main-d'oeuvre frontalière et pratiques d'embauche sur le marché du travail genevois*. Genève: Observatoire universitaire de l'emploi. www.unige.ch (06.05.2013).

Fritschi, Tobias und Ben Jann (2008). *Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland: welche gesellschaftlichen Kosten entstehen, wenn Integration nicht gelingt?* [S.l.]: Bertelsmann Stiftung.

Gaillard, Serge und Bernhard Weber (2011). Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt. *Die Volkswirtschaft*, 6: 43–46.

- Gerfin, Michael und Boris Kaiser (2010). *The effects of immigration on wages: an application of the structural skill-cell approach*. staff.wvi.unibe.ch (06.05.2013).
- Graf, Iris et al. (2012). *Zuwanderung im Kanton Zürich: Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt*. Zürich: Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich, Amt für Wirtschaft und Arbeit. www.vd.zh.ch (14.05.2013).
- Grenno, Javier Vazquez (2008). Immigration in a segmented labor market: the effects on welfare. *FinanzArchiv*, 64(2): 199–217.
- Guerra, Giuliano, Roberto Patuelli und Rico Maggi (2012). Ethnic concentration, cultural identity and immigrant self-employment in Switzerland, in: Nijkamp, Peter, Jacques Poot und Mediha Sahin (Hg.), *Migration impact assessment: new horizons*. Cheltenham: Edward Elgar, 147–173.
- Guggisberg, Jürg, Thomas Oesch und Lucien Gardiol (2009). *Migrantinnen und Migranten in der Invalidenversicherung: soziale Unterschichtung, gesundheitliche Lage und Invalidisierungsrisiko: ein Vergleich der Bevölkerung schweizerischer Nationalität mit Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei*. Bern: Bundesamt für Sozialversicherungen. www.bsv.admin.ch (06.05.2013).
- Henneberger, Fred und Alexandre Ziegler (2011). *Evaluation der Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit: Teil 2: Empirische Überprüfung des Auftretens von Lohn- und Arbeitsdruck aufgrund des Immigrationsdrucks aus den EU17/EFTA-Mitgliedstaaten*. St. Gallen: Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitsrecht, Universität St. Gallen. www.faa.unisg.ch (06.05.2013).
- Kempeneers, Pierre und Yves Flückiger (2012). *Immigration, libre circulation des personnes et marché de l'emploi*. Genève: Observatoire Universitaire de l'Emploi.
- Kirdar, Murat G. (2012). Estimating the impact of immigrants on the host country social security system when return migration is an endogenous choice. *International Economic Review*, 53(2): 453–486.
- Lee, Ronald und Timothy Miller (2000). Immigration, social security, and broader fiscal impacts. *American Economic Review*, 90(2): 350–354.
- Liebig, Thomas, Sebastian Kohls und Karolin Krause (2012). *The labour market integration of immigrants and their children in Switzerland*. Paris: Directorate for Employment, Labour and Social Affairs OECD.
- Losa, Fabio B. und Maurizio Bigotta (2012). *Libera circolazione: gioie o dolori? Valutazione degli impatti sul mercato del lavoro svizzero dell'abolizione della priorità d'impiego ai lavoratori indigeni*. Giubiasco: Ufficio di Statistica.
- Lubotsky, Darren (2007). Chutes or ladders? A longitudinal analysis of immigrant earnings. *Journal of Political Economy*, 115(5): 820–867.
- Manacorda, Marco, Alan Manning und Jonathan Wadsworth (2012). The impact of immigration on the structure of wages: theory and evidence from Britain. *Journal of the European Economic Association*, 10(1): 120–151.
- Masatoshi, Jinno (2011). Assimilation, immigration, and the welfare state. *FinanzArchiv*, 67(1): 46–63.
- Müller-Jentsch, Daniel und Avenir Suisse (Hg.) (2008). *Die neue Zuwanderung: die Schweiz zwischen Brain-Gain und Überfremdungsangst*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Müller, Tobias, Asensio, Noé und Graf, Roman (2013). *Les effets de la libre circulation des personnes sur les salaires en Suisse*. Genève: Laboratoire d'économie appliquée. Université de Genève. www.unige.ch (06.05.2013).
- Nguyen, Tuan (2012). *Immigration, task specialization, wages and employment: evidence from Switzerland*. Geneva: University of Geneva.
- Oesch, Daniel und Jorge Rodríguez Menés (2011). Upgrading or polarization? Occupational change in Britain, Germany, Spain and Switzerland, 1990–2008. *Socio-Economic Review*, 9(3): 503–531.
- Organisation for Economic Co-operation and Development OECD (1995). *The measurement of scientific and technological activities: manual on the measurement of human resources devoted to S&T «Canberra Manual»*. Paris: OECD.
- Pecoraro, Marco (2005). Les migrants hautement qualifiés, in: Haug, Werner und Philippe Wanner (Hg.), *Migrants et marché du travail: compétences et insertion professionnelle des personnes d'origine étrangère en Suisse*. Neuchâtel: Office fédéral de la statistique OFS, 71–108.
- Pekkala Kerr, Sari und William R. Kerr (2011). Economic impacts of immigration: a survey. *Finnish Economic Papers*, 24(1): 1–32.
- Ramel, Nathalie und George Sheldon (2012). *Fiskalbilanz der Neuen Immigration in die Schweiz*. Basel: Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik (FAI).
- Riaño, Yvonne und Nadia Baghdadi (2007). Understanding the labour market participation of skilled immigrant women in Switzerland: the interplay of class, ethnicity, and gender. *Journal of International Migration and Integration*, 8(2): 163–183.
- Rowthorn, Robert (2008). *The fiscal impact of immigration on the advanced economies*. *Oxford Review of Economic Policy*, 24(3): 561–581.
- Shapira, Marina (2010). Immigrant impact on employment and occupational opportunities of population in Britain, in: Salzmann, Thomas, Barry Edmonston und James Raymer (Hg.), *The demographic aspects of migration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 227–262.
- Sheldon, George (2007). *Migration, Integration und Wachstum: die Performance und wirtschaftliche Auswirkung der Ausländer in der Schweiz*. Basel: Universität Basel. www.unibas.ch (06.05.2013).
- Staatssekretariat für Wirtschaft Seco (2012). *Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt: 8. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen*. [Bern]: Staatssekretariat für Wirtschaft Seco. www.bfm.admin.ch (06.05.2013).
- Stalder, Peter (2010). Free migration between the EU and Switzerland: impacts on the Swiss economy and implications for monetary policy. *Swiss Journal of Economics and Statistics*, 146(4): 821–874.
- Steiner, Ilka (2012). Projets et réalités migratoires: les immigrants allemands hautement qualifiés. *terra Cognita*, 21: 46–49.
- Steiner, Ilka und Rosita Fibbi ([Forthcoming]). *Démographie, formation et migration qualifiée en Suisse*. Neuchâtel: IRDP.
- Stutz, Heidi, Lucien Gardiol und Thomas Oesch (2010). *Immigration 2030: Szenarien für die Zürcher Wirtschaft und Gesellschaft*. Zürich: Zürcher Kantonalbank. www.zkb.ch (06.05.2013).
- Wyssmüller, Chantal und Denise Efonayi-Mäder (2007). *Literatur- und Datenstudie zum Thema Migration und Invalidenversicherung: Revidierter Schlussbericht*. Neuchâtel: Forum suisse pour l'étude des migrations. www.unine.ch (06.05.2013).

5

Infrastruktur

Die zentralen Fragestellungen zur Infrastruktur betreffen den Immobilienmarkt, den Verkehr und die Raumplanung. Allerdings müssen aufgrund von Abweichungen in der Entwicklung die Analysen je nach Region, Lage (Zentrum oder Peripherie) oder Grenzgebieten aufgeschlüsselt werden.

Die in diesem Zusammenhang bearbeitete Literatur zum Immobilienmarkt beschäftigt sich insbesondere mit der Frage des Einflusses und der Bedeutung der Migration auf dessen Angebot und der daraus resultierenden Preisentwicklung. Zudem werden auch die Fragen der räumlichen Verteilung der Migrantinnen und Migranten und der daraus entstehenden möglichen Segregation aufgeworfen.

Die Infrastrukturentwicklung in den Bereichen Wohnen und Verkehr wird einerseits durch die Nachfrage – Bevölkerungsgrösse, die Zahl der Haushalte sowie deren wirtschaftliche Situation, Wohnpräferenzen und Arbeits- und Lebensstile – und andererseits durch das Angebot, welches über Neubau-, Renovations- und Unterhaltsarbeiten beeinflusst wird, bestimmt (Hauri 2009).

Angebot und Nachfrage sind im Infrastrukturbereich eng miteinander verflochten und werden mitunter von der Raumplanung beeinflusst. Die Qualität der Verkehrserschliessung und deren Nutzung prägen die Siedlungsstruktur und damit auch den Immobilienmarkt. So ist beispielsweise in gewissen Aargauer Gemeinden, welche eine überdurchschnittlich gute Erreichbarkeit aufweisen, die Immobiliennachfrage dementsprechend besonders hoch.

5.1 Immobilienmarkt

5.1.1 Steigender Platzbedarf

Verschiedene Studien aus dem Kanton Zürich zeigen, dass sich im letzten Jahrzehnt die Wohnfläche und Zimmerzahl pro Person deutlich erhöht haben. Dieser Wandel der Wohnpräferenzen lässt sich mit der verbesserten Kaufkraft der Haushalte (Stutz et al. 2010), aber auch mit einem individualistischeren Lebensstil erklären (Fux 2005). Der gesteigerte Platzbedarf fällt bei Schweizerinnen und Schweizern wie auch bei Migrantinnen und

Migranten aus den alten Herkunftsländern¹¹ am stärksten aus. Gerade die letztere Entwicklung kann mit einem Nachholbedarf erklärt werden (Graf et al. 2012). Schweizerinnen und Schweizer beanspruchen bereits seit dem Jahr 2000 den grössten Platzbedarf, gefolgt von den neuen Zuwanderern. Dabei wohnen in Zürich vor allem Personen aus deutschsprachigen Ländern überproportional häufig in Wohnungen mit mindestens fünf Zimmern (Martinovits 2011).

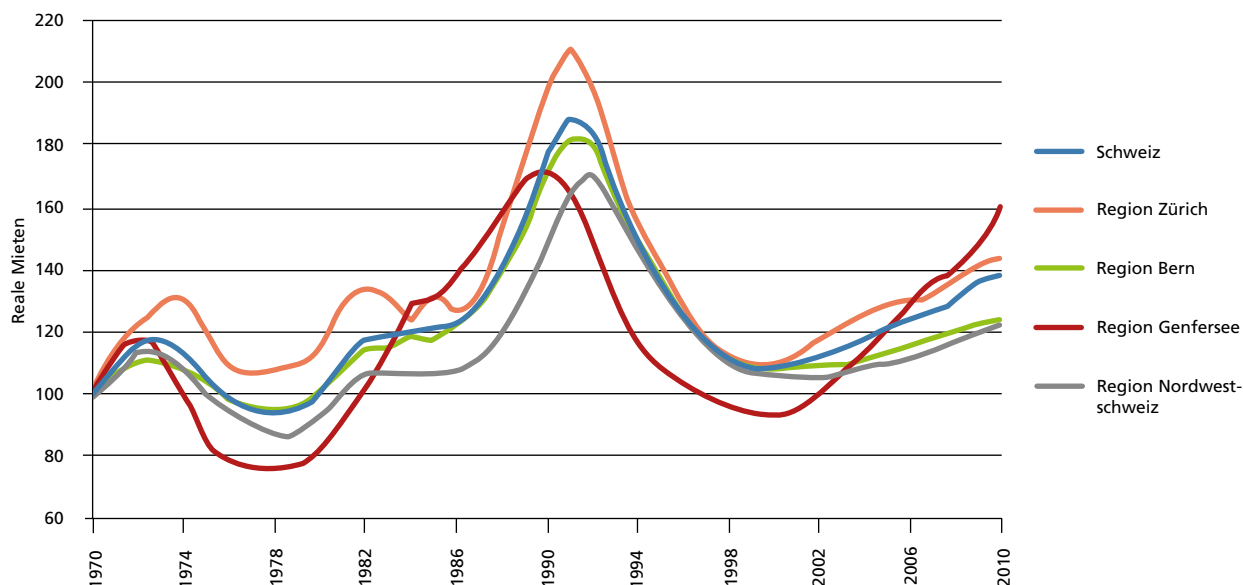
5.1.2 Sozialräumliche Segregation

Gemäss Hauri (2009) kam es durch die Zuwanderung zu einer qualitativen und quantitativen Veränderung der Nachfrage. Sie führte einerseits zu einem Haushaltswachstum (welches das Wachstum des Wohnungsangebots leicht überstieg) und andererseits zu einer deutlichen Umschichtung der Haushalts- und Siedlungsstrukturen.

Heye und Leuthold (2006) zeigen für die Agglomeration Zürich, dass die sozialräumliche Segregation nach zwei Strukturierungsdimensionen verläuft. Einerseits teilt eine sozioökonomische Komponente die gesamten Wohnregionen in statushohe und -tiefe Bevölkerungsschichten. Andererseits verursacht die soziale Schichtung regionale Unterschiede bezüglich des Anteiles der ausländischen Bevölkerung, da diese häufig mit der Nationalität korreliert. Somit kommt es nicht wie in anderen Ländern zu einer Segregation zwischen der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung, sondern zwischen status tiefen Schichten, in denen vor allem Migrantinnen und Migranten aus südeuropäischen Ländern die Mehrheit bilden, und status hohen Schichten. Letztere sind mehrheitlich aus Schweizerinnen und Schweizern wie auch aus nord- und westeuropäischen Zuzügern zusammengesetzt.

Die sozialräumliche Segregation widerspiegelt auch die unterschiedlichen *Lebensstile*. Dabei nimmt die Tendenz zur Individualisierung mit der Distanz zur Kernstadt ab. Während im Zentrum moderne individualistische Wohnformen und Familienmodelle vorherrschen, dominieren in den Agglomerationen «traditionelle, bürgerliche Lebensstile» (Heye und Leuthold 2006).

In den letzten Jahren hat sich nicht nur das residenzielle Muster der aktiven Bevölkerung, sondern auch



Grafik 11: Verlauf der teuerungsbereinigten Mieten (Neu- und Wiedervermietungen) in der Schweiz insgesamt und in 4 Regionen 1970–2010. (Indexstand 1970=100)

Quelle: Berechnungen von Schellenbauer (2011: 10), basierend auf Daten des Bundesamtes für Statistik (BFS)

jenes älterer Menschen gewandelt (Heye und Van Wezemael 2007). Seniorinnen und Senioren konzentrieren sich vermehrt in der Agglomeration und weisen neue Bedürfnisse auf, insbesondere den Wunsch nach einer unabhängigen Lebensführung im eigenen Heim bis ins hohe Alter, was auch als «aging in place» bezeichnet wird (Schneider-Sliwa 2004). Gemäss Heye und Van Wezemael (2007) stellen *Genossenschaftswohnungen* und *staatliche Wohnbaugesellschaften* zwei ausbaufähige Sektoren dar, um den Bedürfnissen und den Wünschen älterer Menschen in Bezug auf die Mobilität, die Versorgung, aber auch den Erhalt des Wohnumfeldes besser gerecht zu werden.

5.1.3 Einfluss der Migration auf die Immobilienpreise

Die Erkenntnis, dass Zuwanderung auf den Wohnungsmarkt Auswirkungen haben kann, wird in internationalen Studien bestätigt. Akbari und Aydede (2012) finden beispielsweise für Kanada einen signifikanten, wenn auch geringen Effekt auf die Privateigentumspreise. Carter (2005) präzisiert diesbezüglich, dass die neuen Zuzüger in den kanadischen Grossstädten oft über mehr finanzielle Ressourcen verfügen und dass es deshalb nicht nur zu einer Erhöhung der Nachfrage und der Preise kommt, sondern sich auch das Erscheinungsbild einzelner Stadtteile verändert. Saiz (2007) zeigt für die Vereinigten Staaten, dass eine Zunahme der Immigration um 1% die Mietpreise ebenfalls um 1% erhöht. Auch Gonzalez und Ortega (2013) bestätigen am Beispiel des spanischen Wohnungsmarktes (vor der Finanzkrise)

einen Einfluss der Einwanderung auf die Nachfrage- und Preisentwicklung. Auf einen eigenwilligen Zusammenhang weisen schliesslich Maré und Stillman (2008) am Beispiel Neuseelands hin: Nicht die Neuzuwanderung, sondern die Rückkehrmigration scheint dort die Preise in die Höhe zu treiben.

Berechnungen von Degen und Fischer (2010) attestieren auch für den Schweizer Immobilienmarkt für den Zeitraum zwischen 2001 und 2006 einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und der Preisentwicklung für Einfamilienhäuser: Wenn die Einwanderungsquote 1% von der lokalen Wohnbevölkerung entspricht, steigen die Preise für Immobilien um etwa 2,7%. Schellenbauer (2011) relativiert diese Befunde und weist auf die nur zögerlich reagierende Bautätigkeit für den analysierten Zeitraum hin. Deshalb vermutet er im Preisanstieg einen kurzfristigen Effekt, der sich über eine längerfristige Angebotsanpassung verringern könnte.

5.1.4 Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt

Der Immobilienmarkt wurde in den letzten Jahren merklich durch die Zuwanderung geprägt (Graf et al. 2010). Während die Nachfrage von Ausländerinnen und Ausländern in allen Gebieten mit Ausnahme des Tessins und der Ostschweiz zunahm, sank die Nachfrage von Schweizerinnen und Schweizern. Diese Entwicklung hat jedoch nicht nur mit einer erhöhten Kaufkraft der Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger zu tun, sondern steht auch im Zusammenhang mit der Umschichtung der Schweizer Nachfrage, die sich im Hinblick auf den Eigen-

tumsmarkt in die Peripherie und die Agglomerationen ausgelagert hat.

Die Wohneigentumsquote ist indes im internationalen Vergleich, trotz des Anstiegs in den letzten Jahren (1970 29% und 2010 37%), immer noch tief. Im Jahr 2009 waren nur 8% der Eigentums Haushalte in «ausländischem» Besitz (Graf et al. 2010). In Zürich beispielsweise stieg diese Quote bei Schweizer Haushalten und Personen aus den alten Herkunftsländern, während sie bei den Personen aus den neuen Herkunftsländern konstant blieb (Graf et al. 2012). Die stärkere Nachfrage nach Wohneigentum konnte gemäss Graf et al. (2010) in der Vergangenheit durch eine verstärkte Bautätigkeit und durch Preisanstiege antizipiert und kontrolliert werden.

Im Mietwohnungsmarkt kommt es hingegen aufgrund der höheren Kaufkraft der Neuzuzüger, aber auch wegen deren Zugriff auf ausschliesslich offizielle Kanäle bei der Wohnungssuche (Hauri 2009), zu einem Struktureffekt: Neue Zuwanderer bewohnen vor allem Liegenschaften des oberen Preissegments. Niedrigqualifizierte Einwandererinnen und Einwanderer sind in qualitativ schlechteren Wohnungen als vergleichbare Schweizer Haushalte eingemietet. Zudem bezahlen erstere fünf bis sieben Mal so viel für vergleichbare Wohnungen wie Schweizerinnen und Schweizer (Baranzini et al. 2008). Schliesslich ziehen sich die Einheimischen weitgehend aus dem untersten Wohnungssegment zurück, während Ausländerinnen und Ausländer dort verharren (Bundesamt für Wohnungswesen 2011).

Wie Grafik 11 zeigt, sind die realen Mieten auf dem Neu- und Wiedervermietungsmarkt zwar seit 2000 gestiegen, liegen jedoch 2010 immer noch unter dem Niveau von 1990. Schellenbauer (2011) erklärt den Anstieg des letzten Jahrzehnts primär mit der durch das Pro-Kopf-Wachstum des BIP (0,8%) genährten Zusatznachfrage. Denn der Anstieg des Wohnungsangebots um 1% pro Jahr hätte das Bevölkerungswachstum von 0,9% pro Jahr aufgefangen. Weiter nennt der Autor auch die Erhöhung der Baukosten (0,9% von 2000 bis 2010) und verzögerte Effekte des Zinsanstieges im Jahr 2007 als Grund für die Erhöhung der realen Mieten (Schellenbauer 2011).

Schliesslich zeigt Schellenbauer (2011), dass die Wohnkosten im Haushaltsbudget aufgrund der gestiegenen Löhne insgesamt rückläufig waren. Dabei konnte der Mittelstand seine Kaufkraft auf dem Wohnungsmarkt halten. Während zwischen 2002 und 2005 die Belastung um rund 1% gesunken ist, erkennt der Autor für die Jahre danach keinen klaren Trend. Er vermutet, dass aufgrund der gestiegenen Einkommen auch die Wohnraumnachfrage der Haushalte im gleichen Mass zuge-

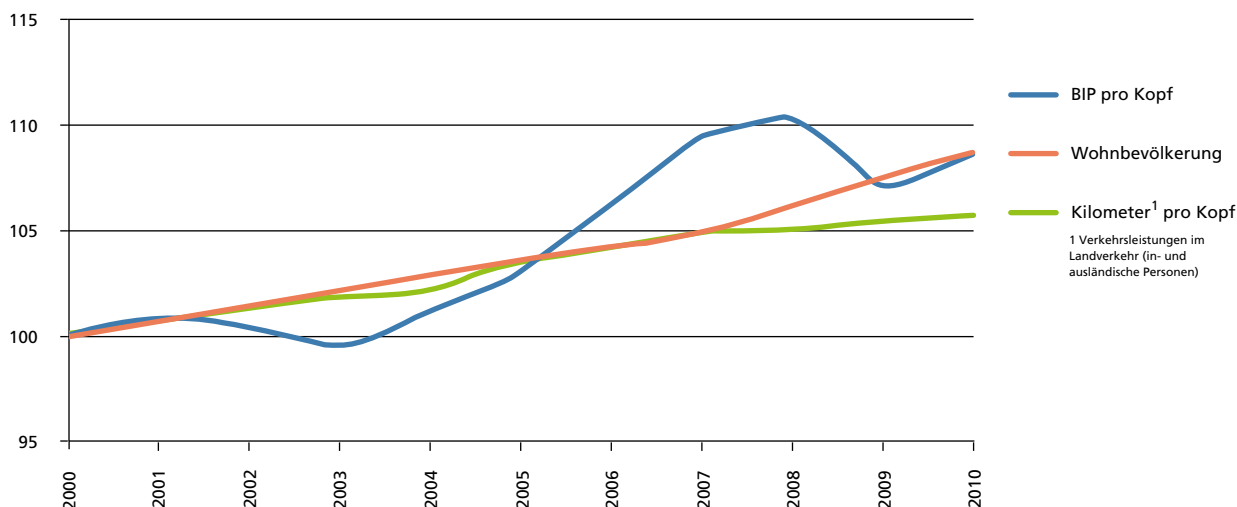
nommen hat. Hätten die Raumbedürfnisse also nicht zugenommen, wären die Mieten im Verhältnis zur Kaufkraft noch mehr gesunken.

Laut Bundesamt für Wohnungswesen BWO (2012) hat sich die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt seit 2011 wieder verschlechtert. Vor allem in den Ballungszentren konnte das Angebot die erhöhte Nachfrage nicht mehr befriedigen, was zu Mieterhöhungen geführt hat. Auch der Eigentumsmarkt präsentiert seit 2011 eine starke Verknappung, was die Preise hat ansteigen lassen. Das BWO (2012) nimmt an, dass spezifische Anlagemotive im Immobiliensektor, zum Beispiel hinsichtlich des Eigengebrauchs in Form von Ferienwohnungen und Alterswohnungen oder auch als Vermietungsobjekte, zur Überhitzung beigetragen haben könnten. Schliesslich könnten gemäss dem BWO auch Unternehmen, welche ganze Liegenschaften für ihre ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufkaufen, zur Verknappung beigetragen haben.

Lock-in-Effekt durch Kostenmieten

Die oben dargestellten Preisentwicklungen auf dem Mietwohnungsmarkt betreffen vor allem Neu- und Wiedervermietungen. In den Städten führt häufig die kommunale Wohnpolitik, aber auch der Zugang zu Genossenschaftswohnungen und der Mieterschutz zu einer Einschränkung der «Marktkräfte» (Schellenbauer 2011). So folgen Mieten gemäss Schellenbauer bei bestehenden Verträgen den Zinsbewegungen auf dem Hypothekarmarkt und der allgemeinen Teuerung und können nur bei Renovationsarbeiten leicht angehoben werden. Der Autor vermutet deshalb, dass aus diesen Gründen ein grosser Teil der Bevölkerung (75% beispielsweise in Zürich) von der effektiven Marktsituation und dem Zuwanderungsdruck abgeschirmt ist. Damit treffe die von Stutz et al. (2010) beschriebene Veränderungsdynamik, also der Austausch der Bewohnerschaft ganzer Stadtquartiere, nur einen Teil der Bevölkerung (in Zürich 25%).

Mieterinnen und Mieter einer unter dem Marktpreis liegenden Wohnung entscheiden sich oft trotz veränderter Bedürfnisse gegen einen Umzug; beispielsweise Eltern, deren Kinder ausgezogen sind. Gemäss Schellenbauer (2011) «entpuppt sich das breit akzeptierte Prinzip der Kostenmiete als Rationierungsmechanismus des urbanen Raums. Mit Sicherheit wurde der Zustrom gut qualifizierter Arbeitskräfte in die Städte dadurch faktisch eingedämmt». Dazu kommt ein eingeschränkter Zugang zum Genossenschaftsbau und den Sozialwohnungen bei Neuzuwandernden. Alteingesessene Mieterinnen und Mieter, insbesondere Schweizerinnen und Schweizer, welche über genügend Kenntnisse verfügen, sind somit im Vorteil, während junge, mobile Schweizer Haushalte



Grafik 12: Sozioökonomische Rahmenbedingungen für den Personenverkehr

Quelle: Bundesamt für Statistik (2012: 3)

und internationale Zuwanderer nicht mit gleichen Zugangsmöglichkeiten rechnen können (Graf et al. 2012; Schellenbauer 2011). Gemäss Graf et al. (2012) sind Personen aus den neuen Herkunftsländern zwar primär für den Preisanstieg auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich, sie sind aber auch diejenigen, welche für die gestiegenen Preise aufkommen müssen.

5.1.5 Agglomerationen

Die Entwicklungen auf den Immobilienmärkten in den Agglomerationen¹² weichen voneinander ab, wie die Beispiele Zürich, Lausanne und Genf zeigen.

In *Zürich* konnte zwischen 2003 und 2007 dank der gestiegenen Neubautätigkeit die Zunahme der Nachfrage, die wie erwähnt der Zuwanderung und der Zunahme des einheimischen Haushaltszuwachses geschuldet ist, aufgefangen werden. Trotzdem kam es zu Engpässen auf dem Immobilienmarkt (Hauri 2009). Die Miet- und Eigentumsmärkte waren 2011 noch immer angespannt. Weil in zentraler Lage die Nachfrage hoch blieb, weicht ein Teil der Schweizer Haushalte in die Agglomeration aus. Aus diesem Grund hat sich der ländliche Raum im Eigentumssektor am stärksten verknappt (Bundesamt für Wohnungswesen 2012).

In *Lausanne* hielt im gleichen Zeitraum das Angebot mit der steigenden Nachfrage nicht mit. Folglich haben sich Knappheit und Preissteigerungen auf dem Miet- und Wohneigentumsmarkt zugespitzt (Hauri 2009). Mit Ausnahme des Wohneigentums in der Agglomeration übersteigt auch 2011 die Nachfrage das Angebot. Weil jedoch Verknappungen im Mietwohnbereich kaum mehr möglich waren, hat sich die Situation im obe-

ren Preissegment etwas entspannt (Bundesamt für Wohnungswesen 2012).

In *Genf* verhindert die Raumentwicklungspolitik eine Ausdehnung des Wohnangebots. Weil die Mietnachfrage das Angebot sehr stark übersteigt, wird die Wohnsitznahme für Zuzüger aus dem In- und Ausland immer schwieriger. Ausländische, aber auch zunehmend Schweizer Haushalte weichen deshalb ins naheliegende Frankreich aus (siehe auch Kapitel 5.2.1). Wie Hauri (2009) zeigt, garantiert der Umzug in den französischen Teil der Agglomeration jedoch keine tieferen Mieten, da diese in den letzten Jahren auch dort markant gestiegen sind.

5.2 Verkehr

Mobilität wird heute vom Arbeitsmarkt verlangt. Im Bundesgesetz gilt eine Strecke zur Arbeit erst als unzumutbar, wenn für den Hin- und Rückweg mehr als vier Stunden benötigt werden.¹³ Räumliche Mobilität ist zudem eine Schlüsselressource für berufliche Karrieren. Viry et al. (2009) zeigen, dass Erwerbstätige in mittleren Kaderpositionen mobiler sind als Top-Manager und Direktoren. Die Autoren sehen darin eine Bestätigung ihrer Annahme, dass Mobilität meist mit dem Lebensabschnitt vor der Familiengründung korreliert. Um in ihrer Karriere voranzukommen, sind gerade jüngere Erwerbstätige bereit, weite Strecken zu pendeln; ein Lebensstil, den sie in einer späteren Lebensphase wieder aufgeben.

Verschiedenste Faktoren beeinflussen den Personenverkehr (Bundesamt für Statistik 2012). Die Nachfrageseite wird primär durch die zurückgelegte Distanz bestimmt, welche vor allem von der Entfernung zwischen

den Wohn-, Arbeits- und Einkaufsorten wie auch jenen der Ziele für Freizeitaktivitäten abhängt. Die Grösse der Bevölkerung und deren Arbeits- und Lebensstile wie auch der Tourismus spielen ebenfalls eine Rolle für die Nachfrage, genauso wie die Tarif-, Wirtschafts- und Wohnkostenentwicklungen (Bundesrat 2012). Das Angebot wird im Schienen- wie auch im privaten Personenverkehr durch die technischen Kapazitäten und den Ausbau von Schiene und Strasse bestimmt.

Die zurückgelegte Strecke pro Kopf ist im gleichen Mass gestiegen wie jene der Wohnbevölkerung (Grafik 12). Dabei könnte auch die Anhebung des Lebensstandards eine Rolle gespielt haben, wenn auch, wie das Bundesamt für Statistik (2012) anmerkt, Schwankungen des BIP keinen direkten Einfluss auf die zurückgelegte Kilometerzahl zu haben scheinen.

Gemäss Müller-Jentsch (2011) vom Think Tank Avenir Suisse setzt die Verkehrspolitik mit massiven Subventionen falsche Anreize, was die Kapazitätsengpässe erkläre. Der Schienenverkehr werde seit 2000 zu mehr als der Hälfte durch Steuermittel finanziert, während es 1990 nur etwa 35% waren. Der Autor ist überzeugt, dass mit einer Erhöhung der Selbstfinanzierung die Nachfrage trotz Zuwanderung entsprechend kleiner wäre.

Laut dem Bericht des Bundesrates (2012) spielt die Neuzuwanderung bezüglich Kapazitätsengpässen auf der Schiene keine grosse Rolle. Diese seien primär die Folge einer gestiegenen Nachfrage der bereits ansässigen Bevölkerung. Auch Scherer et al. (2010) zeigen, wie der stärkste Anstieg des Pendlerverkehrs in der wirtschaftlichen Wachstumsphase von 1970 bis 1990 stattfand. Die Zunahme des Personenverkehrs der letzten Jahre müsse daher vor allem auf den Freizeit- und Einkaufsverkehr zurückgeführt werden (Scherer et al. 2010). Im Jahr 2010 war das Hauptmobilitätsmotiv die Freizeit (40%), gefolgt von Arbeit, Dienstfahrten und Ausbildung (13,4%) sowie dem Einkauf (4,7%).

Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens zu Stosszeiten wird aber vor allem das Pendeln als Problem angesehen. Noch heute ist das Auto das bevorzugte Verkehrsmittel für den Weg zur Arbeit (Scherer et al. 2010), wobei Migrantinnen und Migranten in Zürich den motorisierten Individualverkehr ausgesprochen wenig in Anspruch nehmen. Die grosse im Zentrum lebende Mehrheit pendelt mit dem öffentlichen Verkehr (Graf et al. 2012).

Grundsätzlich kann eine zunehmende Dissoziation zwischen Wohn- und Arbeitsort festgestellt werden. Fast zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet nicht an ihrem Wohnort (Scherer et al. 2010). In den Kan-

tonen der französischen Schweiz pendelten 2010 12% der aktiven Bevölkerung in einen anderen Kanton zur Arbeit (Baechler et al. 2013). Dabei fanden Baechler et al. (2013) weder Hinweise auf «Schlaf»- noch auf «Büro»-Kantone: Der Pendlersaldo – der Unterschied zwischen den täglich Ankommenden und Wegfahrenden – liegt in allen Kantonen unter der 15%-Marke und ist in Genf und Neuenburg sogar negativ.

Während die Pendlerbewegungen innerhalb grosser Städte letztlich auch aufgrund von Kapazitätsgrenzen nicht weiter gestiegen sind, verzeichneten die suburbanen Räume und die ländlichen Zentren die grössten Wachstumsraten. Von einem volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen kann das Pendeln auch nützlich sein: Die Agglomerationsvorteile können stärker genutzt werden, der Arbeitsmarkt wird durch eine bessere Allokation von Angebot und Nachfrage flexibler, und regionale Wohlstandsunterschiede können vermindert werden (Eichler 2010). Die Suburbanisierung wird jedoch aufgrund der negativen ökologischen Auswirkungen in der Öffentlichkeit oft stark kritisiert (Eichler 2010).

5.2.1 Grenzüberschreitende Pendlerströme

Gemäss der Grenzgängerstatistik des BFS zählte die Schweiz im vierten Quartal 2012 263 810 Grenzgänger, 36% davon waren Frauen. Mehr als die Hälfte haben die französische, 23% die italienische und 21% die deutsche Staatsbürgerschaft. Der grösste grenzüberschreitende Pendlerstrom wird im Kanton Genf verzeichnet (25%), gefolgt vom Tessin (21%) und dem Kanton Basel-Stadt (13%).

Studer (2006) erklärt diese grenzüberschreitende regionale Mobilität zwischen dem angrenzenden Süddeutschland und der Schweiz primär mit Lohnunterschieden und Differenzen in den Wohn- und Lebenshaltungskosten. Dabei sind es jedoch nicht immer nur Ausländerinnen und Ausländer, die in die Schweiz pendeln, sondern, wie das Beispiel Genf zeigt, immer häufiger auch Einheimische, die ins nahe Grenzgebiet gezogen sind, während sie weiter ihren Beruf in Genf ausüben.

Die grenzüberschreitenden Pendlerbewegungen haben ihre Auswirkungen. So sind auf der französischen Seite der Genfer Agglomeration die Immobilienpreise stark gestiegen, und die Verkehrsinfrastruktur stösst an ihre Grenzen. Eine verstärkte Kooperation zwischen dem Kanton Genf und den umliegenden französischen Departementen in Fragen der Raumplanung und des Auf- und Ausbaus des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs könnte Abhilfe gegen die oft überlasteten Strassen und die hohe Lärmbelastung schaffen (Rayner 2008).

5.3 Raumplanung und Regionalentwicklung

5.3.1 Zersiedelung und Verdichtung

In den letzten Jahren hat sich die zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum vor allem auf die prosperierenden Kernzentren und deren Umland konzentriert. Aufgrund der bereits in Anspruch genommenen Bauzonenreserven, dem Widerstand gegen neue Einzonungen und wegen der bedeutsamen Bauregulierungen im städtischen Gebiet ist es mittlerweile schwierig und teuer geworden, neuen Wohnraum zu schaffen (Bundesrat 2012).

Insgesamt ist die Zuwanderung nicht Ursache der Zersiedelung, weil sie mehrheitlich ein städtisches Phänomen ist: 77% der Zuzüger im Kanton Zürich lassen sich in der Stadt nieder (Graf et al. 2012). Der Verstädterungsprozess der Landschaft setzte «lange bevor die Personenfreizügigkeit den Siedlungsdruck verschärfte» ein (Schellenbauer 2011) und hat mit den veränderten Werthaltungen in der Schweizer Bevölkerung und dem Traum vom Einfamilienhaus in der Agglomeration zu tun. Die Zuwanderung spitzt das Problem höchstens zu. Gemäss Schellenbauer (2011) würde die Beschränkung der Zuwanderung oder gar ein Stopp den Landverschleiss lediglich kurzfristig verlangsamen, das Problem der Zersiedelung aufgrund gestiegener Platzansprüche und der Binnenwanderung wäre jedoch auch weiterhin nicht gelöst.

Um das Problem der Zersiedelung anzugehen, muss gemäss Keating und Adler (2013) die bestehende Wohnstruktur verdichtet werden. Zudem sollte erschwinglicher Wohnraum bewahrt und ineffizientes Bauen vermieden werden. Im internationalen Vergleich hat die Schweiz mit 188 Bewohnerinnen und Bewohnern pro Quadratkilometer eine eher hohe Dichte. Davon ausgehend, dass zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung im Flachland leben, welches nur einen Drittel der Oberfläche ausmacht, ist die Densität effektiv um einiges höher (426 Personen pro km²) (Müller-Jentsch 2011). Zum Vergleich: Österreich zählt 100 und Deutschland 299 Einwohnerinnen und Einwohner pro km². Man kann jedoch weder von Überbevölkerung – die Schweiz hat so viele Einwohner wie die Stadt London; London ist so gross wie der Kanton Zürich (Müller-Jentsch 2011) –, noch von dichter Bebauung sprechen. Gemäss der Studie von Keating und Adler (2013) haben nur 10% aller Immobilien in der Schweiz vier Stockwerke oder mehr. Durch eine Lockerung der Bauvorschriften könnte höher gebaut und es könnten Zonen für Hochhausbauten bezeichnet werden.

5.3.2 Demographischer Wandel und Standortförderung

Von Stokar et al. (2009) kommen in ihrer Studie zum Schluss, dass die peripheren Regionen auch künftig stärker vom demographischen Wandel betroffen sein werden als die Zentren und dass dadurch die Stadt-Land-Disparitäten noch zunehmen werden. Einzig eine aktive Standortförderung und Regionalpolitik könnten Abhilfe schaffen. Gerade die Förderung in den Bereichen Tourismus, Gesundheitswesen und Alterswohnungen («aging in place» siehe auch Kapitel Demographie) könnte eine Chance für periphere Gebiete sein.

Ein familienfreundliches Umfeld, das Beruf und Familie besser vereinbaren lässt, und eine neuorientierte betriebliche Alterspolitik, welche das Potenzial älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser ausschöpft, können die Erwerbsbeteiligung der einheimischen Bevölkerung in den peripheren Regionen erhöhen. Schliesslich sollte gemäss von Stokar et al. (2009) auch die «Schrumpfung» thematisiert werden: Ein aktiv gesteuerter Schrumpfungsprozess, welcher zwar einen Rückgang der Bevölkerung, jedoch keine qualitativen Einbussen durch die aktive Nutzung des Raums bedeute, müsse antizipiert werden.

5.4 Fazit

Einige der Studien zu den Entwicklungen im Bereich Infrastruktur zeigen, dass die Einwanderung durchaus einen Einfluss auf einzelne Bereiche haben kann, dieser jedoch nicht isoliert betrachtet werden darf. So beeinflussen auf dem Immobilienmarkt nicht nur die neuen Zuwanderer Angebot und Preise, sondern auch die Zahl der Schweizer Haushalte – welche mit den steigenden Scheidungsraten und den individualistischeren Lebensstilen zugenommen haben –, die wirtschaftliche Situation, die Wohnpräferenzen – welche sich in den letzten Jahrzehnten in einem steigenden Platzbedarf niederschlagen – und die Arbeits- und Lebensstile.

Ein grosser Teil der Bevölkerung, vor allem alleingesessene Mieterinnen und Mieter, scheint zudem aufgrund der kommunalen Wohnungspolitik, dem Zugang zu Genossenschaftswohnungen und dank des Mieterschutzes von den Entwicklungen auf dem Schweizer Immobilienmarkt abgeschirmt zu sein. Die betroffenen Personen bleiben oft in ihren Immobilien, die nicht selten weit unter dem Marktpreis liegen, wohnen. Es sind somit vor allem Neuzuzüger aus dem Ausland und aus anderen Kantonen, welche von den Preis- und Angebotsentwicklungen auf dem Mietwohnungsmarkt betroffen sind.

Im Bereich Verkehr wird auf eine Zunahme des Aufkommens vor allem hinsichtlich des Freizeitverkehrs hingewiesen. Auch wenn berufliche Mobilität heute vom Arbeitsmarkt gefordert wird und eine zunehmende Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsort festgestellt wird, ist bei nur 13% des Personenverkehrsaufkommens die Arbeitsmobilität das Hauptmobilitätsmotiv. Die oft wahrgenommenen Probleme des Pendlerverkehrs hängen deshalb mit dessen zeitlicher Konzentration zu Stosszeiten zusammen.

5.5 Bibliographie

- Akbari, Ather H. und Yigit Aydede (2012). Effects of immigration on house prices in Canada. *Applied Economics*, 44(13): 1645–1658.
- Baechler, Jean-Pascal et al. (2013). *L'emploi i au-delà des frontières cantonales: rapport sur le produit intérieur brut (PIB) romand*. [S.l.]: Banques cantonales romandes. www.forumdes100.com (23.05.2013).
- Baranzini, Andrea et al. (2008). Do foreigners pay higher rents for the same quality of housing in Geneva and Zurich? *Swiss Journal of Economics and Statistics*, 144(4): 703–730.
- Bundesamt für Statistik (2012). *Mobilität und Verkehr: Taschenstatistik 2012*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (14.05.2013).
- Bundesamt für Wohnungswesen ([2011]). *Personenfreizügigkeit und Wohnungsmarkt: Schweiz: Entwicklung 2010*. Grenchen: Bundesamt für Wohnungswesen BWO. www.bwo.admin.ch (14.05.2013).
- Bundesamt für Wohnungswesen ([2012]). *Personenfreizügigkeit und Wohnungsmarkt: Schweiz: Entwicklung 2011*. [Grenchen]: Bundesamt für Wohnungswesen BWO. www.bwo.admin.ch (14.05.2013).
- Bundesrat (2012). *Bericht des Bundesrates über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz*. [S.l.]: [s.n.]. www.bfm.admin.ch (14.05.2013).
- Carnazzi Weber, Sara und Sylvie Golay (2005). *Interne Migration in der Schweiz*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (14.05.2013).
- Carter, Tom (2005). The influence of immigration on global city housing markets: the Canadian perspective. *Urban Policy and Research*, 23(3): 265–286.
- Degen, Kathrin und Andreas M. Fischer (2010). *Immigration and Swiss house prices*. Zurich: Swiss National Bank. www.snb.ch (14.05.2013).
- Eichler, Martin (2010). *Die Volkswirtschaftlichen Effekte des Pendelns*. Basel: BAK Basel Economics AG. www.bav.admin.ch (14.05.2013).
- Fux, Beat (2005). *Familiale Lebensformen im Wandel*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (06.05.2013).
- Gonzalez, Libertad und Francesc Ortega (2013). Immigration and housing booms: evidence from Spain. *Journal of Regional Science*, 53(1): 37–59.
- Graf, Iris et al. (2012). *Zuwanderung im Kanton Zürich: Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt*. Zürich: Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich, Amt für Wirtschaft und Arbeit. www.vd.zh.ch (14.05.2013).
- Graf, Silvio, Armin Jans und Daniel Sager (2010). Personenfreizügigkeit und Wohnungsmärkte in den Schweizer Agglomerationen. *Die Volkswirtschaft*, 7/8: 9–13.
- Hauri, Ernst (2009). Mehr ausländische Konkurrenz: Beobachtung des Wohnungsmarkts. *terra cognita*, 14: 78–81.
- Heye, Corinna und Heiri Leuthold (2006). Sozialräumlicher Wandel in der Agglomeration Zürich Konsequenzen von Suburbanisierung und Reurbanisierung. *DisP – The Planning Review*, 42(164): 16–29.
- Heye, Corinna und Joris E. Van Wezemael (2007). Herausforderungen des sozio-demographischen Wandels für die Wohnbauindustrie. *DisP – The Planning Review*, 43(169): 41–55.
- Keating, Giles und Oliver Adler (2013). *Immobilienmarkt 2013: Strukturen und Perspektiven*. [S.l.]: Credit Suisse Group AG. www.awa.zh.ch (14.05.2013).
- Maré, David C. und Steven Stillman (2008). *Housing markets and migration: evidence from New Zealand*. Wellington: Motu Economic and Public Policy Research.
- Martinovits, Alex (2011). *Wohnen und sozioökonomische Situation: Auswertungen der SAKE für die Stadt Zürich*. Zürich: Stadtentwicklung Zürich. www.stadt-zuerich.ch (14.05.2013).
- Müller-Jentsch, Daniel (2011). *Magnet Schweiz: die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb*. Zürich: Avenir Suisse.
- Rayner, Hervé (2008). Les travailleurs frontaliers français en Suisse. *Grande Europe*, 1. www.ladocumentationfrancaise.fr (23.7.2013).
- Rérat, Patrick et al. (2012). *Grenzüberschreitende Wohnmobilität und Funktionieren des Immobilienmarktes im französisch-schweizerischen Jurabogen*. [Neuchâtel]: Université de Neuchâtel. www.bwo.admin.ch (14.05.2013).
- Saiz, Albert (2007). Immigration and housing rents in American cities. *Journal of Urban Economics*, 61(2): 345–371.
- Schellenbauer, Patrik (2011). *Wanderung, Wohnen und Wohlstand: der Wohnungsmarkt im Brennpunkt der Zuwanderungsdebatte*. Zürich: Avenir Suisse.
- Scherer, Roland et al. (2010). *Die raumwirtschaftliche Bedeutung des Pendelns in der Schweiz. Kurzgutachten im Auftrag des BAV zum aktuellen Stand der Forschung*. St.Gallen: Institut für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus IDT-HSG. www.bav.admin.ch (14.05.2013).
- Schneider-Sliwa, Rita (2004). Städtische Umwelt im Alter: Präferenzen älterer Menschen zum altersgerechten Wohnen, zur Wohnumfeld- und Quartiersgestaltung in Basel. *Geographica Helvetica*, 59(4): 300–312.
- Studer, Lucia (2006). *Hintergründe der grenzüberschreitenden Pendlerströme in der Bodenseeregion*. Bregenz: Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung. www.statistik-bodensee.org (14.05.2013).
- Stutz, Heidi, Lucien Gardiol und Thomas Oesch (2010). *Immigration 2030: Szenarien für die Zürcher Wirtschaft und Gesellschaft*. Zürich: Zürcher Kantonalbank. www.zkb.ch (06.05.2013).
- Viry, Gil, Vincent Kaufmann und Eric D. Widmer (2009). Mobility in Switzerland: a stage of life issue?, in: Schneider, Norbert F. und Gerdardo Meil (Hg.), *Relevance and diversity of job-related spatial mobility in six European countries*. Berlin: Barbara Budrich Verlag, 189–228.
- von Stokar, Thomas, Christian Marti und Martin Peter (2009). *Demographischer Wandel und Regionalentwicklung: Schlussbericht*. Zürich: INFRAS. www.seco.admin.ch (06.05.2013).

6 Umwelt

Die Fragestellungen zur Bedeutung und zum Einfluss der Migration auf die Umwelt können in zwei Themenstränge eingeteilt werden. Einerseits untersuchen Studien das Umweltbewusstsein und -verhalten der Einwanderinnen und Einwanderern und vergleichen es mit jenem der Einheimischen. Andererseits findet seit einigen Jahrzehnten eine kontroverse Debatte zur Reduktion der Bevölkerung und deshalb auch der Zuwanderung statt, um die ökologischen Grundlagen unseres Planeten nicht zu gefährden. Letztere wird vor allem von der US-amerikanischen Forschung dominiert.

6.1 Umweltbewusstsein und -verhalten der Migrantinnen und Migranten

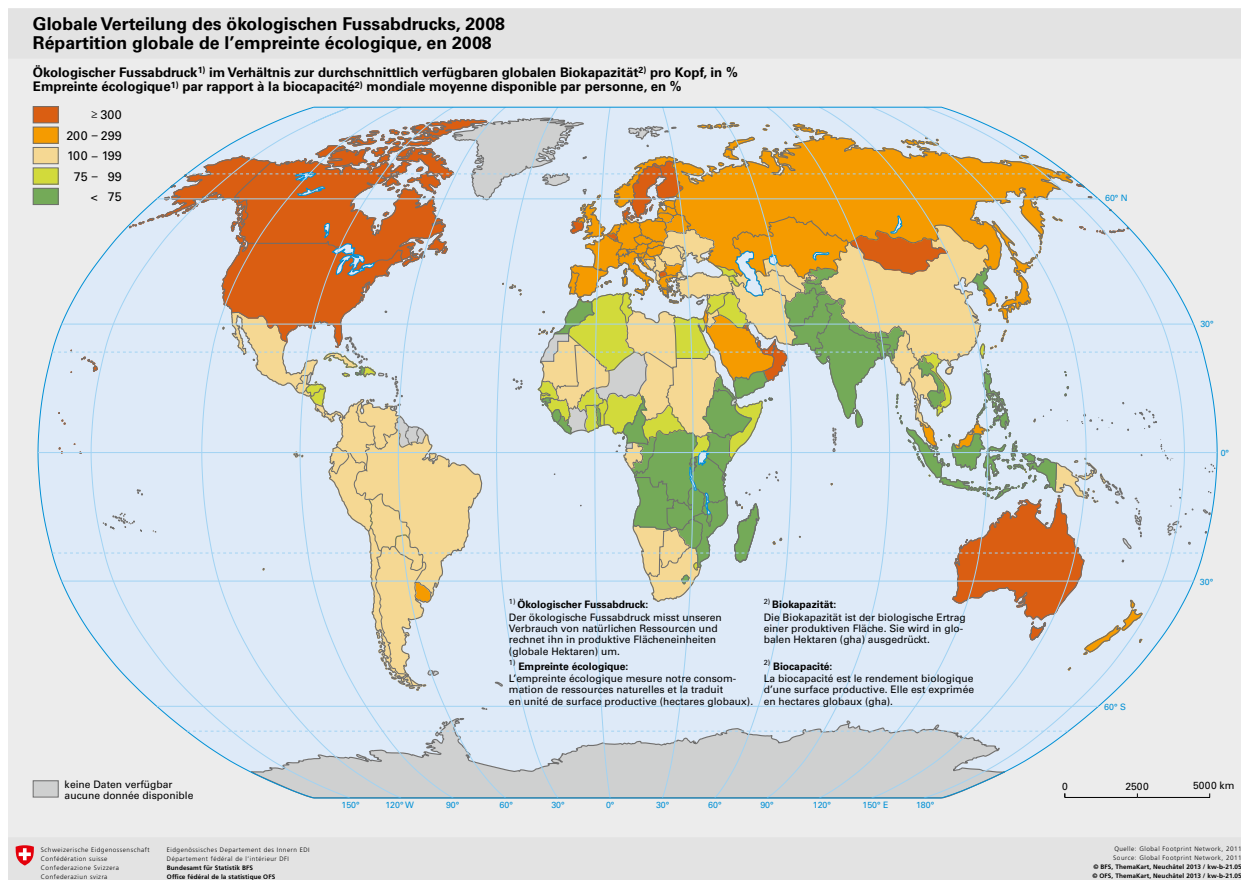
Internationale Studien finden keine oder nur wenig Anzeichen für ein abweichendes Umweltbewusstsein bei Migrantinnen und Migranten im Vergleich zu Einheimischen (Hunter 2000; Jones und Carter 1994; Morrissey und Manning 2000). Während Lovelock et al. (2013) am Beispiel Neuseelands davon ausgehen, es gebe nach deren Niederlassung keine Anzeichen einer Akkulturation im Hinblick auf das Umweltverhalten, kommen Carter et al. (2013) zum Schluss, dass bei Mexikanerinnen und Mexikanern in den USA durchaus eine umweltbezogene Sozialisierung einsetzt. Schliesslich stellen mehrere Studien zu den USA trotz gleichem *Umweltbewusstsein* ein geringeres *umweltpolitisches Engagement* bei Migrantinnen und Migranten, insbesondere bei Kurzeinwohner*innen, fest (Hunter 2000), was eine Herausforderung für die Umweltbewegungen bedeuten könnte (Pfeffer und Stycos 2002).

Serra-Barragán (2012) verweist, basierend auf globalen Daten, auf grosse Abweichungen hinsichtlich des Umweltverhaltens. Während Einheimische eher dazu bereit sind, Geld für den Umweltschutz auszugeben, passen Einwanderinnen und Einwanderer ihr Verhalten praktisch an, indem sie beispielsweise den Wasserverbrauch reduzieren oder den Abfall trennen. Dieses Muster, wenig Umweltbewusstsein, aber starkes praktisches Engagement erklärt der Autor mit einem fehlenden Zugehörigkeitsgefühl zum Aufenthaltsland und der selektiven Einwanderung, welche vor allem gut ausgebildete und verdienende Migrantinnen und Migranten anzieht. Der Autor stellt zudem in seiner Untersuchung ein höheres Bewusstsein zum Umweltschutz von Kurzeinwohner*innen

fest, während Langzeitaufenthalter ein höheres Engagement an den Tag legen. Hunter (2000) bestätigt für Amerika bei Ersteren eine stärkere Sorge für die Umwelt, aber auch ein umweltfreundlicheres Verhalten im Vergleich zu Einheimischen.

Schweizer Studien machen auf die Wichtigkeit des Bildungsniveaus, welches mit der Nationalität korreliert, aufmerksam (Bühlmann et al. 2012; Meier und Buchecker 2005). Die Sorge um die Umwelt sei Resultat eines höheren kulturellen Kapitals, hier sei daher die identitäre «Bindung an die Landschaft differenzierter und sensibilisierter, bei tieferer Bildung [sei sie] archaischer». Zudem werde der «Bezug zur Landschaft in der Kindheit gebildet und sei eng mit Kindheitserinnerungen verbunden (Anliker 2011: 16 zitiert; Meier und Bucher 2010). Unter anderem seien in der Schweiz gemäss Anliker (2011) Natur und Landschaft eng mit der nationalen Identität der Einheimischen verknüpft. Ausländerinnen und Ausländer stellten keine explizite Zielgruppe des Schweizer Natur- und Landschaftsschutzes dar, vielleicht auch weil die Umweltakteure lediglich über rudimentäres Wissen in Bezug auf Migrantinnen und Migranten und deren Umgang mit der Natur verfügten. Dabei könnten aus der Beteiligung und dem Einbezug von Migrantinnen und Migranten in Natur- und Landschaftsschutzaktivitäten auch Chancen entstehen: «einerseits durch die vielfältigen materiellen und immateriellen Ressourcen, welche motivierte Ausländer als Bereicherung einbringen können, und andererseits durch die gesellschaftliche und identitätsstiftende Integrationswirkung, die eine Mitarbeit von Ausländern im Natur- und Landschaftsschutz erzeugt» (Anliker 2011: 26).

Der Sozialbericht 2012 zeigt auf, dass tiefere soziale Schichten auch aufgrund ihrer Situation ein originäres Umweltbewusstsein entwickeln: Weil sie zum Beispiel häufiger in verkehrsgeplagten Gebieten wohnen, nehmen sie die Luftverschmutzung eher als Problem wahr. Im Allgemeinen hätten sie jedoch andere Sorgen als diejenige um die Umwelt (Bühlmann et al. 2012). Viel schwerer wögen beispielsweise Ängste um den Verlust des Arbeitsplatzes. Weil ein umweltfreundlicher Lebensstil immer auch eine Frage des Wohlstandes sei, zeigten höhere soziale Schichten eher umweltpolitisches Engagement und Handeln. Schliesslich bestätigt auch eine Umfrage aus Deutschland die Bedeutung des Lebensstils und



Grafik 13: Globale Verteilung des ökologischen Fussabdrucks, 2007

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS) – www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/03/01.html,
 konsultiert am 07.05.2013. Daten: Global Footprint Network,¹⁴ 2009.

der gesellschaftlichen Verantwortung für die Einstellung gegenüber Natur und Umwelt, welche unabhängig vom Herkunftsstaat sei (Anliker 2011: 16 zitiert; Wippermann et al. 2009).

6.2 Umwelt, Bevölkerungswachstum und Migration

6.2.1 Bevölkerungsgrösse und ökologische Tragfähigkeit

Das Konzept der ökologischen Tragfähigkeit (carrying capacity) spielt in der Debatte um Bevölkerung und Umwelt eine wichtige Rolle. Die Grundidee besteht in einer maximalen Bevölkerungsgrösse, welche von der Erde gestützt oder getragen werden kann.

Internationale Studien kommen zu abweichenden Resultaten, was dieses Bevölkerungsmaximum angeht. Paul Ehrlich, welcher Ende der 1960er-Jahre zusammen mit seiner Frau Anne «The Population Bomb» (Die Bevölkerungsbombe) schrieb (Ehrlich 1968), postuliert, dass

die Welt aufgrund ihrer begrenzten ökologischen Tragfähigkeit nur eine limitierte Anzahl an Menschen beherbergen könne. *Die optimale Weltbevölkerung* sollte zwischen 1,5 und 2 Milliarden Menschen zählen. Aufgrund dieser Berechnungen kommt der Autor zum Schluss, dass die Zukunft der Zivilisation in Gefahr sei.

Die Reaktionen auf das Buch waren kontrovers: Marxisten und Neo-Liberale lehnten die Schrift grundsätzlich ab. Erstere waren besorgt, dass von rechter Seite neue eugenische Konzepte entworfen würden, und beanstandeten, dass der Hauptfokus auf eine gerechtere Ressourcenverteilung und nicht auf die Bevölkerungsgrösse gelegt werden sollte. Neo-Liberale lehnten die Idee, der Staat solle in die Bevölkerungsentwicklung eingreifen, als totalitär ab (Ehrlich und Ehrlich 2009).

Marchetti (1978) hingegen berechnet aus einer naturwissenschaftlichen technischen Perspektive eine *maximale Bevölkerungsgrösse* von einer Billion Menschen. Gemäss dem Autor zweifelt sein Resultat die Verlässlichkeit anderer Berechnungen an, die auf zu begrenzten und eigenwilligen Annahmen beruhten. Insbesondere

würden diese die Anpassungsfähigkeit des Menschen an sich verändernde Bedingungen unterschätzen.

Eine Möglichkeit, die Umweltbelastung der einzelnen Länder zu messen, besteht in der Registrierung der CO₂-Emissionen. Das siebte Millennium-Entwicklungsziel der Vereinten Nationen hält die ökologische Nachhaltigkeit hoch und stützt Kontrollverfahren auf statistische Indikatoren ab, die den CO₂-Ausstoss einzelner Länder erfassen.¹⁵

Eine andere Möglichkeit, die ökologische Tragfähigkeit zu messen, stellt die Berechnung des *ökologischen Fussabdrucks* dar. Dieser wurde von Rees und Wackernagel (1994) entwickelt und ist vergleichbar mit einer Art Ressourcenbuchhaltung: «ein Mass, das den Verbrauch von unterschiedlichsten natürlichen Ressourcen [...] umrechnet. Der Fussabdruck zeigt anschaulich, wie viel Land- und Wasserfläche eine Region, ein Land, oder die ganze Menschheit tatsächlich benötigen würde, um den Ressourcenbedarf auf eine erneuerbare Art zu decken und die Abfälle zu neutralisieren. Der ökologische Fussabdruck kann durch die Bevölkerungszahl geteilt und als Pro-Kopf-Mass verwendet werden. Dadurch lassen sich unterschiedliche Regionen besser vergleichen» (von Stokar et al. 2006: 13).

Grafik 13 zeigt, dass der ökologische Fussabdruck nicht in allen Regionen und Ländern gleich ausgeprägt ist. Der Ressourcenverbrauch in Entwicklungsländern, vor allem in Südostasien und Afrika, liegt weit unter dem weltweiten Durchschnitt, während Industriestaaten deutlich mehr verbrauchen. Die Schweiz weist dabei einen leicht geringeren ökologischen Fussabdruck auf als der Durchschnitt der OECD-Länder. Aufgrund des höheren Ressourcenverbrauchs der Industriestaaten unterstreichen einige Autorinnen und Autoren denn auch deren Vorbildfunktion im Umweltschutz (Fritz 2012) oder aber auch im Fertilitätsverhalten (Flynn 2012).

Das Konzept des ökologischen Fussabdrucks wird jedoch auch kritisiert, vor allem was die Wahl der einzelnen Komponenten (CO₂-Absorption, Konsumkategorien in der Landnutzung und der Grenzziehung zwischen Ländern) angeht (siehe zum Beispiel Fiala 2008; van den Bergh und Verbruggen 1999).

6.2.2 Umwelt = Bevölkerung x Wohlstand x Technologie?

Ende des 18. Jahrhunderts schrieb Thomas Robert Malthus seine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz («An Essay on the Principle of Population»). Darin beschrieb er, wie die Bevölkerung exponentiell, die Nahrungsproduktion jedoch nur arithmetisch zunimmt, was

unweigerlich zu einem Ungleichgewicht und deshalb zu einer Nahrungsmittelknappheit führen würde. Dieses könne einerseits durch moralische Zügelung (vor allem durch sexuelle Abstinenz der niederen Klassen) und der Einschränkung von Eheschliessungen vermindert werden. Dabei lag Malthus' Fokus bei armen, unerwünschten und invaliden Personen. Andererseits könnten regelmässig auftretende Katastrophen (Krieg, Hunger etc.) und eine daraus resultierende höhere Sterblichkeit das Gleichgewicht wieder herstellen.

Basierend auf Malthus' Theorie liegt der Fokus der Neo-Malthusianer auf der Verbindung zwischen Bevölkerung und Umwelt. Deren prominente Vertreter entwickelten in den frühen 1970er-Jahren das sogenannte *IPAT-Modell*: Die Umwelt wird darin primär durch drei Faktoren beeinflusst (Influence) = Bevölkerung (Population) x Wohlstand (Affluence) x Technologie (siehe zum Beispiel Ehrlich und Holdren 1971).

Der Neo-Malthusianismus unterstreicht dabei den negativen Einfluss des Bevölkerungswachstums auf die Umwelt (Robertson 2012). Eine zu schnelle Zunahme schädige die natürlichen Ressourcen wie Wasser- und Nahrungsmittelvorrat, Energieversorgung etc. (Pimentel und Pimentel 2012), verursache Hungerkatastrophen (Commonweal 2012) und verringere ganz allgemein das menschliche Wohlbefinden (Pimentel und Pimentel 2006).

Einer der prominentesten Vertreter des Neo-Malthusianismus ist Paul Ehrlich (siehe auch seine Berechnungen zur maximalen Bevölkerungsgrösse im obigen Kapitel), welcher eine Bevölkerungsreduktion für den Umweltschutz als notwendig erachtet, weil sie zudem auch zu einer Reduktion der Infrastrukturen (Schulen, Krankenhäuser und Strassen) führen und diese finanziell stärken könnten (Ehrlich und Ehrlich 2009).

Die Annahmen bezüglich der Bedeutung, der Wirkungsrichtung und der Wechselbeziehung der einzelnen Faktoren der Gleichung variieren jedoch in den verschiedenen Bevölkerungs- und Umwelttheorien (Hummel et al. 2012; Kraly 1995; Sherbinin et al. 2007). So sehen einige Ansätze im Bevölkerungswachstum ein Potential für den sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt, welcher wiederum Umweltprobleme lösen wird. Gemäss Slifer (2000) bestünden durchaus Umweltprobleme und -bedenken, welche in Angriff genommen werden müssten. Die Autorin ist jedoch der Ansicht, dass die Reduzierung der Bevölkerung weder logisch, moralisch noch nötig sei und im Gegenteil den technologischen, kulturellen und ökologischen Fortschritt behindere. Zudem entspräche sie einer Menschenrechtsverletzung.

Letztlich konzeptualisiert ein dritter Ansatz den Bevölkerungsdruck und dessen kurzzeitige negative Auswirkungen als ein Stimulus für den technologischen Fortschritt und somit auch eine effizientere Ressourcennutzung (Kraly 1995). Gerade Ökonominen und Ökonomen interessieren sich seit Malthus' Abhandlung für den Zusammenhang zwischen Bevölkerung und natürlichen Ressourcen (Muradian 2006). Boserup (2005), eine Landwirtschaftsökonomin, zeigte, dass sich der agrarwirtschaftliche Ertrag im Gleichklang mit der Bevölkerungszunahme aufgrund einer intensiveren Produktion erhöht. Für einen Teil der Ökonominen und Ökonomen kann also ein Bevölkerungszuwachs mit einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung einher gehen, welche nach einer ersten, schwierigen Phase eine Verbesserung der Umwelt zur Folge hat (Grossman und Krueger 1995).

Gemäss Cheeseman (2012) sei indes gerade dieses Streben nach einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung, der Grundcharakter des Kapitalismus, die eigentliche Ursache für die Umweltzerstörung. Pearce (2012) sieht das Problem im Über-Konsum und nicht in der Über-Bevölkerung.

Schliesslich führte die Gleichung auch zu Kritik, weil sie wichtige Variablen wie Kultur und Institutionen nicht berücksichtigt und weil der Einfluss der einzelnen Faktoren auch nicht zwingend linear ist (Hayes 1995 zitiert durch Sherbinin et al. 2007).

6.2.3 Zuwanderungsbeschränkungen zum Umweltschutz

Einer der Lösungsvorschläge, um die Variable Bevölkerung im IPAT-Modell zu beeinflussen, stellt die *Limitierung der Zuwanderung* dar. Ein Teil der Ökologinnen und Ökologen sieht in den Zuwanderern und ihren künftigen Kindern einen Auslöser für das Bevölkerungswachstum und seine negativen ökologischen Auswirkungen (e.g. Cafaro und Staples 2009, 2012; Cairns 2004). Andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen grundsätzlich die Kausalität zwischen Umweltdegradation und Bevölkerungswachstum und somit der Zuwanderung in Frage (siehe obiges Kapitel). Ausserdem sehen sie in der Zuwanderung ein effektives, kurzfristiges Instrument gegen die demographische Alterung (Röpke 2006) oder eine Chance für die wirtschaftliche Entwicklung (Clarke und Ng 1993). In eine andere Richtung geht das Argument von Harper (2012), welche dank der Klimaveränderungen eine Attraktivitätserhöhung Europas als Destinationsland für hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vergleich mit anderen Regionen der Welt vermutet.

Gemäss Röpke (2006) hantierten alle Seiten mit ähnlich egoistischen Argumenten: Die Beschränkung der

Zuwanderung «schütze» die einheimische Bevölkerung vor der Umweltdegradation, während die Zulassung der Zuwanderung den Wohlstand der einheimischen Bevölkerung erhöhe. Bei der Nachhaltigkeit müsse jedoch der Schutz des globalen Allgemeinwohls im Zentrum stehen.

Es handelt sich bei der Debatte um Umwelt und Zuwanderung um ein wertegeladenes (Muradian 2006) und sehr sensibles Thema (Röpke 2006). Gerade migrationskritischen Ökologinnen und Ökologen wird nachgesagt, Ausländerinnen und Ausländer geringzuschätzen und rassistische Argumente anzuführen. Muradian (2006) zeigt, wie das «Environmental Restrictionist Movement» in den USA aus «Environmental Nativists» und andererseits aus Malthusianern besteht. «Auch wenn beide Gruppen bei gewissen kritischen Themen wie der Rolle, welche der ethnischen Herkunft («Race») zukommt, nicht übereinstimmen, unterstreichen beide die negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Zuwanderung und teilen eine nationalistische Perspektive» Muradian (2006: 208). Auch Ecopop, die Schweizer Vereinigung «Umwelt und Bevölkerung», wird in der Literatur zu den rechtsradikalen Kräften gezählt (Skenderovic 2009). Sie beschränke sich in ihrem Diskurs zur Einwanderungslimitierung nicht nur auf demographische und ökologische Argumente, sondern führe auch soziale und kulturelle Überlegungen bezüglich der Integration und Assimilation der Zuzügerinnen und Zuzüger an (Skenderovic 2009: 213).

Zugespielt wird die Debatte im Werk von Hardin (1974), welcher bei Leserinnen und Lesern in der Schweiz unweigerlich Déjà-vu-Effekte hinsichtlich der «das Boot ist voll»-Politik der 1930er- und 40er-Jahre hervorruft. Hardin vergleicht Industriestaaten mit Rettungsbooten, die mit vergleichbar reichen Menschen besetzt seien und nur eine begrenzte Tragfähigkeit aufweisen. Im umliegenden Ozean schwimmen die Armen dieser Welt, welche in den Booten Zuflucht suchen, obwohl es nicht genügend Platz hat. Würden einige auf die Boote gezogen, würde das Chaos ausbrechen und alle gingen unter. Deshalb würden die Menschen in den Rettungsbooten die Verantwortung für alle tragen. Der Autor drängt deshalb auf gesicherte Grenzen, um eine migrationsinduzierte «Überbevölkerung» zu vermeiden. Chapman (2006) kommt ebenfalls zum Schluss, dass souveräne Nationen weder einen gesetzlichen Auftrag, noch eine moralische Verpflichtung hätten, Migrantinnen und Migranten aufzunehmen. Migration sei kein Menschenrecht; die Unversehrtheit der Gesellschaft und die soziale Kohäsion seien hingegen ein wertvolles Gut.

Abernethy (2006) geht noch einen Schritt weiter und argumentiert, dass die Fertilität in Drittweltländern hoch bleiben oder sogar zunehmen würde, sobald Men-

schen wirtschaftliche Opportunitäten wie zum Beispiel die Möglichkeit zu emigrieren, erkannten. Dabei spielten Remissen eine besonders wichtige Rolle, weil aus dem Bevölkerungswachstum und der Emigration direkt Profit geschlagen werden könne.

Gemäss Røpke (2006) haben mehrere Studien diese Theorie widerlegt und aufgezeigt, dass mit besseren Ausbildungsmöglichkeiten, der finanziellen und gesellschaftlichen Besserstellung der Frauen, mit höheren Einkommen und dessen gerechterer Verteilung, mit einem gutem Zugang zu Verhütungsmitteln und besseren Wohlfahrtsbedingungen das Bevölkerungswachstum gebremst werden könne (United Nations 2001). Deshalb stehe das Fertilitätsniveau und demnach auch das Bevölkerungswachstum eines Staates in engem Zusammenhang mit einer guten Regierungsführung. Handle eine Regierung im Interesse seiner Bevölkerung und biete sie Ausbildungsmöglichkeiten und wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven, würde die Fertilität und daher auch das Bevölkerungswachstum früher oder später sinken. Hindere sie hingegen die Bevölkerung daran, die Armut zu überwinden, würde sich nichts am Fertilitätsniveau verändern. Das Migrationsregime in den Industriestaaten hätte kaum etwas mit den beiden «Regimen» zu tun. Zudem macht die Autorin darauf aufmerksam, dass Remissen zu einem erhöhten Wohlstand führen, welcher häufig einen Rückgang des Fertilitätsniveaus einleite.

De-Shalit (2004) vermutet in ihrer Buchbesprechung von Linnér (2003), dass Neo-Malthusianer von einer tiefen Angst um Fragen der Knappheit getrieben seien. Träfe dies zu, sei es nicht ihre Sorge um die Umwelt, sondern eher ihre anthropozentrische Haltung und ihr Wunsch, ihren jetzigen Lebensstil weiterführen zu können, welche ihren Argumenten zugrunde lägen. In der Debatte um Umwelt und Zuwanderung wird denn auch oft das Argument der zusätzlichen Konsumentinnen und Konsumenten angeführt, welche aufgrund des in den Industrieländern geführten verschwenderischen Lebensstils die Umwelt belasteten. Angus und Butler (2012) zitieren eine Studie, welche die CO₂-Emission von Migrantinnen und Migranten im Ankunftsland auf vier Mal höher schätzt als im Herkunftsland. Gemäss Angus und Butler (2012) können Migrantinnen und Migranten jedoch nicht für die steigenden Treibhauseffekte verantwortlich gemacht werden. Die Pro-Kopf-Emissionsberechnungen vernachlässigten die Auswirkungen der Wirtschaft, welche unabhängig von mehr oder weniger Zuwanderung stabil bleiben würde. Die Autoren führen als Beispiele die kanadische Ölwirtschaft, die Kriegswirtschaft (gemäss einer Studie von 2008 entsprachen die CO₂-Emissionen während des Irakkriegs 25 Millionen neuen Autos in den USA) oder die australische Kohleför-

derung an. Dabei hänge alles davon ab, wer in einer Gesellschaft über die Ressourcennutzung entscheide.

Auch das Argument der *Konsumreduktion* in den Industrieländern findet in der Debatte um Umwelt und Zuwanderungsstopp häufig Verwendung. Cafaro und Staples (2012) glauben nicht an die Bereitschaft der Menschen zum Verzicht und nicht an technische Wunder, welche den Konsum reduzieren. Zudem nehmen die Autoren an, dass es schon schwierig sei, 300 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner zu einem anderen, weniger exzessiven Konsumverhalten zu führen.

Globalisierung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen

Mehrere Autorinnen und Autoren sehen das Problem in der Globalisierung. Gemäss Rees (2006) würden negative Auswirkungen des lokalen Ressourcenabbaus durch die Globalisierung gemildert. Somit können innerhalb jeder Handelsregion die biophysischen Grenzen überschritten werden. Der Autor ist der Meinung, dass Migration in grossem Umfang die Situation noch verschlechtern würde. Auch Chapman (2006) sieht in der Arbeitsmigration eine Bewegung, welche durch die Globalisierung ausgelöst wird und zur Eliminierung der «Orte mit Bedeutung» (places¹⁶) führt. Schliesslich kann laut Daly (2006) die Globalisierung, also die globale Integration in eine Gesamteinheit, nur durch die Desintegration von Nationen stattfinden. Die daraus resultierenden Kosten seien komplex, stellten jedoch vor allem den Gesellschaftsvertrag, welcher innerhalb eines Landes und nicht international ausgehandelt wurde, in Frage. Während der Autor die teilweise verheerende Wirtschaftspolitik der Industriestaaten gegenüber Drittweltländern anerkennt, sieht er in der Migration zwischen ärmeren und reicheren Ländern keine Lösung. Diese Umverteilung würde vor allem auf Kosten Letzterer gehen, weil das Lohnniveau sinke.

Gemäss Daly (2006) könnten Subventionen und der freie Austausch von Wissen und Technologie die Disparitäten vermindern, nicht aber Migration. Rees (2006) plädiert für eine Politik, welche die regionale Eigenständigkeit, Investitionen in das lokale Naturkapital und die Entwicklung von lokalen starken Wirtschaftsräumen fördert. Solche Massnahmen würden gemäss dem Autor nicht nur die lokalen Bio-Kapazitäten erhöhen, sondern auch die Push- und Pull-Faktoren der internationalen Migration eindämmen.

Auch Neumayer (2006) steht für eine nachhaltigere wirtschaftliche Entwicklung in den Industriestaaten und den Drittweltländern ein. Zudem sollten bewaffnete Konflikte vermieden werden. Der Autor argumentiert

jedoch, dass eine faire internationale Migrationspolitik und andere Dimensionen der Globalisierung die Lösung für eine nachhaltigere Welt seien. Angus und Butler (2012) fügen an, dass, indem der Fokus der Debatte auf der Migration und deren Problemen liege, die eigentlichen sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der globalen Erwärmung vernachlässigt und die Suche nach deren Lösung verhindert würden.

6.3 Fazit

Internationale Studien finden keine oder nur wenig Anzeichen für ein abweichendes Umweltbewusstsein bei Migrantinnen und Migranten im Vergleich zu den Einheimischen. Dabei verweisen Schweizer Forschende auf die ausschlaggebende Rolle des Ausbildungsniveaus, des kulturellen Kapitals und des Wohlstands bei der Aneignung eines Umweltbewusstseins und -verhaltens.

Die Debatte um Umwelt, Bevölkerung und Migration ist kontrovers: Forschende argumentieren für und wider eine Reduktion der menschlichen Wanderung. Dabei hantieren alle Seiten mit ähnlich egoistischen Argumenten (Røpke 2006): Für die einen «schützt» die Beschränkung der Zuwanderung die einheimische Bevölkerung vor der Umweltdegradation, während für die anderen die Zulassung der Zuwanderung den Wohlstand der einheimischen Bevölkerung erhöhen soll.

Dabei scheint es, dass der wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Wandel der letzten Jahrzehnte jene Bedingungen erzeugt hat, die ein Bewusstsein für ökologische Wirkungen überhaupt hervorgebracht haben. Erst die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen hat in der westlichen Welt die Sensibilität für die Risiken und Grenzen des Wachstums erhöht. Als Konsequenz postmaterieller Befindlichkeit gerät indes – auch in der wissenschaftlichen Debatte – ein radikalisierte, auf ein Bevölkerungsoptimum ausgerichteter Ökologismus in Konflikt mit dem Schutz der Menschenrechte, namentlich mit der Freiheit, den eigenen Staat zu verlassen.

Schliesslich bemerkt auch Anliker (2011), «dass der gesellschaftliche Wandel mit der resultierenden neuen Pluralität traditionelle Voraussetzungen des privaten Lebens in Frage stellt. Dieser Wandel verlangt eine Auseinandersetzung mit Fremdem, Neuem und Widersprüchlichem, mit noch nicht gefestigten «Lösungen». Ist diese Auseinandersetzung nicht selbst gewählt, löst sie Verunsicherung aus. In solchen Situationen neigen Menschen zum Rückgriff auf Vorurteile – im Sinne von festgefühten Sicherheiten und einfachen Lösungen. Für Schuldzuweisungen bieten sich dann die Migranten an: Schuld an der Zerstörung von Natur und Landschaft in der Schweiz ist der Zuzug von Ausländern.»

6.4 Bibliographie

- Abernethy, Virginia Deane (2006). Immigration reduction offers chance for softer landing. *Ecological Economics*, 59(2): 226–230.
- Angus, Ian und Simon Butler (2012). Limiting immigration to control population growth will not protect the environment, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 146–155.
- Anliker, René (2011). *Naturschutz in der Schweiz – und die ausländische Wohnbevölkerung? Studie zur Beteiligung der ausländischen Wohnbevölkerung am Natur- und Landschaftsschutz in der deutschsprachigen Schweiz*. St. Gallen: www.integration.sg.ch (15.05.2013).
- Boserup, Esther (2005). *The conditions of agricultural growth: the economics of agrarian change under population pressure*. New Brunswick, NJ: Aldine Transaction.
- Bühlmann, Felix et al. (Hg.) (2012). *Sozialbericht 2012: Fokus Generationen*. Zürich: Seismo.
- Cafaro, Philip und Winthrop Staples (2009). The environmental argument for reducing immigration into the United States. *Environmental Ethics*, 31(1): 5–30.
- Cafaro, Philip und Winthrop Staples (2012). Limiting immigration to control population growth will protect the environment, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 132–145.
- Cairns, John (2004). Sustainability ethics: zero net immigration. *The Social Contract*, 15(1): 58–71.
- Carter, Eric D., Bianca Silva und Graciela Guzman (2013). Migration, acculturation, and environmental values: the case of Mexican immigrants in Central Iowa. *Annals of the Association of American Geographers*, 103(1): 129–147.
- Chapman, Robert L. (2006). Confessions of a Malthusian restrictionist. *Ecological Economics*, 59(2): 214–219.
- Cheeseman, Andrew (2012). Discussions of overpopulation often lead to racist and elitist solutions, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 41–45.
- Clarke, Harry R. und Yew-Kwang Ng (1993). Immigration and economic welfare: resource and environmental aspects. *The economic record*, 69(206): 259–273.
- Commonweal, (2012). Global population growth will cause more hunger, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 81–87.
- Daly, Herman E. (2006). Population, migration, and globalization. *Ecological Economics*, 59(2): 187–190.
- De-Shalit, Avner (2004). From Malthus to six billion – and back. *Environmental Politics*, 13(4): 781–785.
- de Sherbinin, Alex et al. (2007). Population and environment. *Annual Review of Environment and Resources*, 32(1): 345–373.
- Ehrlich, Paul R. (1968). *The population bomb: population control of race to oblivion?* New York: Ballantine Books.
- Ehrlich, Paul R. und Anne H. Ehrlich (2009). The population bomb revisited. *The Electronic Journal of Sustainable Development*, 1(3): 63–71.
- Ehrlich, Paul R. und John P. Holdren (1971). Impact of population growth. *Science*, 171(3977): 1212–1217.
- Fiala, Nathan (2008). Measuring sustainability: why the ecological footprint is bad economics and bad environmental science. *Ecological Economics*, 67(4): 519–525.

- Flynn, Tom (2012). The taboo of discussing overpopulation must be broken, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 35–40.
- Fritz, Michael (2012). Global population growth poses a serious challenge, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 21–27.
- Grossman, Gene M. und Alan B. Krueger (1995). Economic growth and the environment. *The Quarterly Journal of Economics*, 110(2): 353–377.
- Hardin, Garrett (1974). Living on a lifeboat. *Bioscience*, 24(10): 561–8.
- Harper, Sarah (2012). Environment, migration and the European demographic deficit. *Environmental Research Letters*, 7(1).
- Hayes, Adrian C. (1995). *On defining the problem of population and environment*. [S.l.]: [s.n.]. (Presented at the Annual Meeting of the Population Association of America; 6–8 April; San Francisco, CA. 1995)
- Hummel, Diana et al. (2012). Inter- and transdisciplinary approaches to population – environment research for sustainability aims: a review and appraisal. *Population and Environment*, 1–29.
- Hunter, Lori M. (2000). The spatial association between U.S. immigrant residential concentration and environmental hazards. *International Migration Review*, 34(2): 460–488.
- Jones, Robert Emmer und Lewis F. Carter (1994). Concern for the environment among black Americans: an assessment of common assumptions. *Social Science Quarterly*, 75(3): 560–579.
- Kraly, Ellen Percy (1995). *U.S. immigration and the environment: scientific research and analytic issues*. [S.l.]: U.S. Commission on Immigration Reform. www.utexas.edu (15.05.2013).
- Linnér, Björn-Ola (2003). *The return of Malthus: environmentalism and post-war population-resource crises*. Isle of Harris: White Horse Press.
- Lovelock, Brent et al. (2013). Could immigrants care less about the environment? A comparison of the environmental values of immigrant and native-born New Zealanders. *Society & Natural Resources*, 26(4): 402–419.
- Marchetti, Cesare (1978). *On 1012? A check on Earth carrying capacity for man*. Laxenburg: International Institute for Applied Systems Analysis.
- Meier, Christine und Matthias Buchecker (2005). *Soziokulturelle Aspekte der Landschaftsentwicklung: Grundlagen für das Projekt Landschaft 2020 des BUWAL*. Wädenswil: Hochschule Wädenswil
- Meier, Christine und Annemarie Bucher (2010). *Die zukünftige Landschaft erinnern: eine Fallstudie zu Landschaft, Landschaftsbewusstsein und landschaftlicher Identität in Glarus Süd*. Zürich: Haupt Verlag.
- Morrissey, Jennifer und Robert Manning (2000). Race, residence and environmental concern: New Englanders and the White Mountain National Forest. *Human Ecology Review*, 7(1): 12–24.
- Muradian, Roldan (2006). Immigration and the environment: underlying values and scope of analysis. *Ecological Economics*, 59(2): 208–213.
- Neumayer, Eric (2006). The environment: one more reason to keep immigrants out? *Ecological Economics*, 59(2): 204–207.
- Pearce, Fred (2012). Overconsumption, not overpopulation, is a threat to the environment, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 59–65.
- Pfeffer, Max J. und J. Mayone Stycos (2002). Immigrant environmental behaviors in New York City. *Social Science Quarterly*, 83(1): 64–81.
- Pimentel, David und Marcia Pimentel (2006). Global environmental resources versus world population growth. *Ecological Economics*, 59(2): 195–198.
- Pimentel, David und Marcia Pimentel (2012). Population growth strains nonrenewable resources, in: Haugen, David M. und Susan Musser (Hg.), *Population*. Detroit: Greenhaven Press, 66–75.
- Rees, William E. (2006). Globalization, trade and migration: undermining sustainability. *Ecological Economics*, 59(2): 220–225.
- Rees, William E. und Mathis Wackernagel (1994). Ecological footprints and appropriated carrying capacity: measuring the natural capital requirements of the human economy, in: Jansson, AnnMari et al. (Hg.), *Investing in natural capital: the ecological economics approach to sustainability*. Washington DC: Island Press.
- Robertson, Thomas (2012). *The malthusian moment: global population growth and the birth of American environmentalism*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Röpke, Inge (2006). Migration and sustainability: compatible or contradictory? *Ecological Economics*, 59(2): 191–194.
- Serra-Barragán, Luis (2012). *This land is your land, this land is my land: the environmental behaviour of native-born and immigrants*. Coventry: University of Warwick. www2.warwick.ac.uk (15.05.2013).
- Skenderovic, Damir (2009). A supplier of ideology: the new right in the German-speaking part of Switzerland, in: Skenderovic, Damir (Hg.), *The radical right in Switzerland: continuity and change, 1945–2000*. New York: Berghahn Books, 173–228.
- Slifer, Diane L. (2000). Growing environmental concerns: is population control the answer. *Villanova Environmental Law Journal*, 11(1): 111–161.
- United Nations (2001). *Population, gender and development: a concise report*. New York: United Nations Publications.
- van den Bergh, Jeroen C. J. M. und Harmen Verbruggen (1999). Spatial sustainability, trade and indicators: an evaluation of the «ecological footprint». *Ecological Economics*, 29(1): 61–72.
- von Stokar, Thomas et al. (2006). *Der ökologische Fussabdruck der Schweiz: ein Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS. www.bfs.admin.ch (15.05.2013).
- Wippermann, Carsten, Berthold Bodo Flaig und Marc Calmbach (2009). *Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2008: Abschlussbericht: Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der sozialen Milieus in Deutschland*. Dessau-Rosslau: Umweltbundesamt.

7 Schlussbetrachtungen

Im Hinblick auf eine Bearbeitung des thematischen Schwerpunktes «Demographische Entwicklungen und Migration» hat die vorliegende Literaturstudie, ausgehend von einer allgemeinen aktuellen Kontextualisierung der Fragen um Bevölkerungsentwicklung, Ressourcen und Migration, zunächst die Methodik präsentiert, die angewendet wurde, um eine schier grenzenlose Literaturmenge bewältigen zu können. Durch eine kontinuierliche Verfeinerung und Kopplung der Schlagwörter wurden sowohl wissenschaftliche Zeitschriften als auch öffentlich zugängliche Dokumentationsbestände von Universitäten, Think Tanks und Behörden abgesucht. Am Ende wurden mehr als 800 Titel ausgewählt, welche die Basis für die vorliegende Studie bilden. Ausserdem konnten aus der Beziehungsstruktur der Titel vier prominente Schwerpunkte destilliert werden, die das argumentative Grundgerüst der Studie bilden: Demographische Dynamik, Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt.

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass sich lediglich ein Viertel der ermittelten Literatur auf die Schweiz bezieht. In verschiedenen Bereichen hinkt die Schweizer Forschung den internationalen Standards hinterher. Insbesondere in Fragen der Umwelt und Migration wäre es angebracht, den Rückstand zu verkleinern und verschiedene Perspektiven aus der Schweiz in die Debatte einfließen zu lassen.

Die Bevölkerungsdynamik hat sich in den Jahren seit der Unterzeichnung der Bilateralen Abkommen (2002) beschleunigt. 2008 wanderten doppelt so viele Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz ein wie noch im Jahr 2000, danach nahm der Anteil wegen der Finanzkrise augenfällig ab. Trotz Krise und Abwanderung nahm die Bevölkerung indes stetig zu: Seit 2012 zählt die Schweiz zum ersten Mal mehr als 8 Millionen Einwohner, der Ausländeranteil beträgt 22,8 Prozent. Ohne Einwanderung, das belegen demographische Berechnungen, wäre die Schweizer Bevölkerung seit den 1990er-Jahren rückläufig. Zudem konnte insbesondere der Altersquotient, der Anteil der über 65-Jährigen im Verhältnis zu jenen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, in seiner Entwicklung stabilisiert werden, was letztlich positive Effekte auf die Sicherung der Altersvorsorge hat. Allerdings nehmen für die sogenannte «Sandwichgeneration», also für Menschen im Alter zwischen 30 und 50 Jahren, die Belastungen zu, weil sie sowohl für

die eigenen Kinder als auch für die immer älter werden den Eltern sorgen müssen. Dadurch wird die Solidarität zwischen den Generationen weiter belastet. Umstritten ist, ob der erfolgreiche Schweizer Weg der letzten Jahre, die Alterung durch Migration zu bremsen und den Bevölkerungsrückgang zu vermeiden, verallgemeinerbar ist, ob also auf diese Weise die Alterung und der Rückgang der Bevölkerung auch in anderen OECD-Staaten gestoppt werden kann und ob dieser Weg auch in Zukunft für die Schweiz eine Option darstellt. Projektionen der Vereinten Nationen unterstreichen die Notwendigkeit starker Wanderungsbewegungen für den demographischen Bestandes- und Strukturhalt. Szenarien dieser Art stossen derweil bald an die durch Realpolitik geprägten Grenzen, insbesondere wenn sie mit der Frage der politischen Legitimität solcher Vorhaben konfrontiert werden. Diese kann je nach politisch-kulturellem Kontext sicherlich variieren, müsste wohl aber, so die Empfehlungen der UNO, durch weitere Massnahmen ergänzt werden. Zu denken sei hier beispielsweise an die Regelung des Ruhestandsalters, die Anpassung der Rentenleistungen oder die Ausweitung der Erwerbsbevölkerung durch eine Mobilisierung von Frauen und Personen mit Migrationshintergrund.

Die Wirtschaft ist sicherlich der Motor, der die Migrationsentwicklungen am stärksten beeinflusst hat. Der Migrationssaldo folgte im vergangenen Jahrzehnt leicht verzögert genau der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Die Einwanderung in den Arbeitsmarkt hat demnach die lange andauernde Dominanz des Familiennachzugs abgelöst. Zu zwei Dritteln sind es insbesondere hochqualifizierte Arbeitnehmer, die sich in den letzten Jahren in der Schweiz niedergelassen haben. Ein Grund für diese Entwicklung ist mitunter die unzureichende Ausbildung von Fachkräften im schweizerischen Bildungssystem. Kompressionen im Lohngefüge hat es lediglich bei höheren Salären gegeben, im Tieflohnsegment blieben die Auswirkungen aus oder waren sehr gering, nicht zuletzt wegen der Effektivität der flankierenden Massnahmen. Die EU-Einwanderung scheint in Bezug auf die schweizerischen Arbeitskräfte komplementär gewirkt zu haben, mit Ausnahme der Grenzregionen, wo sich die Lage der einheimischen Arbeitskräfte, insbesondere der langansässigen Migrantinnen und Migranten, im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Regionen relativ verschlechtert hat.

Die Einwanderung der letzten Jahre wird in den öffentlichen Debatten nicht selten für Friktionen im Bereich Wohnen und Verkehr verantwortlich gemacht. Es herrscht die Vorstellung, durch die Einwanderung gebe es einen Druck auf die Mieten und sie würde auch die Kapazität der verkehrstechnischen Infrastruktur bis zum Limit belasten. Die Befunde in der Literatur sind diesbezüglich widersprüchlich. Während internationale Studien einen solchen Zusammenhang bestätigen, belegen Untersuchungen in der Schweiz eine solche Wirkung betreffend Mieten lediglich für Neubauten in zentraler Lage. Selbst in peripheren Gebieten der Städte profitierten alteingesessene Migrantinnen und Migranten wie auch Schweizer von einem geschützten Wohnungsmarkt. Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger sind indes auf den offiziellen Immobilienmarkt angewiesen und treiben in diesem eher kleinen Segment jene Mieten hoch, die sie später selber bezahlen müssen. Für diese Lage sind aber auch veränderte Präferenzen und der gestiegene Lebensstandard verantwortlich: Die Zunahme des Wohnraumbedarfs und die Bevorzugung des Heims im Grünen erhöhen den Druck auf Zentren und deren Umland. Durch die Dislozierung von Arbeit und Wohnen ergeben sich auch Kapazitätsprobleme auf Schiene und Strasse, für die Lösungen gefunden werden müssen, beispielsweise über die Verkehrstarifpolitik und die Anpassung von Arbeitszeiten oder über den unpopulären Kapazitätsausbau.

Umweltbewusstsein und -verhalten wird mitunter auf die Nationalität gemünzt: Der Verdacht steht im Raum, Migrantinnen und Migranten würden sich Fragen der Umwelt weniger konsequent stellen als Einheimische. Gerade Schweizer Studien verweisen auf die Bedeutung der Bildung, die für die Erzeugung von Umweltbewusstsein zentral ist, welche in der Schweiz wiederum häufig mit der Nationalität korreliert. Kulturelles Kapital scheint also wichtig für die Sorge um die Umwelt zu sein, dies kann aber im Sinne des lebenslangen Lernens durch geeignete Massnahmen auch im fortgeschrittenen Alter erreicht werden. Eine grundsätzlich andere Frage stellen sich in der Umweltdiskussion jene Akteure, die eine Reduktion der Bevölkerung und deshalb auch der Migration aus ökologischen und bevölkerungspolitischen Überlegungen befürworten. Für die einen sind die Grenzen des Wachstums bereits erreicht, eine Zunahme der Weltbevölkerung führe unweigerlich in die Katastrophe. Mit der «Rückkehr der Natur» (Bruno Latour) seien die Menschen unweigerlich vor neo-malthusianische Grundsatzen der Begrenzung gestellt. Andere Beobachter interpretieren die Lage nicht so düster und verweisen auf die Möglichkeiten des «Geo-Engineerings», der Möglichkeit, durch ökonomische, soziale und technische Entwicklungen einen Wandel in Gang zu setzen, der die bisherigen Entwicklungsmodelle obsolet macht. Gerade die Migration mache solche Prozesse wahrscheinlicher.

Beide Argumentationen haben die Nutzenmaximierung gemeinsam. Während die Sozial- aber auch Naturwissenschaften Lösungsansätze, aufgrund von den ihnen zugrundeliegenden Techniken und Methoden, erarbeiten und aufzeigen können, obliegt die Suche nach Auswegen letztlich – zumindest in demokratischen Gesellschaften – der Öffentlichkeit und ihren Akteuren. Derweil haben die bisherigen Ausführungen gezeigt, dass die Fokussierung auf nationalstaatlich limitierte Lösungen keine Antwort auf die globalen Herausforderungen geben kann. Gerade Umweltprozesse und -risiken sind nicht unmittelbar an die Migration gebunden: Ob der Verbrauch von Ressourcen diesseits oder jenseits der Grenze passiert, hat auf den ökologischen Fussabdruck und am Ende auf die Umwelt keinen Einfluss. Migration ändert die globale Bevölkerungszahl nicht, verschiebt diese lediglich. Eine Problematisierung der Migration funktioniert nur, wenn der Blick dem Imperativ des methodologischen Nationalismus folgt und der Blick für Rückkoppelungen mit der Welt ausserhalb der nationalen Grenzen versperrt wird. Bezeichnend hierfür ist die Unterscheidung eines «illegitimen» Bevölkerungswachstums, das durch Migration erfolgt, und eines «legitimen» Bevölkerungswachstums, das über die Steigerung der Fertilität erfolgen könnte. Auch wenn gesellschaftlich bevorzugt, hätte die zweite Variante den gleichen Effekt für die Umwelt wie die Migration. Würde die Debatte seriös geführt, ginge es weniger um Migration als um die Neuregelung von Mobilität, Arbeit, Siedlungsstrukturen, Märkte u.v.m. Es wäre wohl ein Gewinn, wenn diese Aspekte wieder mehr an Bedeutung gewännen und die Debatte um Demographie eine pragmatische, an Lösungen interessierte Auseinandersetzung fördern würde. Auffallend ist in dieser Auseinandersetzung allerdings, dass juristische Elemente fast vollständig aussen vor bleiben: Die rechtsstaatlichen Standards, auf die sich unsere Verfassungen verpflichtet haben, und die Menschenrechte scheinen beide, wenn von ökologischer Bedrohungen die Rede ist, kaum mehr eine Rolle zu spielen. Als würde sich das bekannte Zitat von Carl Schmitt neuerdings an Fragen der Umwelt richten, wonach jener die Souveränität behaupten könne, der über den bevölkerungspolitischen und ökologischen Ausnahmezustand entscheiden kann.

8 Anmerkungen

- 1 Stand Abschluss der Literaturrecherche: 31. Mai 2013.
- 2 Geburtenziffern im Heimatland, <http://esa.un.org/unpd/wpp/Excel-Data/fertility.htm>, konsultiert am 16.04.2013.
- 3 Mehr Literatur und Informationen zum Thema Alter und Migration unter www.alter-migration.ch, konsultiert am 30.04.2013.
- 4 Das «mittlere» Szenario dient als Referenzszenario für diese Serie von Vorausschätzungen und beruht auf der Fortsetzung der Entwicklungen der letzten Jahre in Bezug auf die Fertilität, die Sterblichkeit und die Wanderungssaldi. Es beschreibt die Entwicklung, die für die kommenden Jahrzehnte am plausibelsten erscheint. Das «hohe» und das «tiefe» Szenario geben ihrerseits die plausible Bandbreite der zukünftigen Entwicklung der Wohnbevölkerung und der Erwerbsbevölkerung an.
- 5 Für eine deutsche Zusammenfassung des Berichtes siehe <http://www.un.org/esa/population/publications/migration/execsumGerman.pdf>, konsultiert am 07.04.2013.
- 6 Der erste demographische Übergang beschreibt den Übergang von hohen zu niedrigen Sterbe- und Geburtenraten und daher auch eine Veränderung im Bevölkerungswachstum. Der zweite demographische Übergang hingegen beschreibt den Wandel hin zu postmaterialistischen und individuellen Werten, welcher Auswirkungen auf neue, nichteheliche Formen des Zusammenlebens von Paaren und des Sexualverhaltens gehabt hat und deshalb zu einer Reduktion der Geburtenziffer führte. Während der erste demographische Übergang und seine Irreversibilität anerkannt sind, hinterfragen einige Autorinnen und Autoren die Allgemeingültigkeit des zweiten Übergangs (Cliquet 1991).
- 7 Aeppli (2010) holt dies 2010 für den Arbeitsmarkt nach. Die Ergebnisse werden im entsprechenden Kapitel diskutiert.
- 8 Als hochqualifiziert oder auch Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie (HRWT) gelten Personen, die über einen tertiären Bildungsabschluss verfügen und/oder eine Berufstätigkeit, für die normalerweise ein tertiärer Bildungsabschluss vorausgesetzt wird. (Organisation for Economic Co-operation and Development 1995).
- 9 Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.
- 10 Berichte des SECO zum Vollzug der flankierenden Massnahmen unter www.seco.admin.ch/dokumentation/publikation/00008/00022/04563/index.html?lang=de, konsultiert am 04.05.2013.
- 11 Zur Kategorie der alten Migrationsflüsse gehören neben den klassischen Auswanderungsländern des Mittelmeerraums Teile Asiens sowie Lateinamerika und Afrika. Die neuen Migrationsflüsse umfassen nordeuropäische Länder sowie weitere Regionen, aus denen vor allem gut qualifizierte Personen in die Schweiz kommen (z.B. Deutschland, Grossbritannien, Indien).
- 12 Siehe auch Factsheets zu den Entwicklungen in den Grossregionen, www.bwo.admin.ch/themen/00328/00334/index.html, konsultiert am 24.04.2013 und Rérat et al. (2012) für eine Studie zur grenzüberschreitenden Wohnmobilität im französisch-schweizerischen Jurabogen.
- 13 Art. 16 Abs. 2 lit. f Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG) vom 25. Juni 1982, SR 837.0
- 14 Weitere Informationen zum ökologischen Fussabdruck gibt es auf der Homepage des Global Footprint Network, www.footprintnetwork.org/, konsultiert am 7.5.2013.
- 15 Für Daten (englisch oder französisch) mdgs.un.org/unsd/mdg/Data.aspx, konsultiert am 23.05.2013.
- 16 «Places» ist ein Schlüsselkonzept der Geographie. Genauere Informationen unter www.geographie.uni-potsdam.de/component?option=com_docman/task,doc_download/gid,1115/lang,ge/, konsultiert am 8.5.2013.

